



Altenparlament
Mecklenburg-Vorpommern

Rückblick 2011



aktuell

Landtag Mecklenburg-Vorpommern 7. Altenparlament



Sylvia Bretschneider

Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie auch im Namen der Landtagsabgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ganz herzlich zum 7. Altenparlament.

Meine Damen und Herren, vor 12 Jahren, 1999, fand das erste Altenparlament hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern statt. Die Initiative dazu kam von meinem Amtsvorgänger, Herrn Hinrich Kuess-

ner. Ziel ist bis heute, nicht nur über Seniorinnen und Senioren, sondern mit ihnen zu reden, um ihre Probleme und Wünsche kennen zu lernen.

Ein neu etabliertes Gremium musste sich erst Gehör verschaffen. So war es nicht verwunderlich, dass es nach dem ersten Altenparlament 1999 unterschiedliche Auffassungen darüber gab, wie mit den Beschlüssen des Altenparlamentes umzugehen ist. Inzwischen ist die anfängliche Skepsis einer kooperativen Zusammenarbeit gewichen. Das Altenparlament hat sich inzwischen einen festen Platz in der

politischen Landschaft des Landes gesichert. Es ist Ihnen und insbesondere dem Organisationskomitee und dem Landesseniorenbeirat in jahrelanger Zusammenarbeit gelungen, ein Vertrauensverhältnis zu den Fraktionen des Landtages und der Landesregierung aufzubauen. Dabei haben Sie - so wie mit Ihren drei Leitanträgen in diesem Jahr - bewiesen, dass Sie einen großen Erfahrungsschatz und Lebenserfahrung besitzen. Sie haben nie den Blick aufs Ganze verloren. Diese Realitätsbezogenheit hat es sowohl den Fraktionen im Landtag als auch der Landesregierung erleichtert, Ihre Vorschläge bei ihren Überlegungen mit einzubeziehen. So beeinflussen ihre Beschlüsse immer wieder die politischen Entscheidungen. Insbesondere das Seniorenmitwirkungsgesetz wäre ohne das langjährige Engagement vieler Altenparlamente kaum denkbar.

Meine Damen und Herren, heutzutage wird viel über den demografischen Wandel geredet. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern wird in den nächsten Jahrzehnten der Anteil der Älteren deutlich steigen. Das Altern der Gesellschaft bringt Probleme mit sich. Das ist klar. Ich sehe darin aber nicht vordringlich eine gesellschaftliche Belastung oder Bedrohung, sondern eine älter werdende Gesellschaft schafft auch neue Chancen und Potenziale.

Die Einbeziehung der Dimension des Alterns in alle politischen Bereiche und die Gewährleistung der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe älterer Menschen ist unsere politische Verpflichtung. Es ist eine hoch aktuelle zentrale Aufgabe unserer Kultur,

allen Menschen - nach ihren Möglichkeiten - gleiche Teilhabe am Leben zu erlauben. Es gibt keinen legitimen Grund, irgendwen auszugrenzen - das ist wegen des Alters oder einer körperlichen Einschränkung genauso wenig berechtigt wie wegen der Herkunft oder des Glaubens. Wir müssen alle zusammen und generationenübergreifend unsere Zukunft gestalten.

Viele Seniorinnen und Senioren sind bis ins hohe Alter aktiv, leistungsbereit und leistungsfähig. Sie wollen aktiv mitmachen, sich persönlich einbringen, Neues erfahren, sich austauschen, Anregungen sammeln, Kontakt mit Menschen haben, insbesondere auch mit der jüngeren Generation, kurzum - sie wollen weiterhin mitten im Leben stehen!

Wir haben mit unserem Seniorenmitwirkungsgesetz diesen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Seniorinnen und Senioren entsprechende Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten im sozialen und politischen Raum gesichert. Ein moderner Staat muss die Handlungspotenziale und Kompetenzen aller Altersgruppen nutzen und deren aktive und verantwortliche Beteiligung an der Bewältigung der sozialen Herausforderungen fördern. Daher sind Beteiligung, Selbstverantwortung und Solidarität ebenso zu stärken und anzuregen, wie Selbsthilfe, ehrenamtliche Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe.

Daher ist mir die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Altenparlament sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir daher, Ihnen das Anliegen vorzutragen, sich für unsere demokratische Gesellschaft über Ihr sowieso schon bestehendes Engagement hinaus, einzusetzen. Wie Sie vielleicht wissen, hat sich zu Beginn des Jahres 2008 das überparteiliche Bündnis für Demokratie und Toleranz „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ gegründet. Initiatoren waren die evangelischen und katholischen Kirchen des Landes, der DGB die Vereinigung der Unternehmensverbände und ich als Vertreterin der demokratischen Fraktionen des Landtags. Inzwischen unterstützen uns mehr als 1000 Institutionen, Vereine, Verbände Unternehmen aber auch Einzelpersonen. Darunter sind bekannte Persönlichkeiten wie Armin Müller-Stahl, Peter Maffay, Katrin Saß oder Paule Beinlich, der Ministerpräsident Erwin Sellering, der Innenminister Lorenz Caffier oder der Vorsitzende der Fraktion der Linken Helmut Holter. Genauso wichtig ist aber auch die Unterstützung durch Menschen, die vielleicht nicht so sehr im Licht der Öffentlichkeit stehen. Denn und verbindet, dass wir uns für ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Wir wollen ein Land, in dem Rassenhass, Intoleranz und Extremismus – insbesondere Rechtsextremismus – keine Chance haben.

Wir haben im Foyer einen Tisch aufgebaut, an dem Unterstützerlisten für das Bündnis „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ ausliegen. Meine Bitte ist: Tragen Sie sich in die Unterstützerlisten ein. Unterstützen Sie das Bündnis. Setzen Sie ein Zeichen für unsere Demokratie. Ich verspreche Ihnen, dass Sie mit der Unterstützung Sie keine weitere Verpflichtung eingehen, wenngleich wir uns natürlich über jedes Engagement für die Demokratie freuen. Wir alle können daran mitwirken, dass nach dem 4. September dieses Jahres keine Rechtsextremisten mehr im Landtag und in unseren Kommunalvertretungen sitzen.

Meine Damen und Herren, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer demokratischen Gesellschaft müssen wir bewahren und gegen extremistische Angriffe schützen. Und auch das Altenparlament ist eine Einrichtung unserer demokratischen Gesellschaft, bei dem Seniorinnen und Senioren ihre Vorstellungen und Ziele artikulieren können.

Nur gemeinsam mit Ihnen kann eine verantwortungsbewusste Seniorenpolitik gelingen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass auch vom 7. Altenparlament wieder wichtige Impulse für die Politik und die Gesellschaft ausgehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Manuela Schwesig

Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Ich begrüße Sie herzlich und freue mich, dass ich anlässlich des 7. Altenparlamentes einige Worte an Sie richten kann. Das Altenparlament hat sich zu einem festen Bestandteil der Seniorenpolitik unseres Landes und zu einem anerkannten Gremium der älteren Generation gegenüber dem Parlament, der Landesregierung und den Kommunen entwickelt.

Dienstleistungen und Produkte sollten nach meiner Ansicht künftig weitaus stärker als bisher den Bedürfnissen der älteren Generation entsprechen. Wenn die Wünsche und Forderungen der Älteren nach mehr Benutzerfreundlichkeit, Sicherheit und

Service umgesetzt werden, ist dies ein Gewinn für uns alle. Senioren sind eine wichtige Konsumentengruppe, die übersichtliche Informationen und einen Service erwarten, der ihren Bedürfnissen entspricht. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Das Engagement des Altenparlamentes hat auch in der Politik des Landes Niederschlag gefunden: Der Landtag hat im vergangenen Jahr mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz den Seniorinnen und Senioren umfassende und richtungsweisende Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt. Darauf können wir stolz sein.

Ich werde mich auch weiterhin für eine Angleichung des Rentenwertes Ost an West einsetzen. Eine Bun-

desratsinitiative des Landes zugunsten der in der ehemaligen DDR ohne Versorgungsausgleich geschiedenen Ehegatten sei zwar von der Länderkammer gebilligt, von der Bundesregierung dann aber abgelehnt worden. Für mich steht es außer Frage, dass wir uns für eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus einsetzen müssen. Denn die drohende Altersarmut wird mehr und mehr ein Thema, das die Politik angehen und lösen muss.

Wir dürfen uns in der Diskussion um Politik für die Senioren nicht nur auf die Themen Soziales und Gesundheit beschränken, sondern wir sollten, nein wir müssen das Thema sowohl aus der Sicht des noch Tätigen, des Kreativen und des Vitalen als auch aus der Sicht des auf Hilfe und Pflege angewiesenen älteren Menschen betrachten.

Ich möchte Ihnen Mut machen, sich auch weiterhin in diesem Umfang und zu den verschiedenen Themen zu engagieren, denn die Einbeziehung der Seniorinnen und Senioren unseres Landes und deren Interessen in alle Politikbereiche sind mir sehr wichtig.

Ich gehe davon aus, dass die Politiker der demokratischen Parteien ihre Empfehlungen, Forderungen und Wünsche aufgreifen werden und sie für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in unserem Bundesland nutzen. Ältere Menschen sind nun einmal als Ehrenamtliche und in der Familie eine unverzichtbare Quelle für soziales Kapital. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg in Ihrer verantwortungsvollen ehrenamtlichen Tätigkeit.

Volker Schlotmann

Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Ich freue mich, dass sich die Mitglieder des Altenparlaments für die Belange älterer Menschen einsetzen und danke Ihnen dafür herzlich.

Mobilität ist ein wichtiger Garant für Freiheit und Selbstbestimmung. Sie bedeutet Unabhängigkeit, Flexibilität und Individualität bei der Verwirklichung der eigenen Interessen. Wir arbeiten stetig daran, die Voraussetzungen für Barrierefreiheit und Mobilität im Alter zu verbessern.

Das Land legt im Landesprogramm Wohnraumförderung einen besonderen Schwerpunkt auf die weitere Anpassung von Wohnungen an die Belange von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen. Insgesamt werden von den im Jahr 2011 verfügbaren Fördermitteln in Höhe von 11,5 Millionen Euro allein rund 5,5 Millionen Euro für Maßnahmen zur barrierefreien und -armen Wohnraumanpassung eingesetzt. Dazu zählen unter anderem der Umbau von Miet- und Genossenschaftswohnungen oder die Nachrüstung von Personenaufzügen. Ich appelliere darüber hinaus auch an private Bauherren, beim Bau oder bei der Sanierung von Gebäuden von vornherein an eine Reduzierung von Barrieren zu denken. Auch die Städtebauförderung berücksichtigt die Belange älterer Menschen. Im Rahmen des Programms Stadtbau Ost wird zum Beispiel das Wohnumfeld unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit verbessert.

Im Bereich Verkehr spielt die Barrierefreiheit ebenfalls eine große Rolle. Die Aufrechterhaltung und Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs bleibt aus sozialen und ökologischen Gründen ein wichtiges verkehrspolitisches Ziel. In den dünn besiedelten Regionen werden künftig alternative und flexible Bedienungsformen wie Anruf-Bus oder Anruf-Sammeltaxis als Ergänzung zum ÖPNV zunehmend Bedeutung bekommen. Das Land fördert bereits solche Systeme, zum Beispiel ein Anruf-Sammeltaxi im Raum Feldberg und Anruf-Bussysteme im Raum Löcknitz und in Grevesmühlen.

Im Schienenverkehr werden ab 2013 fast nur noch niederflurige Züge eingesetzt, um das Ein- und Aussteigen für ältere Menschen, Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen zu erleichtern. Auf den Strecken Berlin-Wismar soll künftig ein Wagen pro Zug mit speziellen Stellplätzen für elektrische Rollstühle samt Begleiterplatz und in verschiedenen Höhen angebrachte gut erreichbare Taster zur Türöffnung ausgestattet sein.

Das Land muss so attraktiv sein, dass Einwohner – jung und alt – gern hier leben und sich ihre Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen. In diesem Ziel weiß ich mich mit dem Altenparlament einig. Ich wünsche der 7. Sitzung des Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern einen erfolgreichen Verlauf.

Fraktion der SPD

Seniorenpolitik ist für die SPD-Landtagsfraktion Querschnittspolitik – sie betrifft alle Lebensbereiche. Diesen Anspruch haben wir in dieser Wahlperiode entschlossen umgesetzt, z.B. durch das Seniorenmitwirkungsgesetz und die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat. Oder durch die Schaffung der Voraussetzungen für die landesweite Errichtung von Pflegestützpunkten zur Beratung und Unterstützung aus einer Hand. Ebenso durch die gezielte Investition in barrierearmes und barrierefreies Wohnen und die Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen in Verbindung mit betreutem Wohnen. Diese Anstrengungen wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung des 7. Altenparlamentes bietet erfreulicherweise eine sehr große Schnittmenge mit wichtigen politischen Fragestellungen, die der SPD am Herzen liegen. So arbeiten wir beispielsweise intensiv an Lösungen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung und fördern weiterhin moderne seniorengerechte Wohnformen im Alter. Außerdem wollen wir die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern und uns für den Abbau von Altersdiskriminierung einsetzen. Mehr Teilhabe und faire Chancen auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichern eine bessere Wahrnehmung älterer Menschen im Wirtschaftsleben. Letztlich geht es darum, den Menschen in einer alternden Gesellschaft ein möglichst eigenständiges, gutes und sicheres Leben im Alter zu ermöglichen. Dafür stehen wir als Partner bereit und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Bitte mischen Sie sich auch weiterhin so engagiert ein!

Fraktion der CDU

Unsere Senioren sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und unseres Gemeinwesens. Sie geben viele wertvolle Impulse und sind mit ihrer lebenslangen Erfahrung der jüngeren Generation in ihrem Wissen oft voraus. Mit dem neuen Seniorenmitwirkungsgesetz haben wir daher ihre Vertretungs- und Mitwirkungsrechte gestärkt. Dieser besondere Wissensvorsprung ist für die Gestaltung kultureller und gesellschaftlicher Entwicklung von großer Bedeutung. Sie ist auch Ausgangspunkt für die Beteiligung an Lernprozessen, für Selbstorganisation und Selbstverwirklichung. Das lebenslange Lernen eröffnet viele neue Möglichkeiten. Es bietet die Chance eines sinnerfüllten und selbständigen Lebens sowie zur Pflege sozialer Kontakte im Alter weit über das allgemeine Lebensumfeld hinaus. Die Basis hierfür ist jedoch stets Gesundheit. Daher ist für die CDU die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum von zentraler Bedeutung. So haben wir neben zahlreichen Einzelmaßnahmen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zur Stärkung der ambulanten und stationären Versorgung auf hohem Niveau ein Stipendienprogramm für Jungärzte auf den Weg gebracht. Auch ein neuer Geriatrieplan wurde erarbeitet. Zudem wird die seniorengerechte Ausstattung und der Umbau von Wohnungen verstärkt gefördert. Durch einen gesunden Lebensstil und gezieltes Training können zudem auch im Alter körperliche und geistige Leistungsfähigkeit aufrechterhalten oder sogar gesteigert werden. Selbständigkeit, gesellschaftliche Aktivität und Lebensfreude bis ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten, ist daher unser Ziel einer nachhaltigen Präventionsarbeit und Gesundheitsförderung. Dies ermöglicht, dass viele

ältere Menschen auch nach ihrem Berufsleben aktiv sind und sich gesellschaftlich engagieren. Denn freiwilliges Engagement von Älteren ist ein Gewinn für alle Generationen.

Fraktion DIE LINKE

Sicherung der pflegerischen und ärztlichen Versorgung, Wohnen im Alter und bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sind schon heute drängende Fragen unseres Alltags. Deshalb finde ich es richtig und wichtig, dass sich das VII. Altenparlament dieser Themen annimmt und in bewährter Art und Weise seine Positionen diskutiert und seine Forderungen gegenüber der Landespolitik artikuliert. Leider hat die Landesregierung in den vergangenen viereinhalb Jahren nicht immer die wünschenswerten und notwendige Bereitschaft gezeigt, das Notwendige und auch darüber hinaus etwas zu tun. Stattdessen wurden das Pflegegeld und das Blindengeld gekürzt. Auf ein flächendeckendes Netz wohnortnaher, unabhängiger Pflegestützpunkte warten wir trotz gesetzlichen Anspruchs leider schon seit zweieinhalb Jahren. Völlig zu Recht kritisieren Sie auch die fehlende Fortschreibung des Geriatriekonzeptes.

Um möglichst lange ein aktives und selbst bestimmtes Leben führen zu können, müssen die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dazu gehören nicht nur ein auskömmliches Einkommen im Alter, sondern auch seniorengerechte barrierefreie Wohnungen. Auch das Wohnumfeld sowie Angebote von Versorgungs- sowie Kultur- und Sporteinrichtungen müssen gut erreichbar sein. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg im Ringen um diese und andere dringend notwendige Fortschritte, die wir im Interesse eines lebenswerten Alters erzielen müssen.

Fraktion der FDP

In einer Gesellschaft des langen Lebens ist die Entwicklung und Entfaltung von Potenzialen des Alters eine der zentralen Aufgaben. Viele ältere Menschen wollen auch nach Beendigung ihrer beruflichen Lebensphase weiterhin aktiv sein. Deshalb unterstützen wir den Ausbau der „Freiwilligendienste aller Generationen“. Das Miteinander von Alt und Jung bringt beiden Seiten einen großen Nutzen.

Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wird immer älter. Dies sollten wir als Chance begreifen und durch den Umbau von Institutionen und Infrastruktur die Potentiale der älteren Generation besser ausnutzen. Im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern sehen wir es als unsere Pflichtaufgabe an, die Lebensqualität für ältere Menschen wesentlich zu erhöhen. Wir setzen uns deshalb für den Ausbau seniorengerechter Dienstleistungen ein. Barrierefreiheit muss auch für Senioren gelten.



Tagungspräsidium





Erika Drecoll

Präsidentin des 7. Altenparlaments

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Abgeordnete des Landtages M-V! Sehr geehrte Delegierte des 7. Altenparlamentes M-V! Sehr geehrte Gäste!

Ein herzliches Willkommen zu unserem heutigen nun schon 7. Altenparlament in M-V. Wer hätte das bei unserem 1. Altenparlament 1999, noch unter der Schirmherrschaft vom damaligen Landtagspräsidenten Herrn Hinrich Kuessner einberufen, gedacht, dass das Altenparlament eine feste Größe in unserem politischen Wirken für die ältere Generation wird.

Und ich denke, es ist angebracht, unserer jetzigen Landtagspräsidentin Frau Sylvia Bretschneider, die den Staffeln übernommen hat, um das mal sportlich zu sehen, für ihr Engagement, mit dem sie uns bis zum heutigen Tag (und hoffentlich noch länger), die Möglichkeit einräumt, alle zwei Jahre ein Altenparlament abzuhalten. Herzlichen Dank Frau Landtagspräsidentin, dass Sie unser Anliegen zu Ihrem gemacht haben. Wir sehen darin auch eine Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit, die wir Älteren für die Älteren leisten.

Wenn ich schon beim Danken bin: Mein Dank gilt auch allen, die an der Vorbereitung des 7. Altenparlamentes mitgewirkt haben, dem Organisationskomitee, das schon seit Sept. letzten Jahres stramm gearbeitet hat und der Landtagsverwaltung, hier besonders Frau Stölzer, die mit unerschütterlicher Ruhe alle Aufgaben gemeistert hat.

Nun ist also heute schon das 7. Altenparlament einberufen. D. h. Erfahrungen aus sechs vorangegangenen Altenparlamenten, d. h. eine Steigerung der Qualität von der Organisation über die Leittränträge bis hin zum Tagungsablauf. Daran haben auch Sie alle, verehrte

Delegierte, Ihren Anteil geleistet und dafür auch Ihnen ein herzliches Dankeschön. Viele von Ihnen sind schon von Anfang an dabei und können aus eigenem Erleben die Entwicklung beurteilen. Besonders erfreut können wir auch über die gute Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien unseres Landtages sein, das gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Ministerien. Wir werden mit unseren Anliegen ernst genommen. Das war nicht immer so.

Hängt es vielleicht damit zusammen, dass auch unsere Abgeordneten älter werden und sie dadurch näher an den Themen sind?

Wer weiß das schon.

Bevor wir uns den heutigen Anträgen zuwenden, ein kurzer Rückblick auf die Stellungnahmen der Fraktionen zu den Leittränträgen des 6. Altenparlamentes.

Zur Erinnerung die Themen 2009 waren:

1. „Der Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention – Handlungsempfehlungen für die ältere Generation“
2. „Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und Sicherung der Renten“
3. „Mitgestalten – Mitentscheiden: Partizipation älterer Menschen in M-V“

Die Fraktion der CDU verweist auf vielfältige Aktivitäten der Großen Koalition in Umsetzung der Beschlüsse des 6. Altenparlamentes und zahlreiche Projekte, die auf den Weg gebracht wurden. Nachzulesen im ersten Zwischenbericht des Sozialministeriums zum Umgang mit den Beschlüssen des 6. Altenparlamentes.

Die Fraktion der SPD, geht ausführlich auf die Anträge ein und verweist u.a. auf folgende eingeleitete Maßnahmen:

- Masterplan zur künftigen flächendeckende ärztlichen Versorgung in M-V auf Initiative der SPD-Fraktion
- Anregung zur Einrichtung eines Lehrstuhls für Geriatrie – wie Sie wissen eine langjährige Forderung der Altenparlamente
- Rente – Hinweis, dass es die Bundesebene betrifft, aber über den Bundesrat werden Anträge zur Verbesserung der Rentensituation eingebracht.
- Unermüdlicher Einsatz für die Einrichtung von Pflegestützpunkten – ebenso nachdrücklich auch vom Altenparlament gefordert
- Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung
- Forderung von Mindestlöhnen

Die Fraktion der FDP zählt u. a. folgende Aktivitäten auf:

- Hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Dazu DS 5/2774 „Flächendeckende medizinische Versorgung in M-V langfristig sichern“
- Rente: Aus liberaler Sicht muss der Bevölkerungsentwicklung Rechnung getragen werden d.h. der Zunahme der Leistungsempfänger steht ein immer kleiner werdender Teil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gegenüber. Die FDP favorisiert deshalb eine stärkere Kapitaldeckung für eine größere Un-

abhängigkeit von der aktuellen Anzahl an Beitragszahlern

- Die FDP ist für ein Mindesteinkommen aber gegen die Einführung von gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlöhnen durch den Staat.
- Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Hier verweist die FDP-Landtagsfraktion auf einen diesbezüglichen Antrag der FDP-Bundestagsfraktion und darauf, dass im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP die Einführung eines einheitlichen Rentenwertes noch in dieser Legislaturperiode fest vereinbart worden ist.
- Partizipation: Ja, sie ist von enormer Bedeutung aber ein Seniorenmitwirkungsgesetz wird abgelehnt. Senioren brauchen keine Sonderregelung. Sie sind ausreichend in allen Parlamenten vertreten. Gesonderte Interessenlage ist nicht erforderlich.

Die Fraktion DIE LINKE:

- Setzt sich nachhaltig für die Umsetzung der Beschlüsse des 6. Altenparlamentes ein
- Das geht aus diversen Anfragen in den Fragestunden des Landtages hervor
- Besonders zu erwähnen ist der vehemente Einsatz für die Einrichtung von Pflegestützpunkten oder auch
- für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Gegen Zusatzbeiträge zur Pflegeversicherung

Ergebnisse der aktuellen Politik der Landesregierung:

- Seniorenmitwirkungsgesetz seit Juli 2010
- Strategiepapier der Landesregierung zur Gestaltung des demographischen Wandels in M-V
- Sozialreport 50+ für M-V
- Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West
- Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg – Vorpommern“

Einer besonderen Erwähnung bedarf aber die Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes durch den Landtag im Juli 2010. Hier ist eine Forderung der Altenparlamente seit 1999 umgesetzt worden, Mit dem Gesetz wird umfassend die Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren über den Landeseniorenbeirat als Ansprechpartner für die Landesregierung ermöglicht. Ein wirklich toller Erfolg für die Vereine, Verbände, Organisationen, die diese Forderung immer wieder unterstützt haben. Es lohnt sich also doch, hartnäckig ein Ziel zu verfolgen.

Aber nichts ist so vollkommen als das es nicht noch besser werden könnte. Und so nutzen wir heute wieder das Altenparlament, ein wichtiges Forum der politischen Meinungsbildung der älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, um auf Mängel und Defizite hinzuweisen und Änderungen einzufordern.

Dazu liegen folgende Leittränträge zur Beratung vor:

1. „Folgen des demographischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern- notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“
2. „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“
3. „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“

Einige von Ihnen mögen denken, das haben wir schon so oft gefordert. Das Organisationskomitee war sich aber einig, dass sich mit der weiteren Zuspitzung der demographischen Entwicklung auch andere Sichtweisen auf notwendige Veränderungen ergeben, die sich in den Leitträgen widerspiegeln. Manchmal ist es auch ein „Nachhaken“, wenn wir meinen, dass noch Bedarf zur Umsetzung besteht. S. dazu z. B. auch das Schreiben an die Bundeskanzlerin, das wir heute verabschieden wollen. Oder auch die noch nicht zufriedenstellende Einführung von Pflegestützpunkten in M-V. oder die noch nicht erfolgte Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes.

Auch neue Beschlusslagen der Bundesregierung wie z. B. der sechste Altenbericht „Altersbilder der Gesellschaft“ vom Nov. 2010 oder die am 6. Okt. 2010 vom Bundeskabinett beschlossene „Nationale Engagementstrategie“ machen Anpassungen erforderlich.

So verständlich der Wunsch nach möglichst schneller Umsetzung unserer Forderungen ist, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, denkt man manchmal, sie verblissen vor dem, was sich an Katastrophen in der Welt abspielt: Immer noch Krieg in Afghanistan, obwohl der größte Teil der Bundesbürger die Einstellung fordert. Unruhen, kriegsähnliche Zustände in Nordafrika, wo die Menschen um demokratische Rechte und menschenwürdige Lebensbedingungen kämpfen.

Immer noch kein Verbot der NPD. Auch hier sind die Älteren in der Pflicht, sich aufgrund ihrer Lebenserinnerungen einzubringen.

Wir wissen doch noch, dass menschenverachtende Propaganda letztendlich in Krieg und Verderben endet.

Und noch ein furchtbares Ereignis, das die Welt erschütterte kann ich nicht unerwähnt lassen. Das ist der Reaktor-Gau am 11. März 2011 in Fukushima in Folge eines Erdbebens und eines Tsunamis. Es hat sich leider herausgestellt, dass es auch in technisch hochentwickelten

Ländern wie Japan, keine Sicherheit vor Atomkatastrophen gibt. Tausende Tote, sind zu beklagen, Hunderttausende müssen in Notunterkünften leben.

Hier hat uns die Vergangenheit eingeholt, denn genau heute vor 4 Wochen, nämlich am 26. April jährte sich der Tag des Reaktor-Gaus in Tschernobyl zum 25. Mal. Und noch immer leiden viele Menschen an den Folgen dieser Katastrophe. Viele Menschen gedachten in Schweigeminuten der Opfer dieser beiden Katastrophen und ich bitte auch Sie, sich von den Plätzen zu erheben und der Opfer zu gedenken. Ich danke Ihnen.

Es ist schwierig, jetzt fortzufahren.

Aber auch aus diesen Tragödien ergeben sich für uns Verpflichtungen nämlich dafür einzutreten, dass die

zurzeit stillgelegten acht ältesten Atomkraftwerke der Bundesrepublik abgeschaltet bleiben.

Dass wir eine gründliche Prüfung der Sicherheitsstandards der sich noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke fordern. Vor allen Dingen aber eine schnelle Klärung der Endlagerung des Atommülls. Und, wer Atommüll verursacht der sollte auch für die sichere Beseitigung verantwortlich sein. Unsichere Lagerung von Atommüll – auch das ist ein gigantisches Erbe, das wir unseren Kindern und Enkelkindern, wohl noch den Urenkeln hinterlassen.

Aber wer spricht schon von diesem schlimmen Erbe?

Setzen wir uns dafür ein, dass wir den nach uns kommenden Generationen eine gesunde und lebenswerte Umwelt hinterlassen.

Ich wünsche uns allen einen guten Verlauf des 7. Altenparlamentes mit fairen und sachlichen Diskussionen in den Arbeitskreisen, wo die termingemäß eingegangenen Anträge zu den Leitträgen beraten werden sollen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vereinbarungsgemäß übergebe ich die Sitzungsleitung nun an Herrn Grau.

Aus den Arbeitskreisen

1. Arbeitskreis

Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung



Dr. Ursula von Appen, Leiterin
Karl-Ludwig Spengler, stellv. Leiter



2. Arbeitskreis

Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern



Erika Drecoll, Leiterin
Heinz Rösel, stellv. Leiter



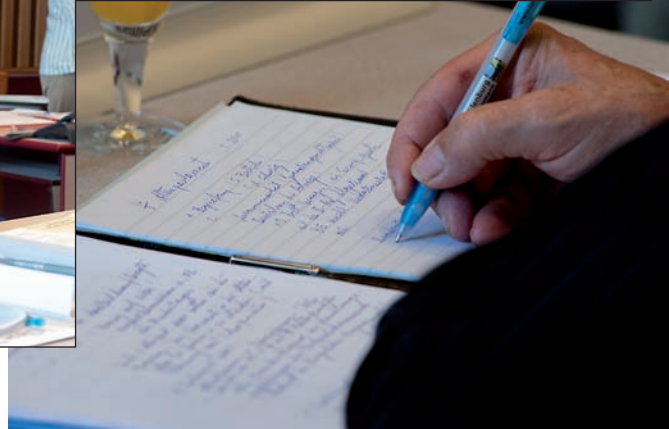
3. Arbeitskreis

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement



Helge-Carl Wendt, Leiter
Horst-Dieter Fröhling, stellv. Leiter





Dokumentation 2011

Auch zur Arbeit des 7. Altenparlaments 2011 veröffentlicht der Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine umfassende Dokumentation. Die Beschlüsse können auf der Homepage des Landtages eingesehen werden.

www.landtag-mv.de

Verantwortlich:

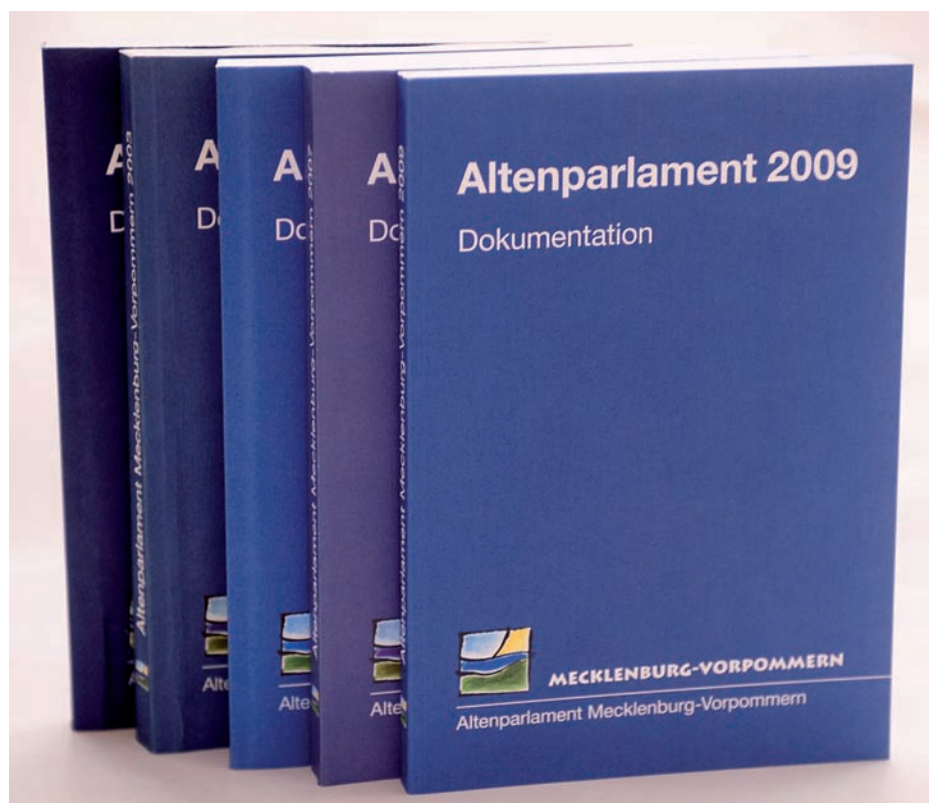
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung Parlamentarische Dienste

Telefon 0385 / 5 25-0

Herstellung:

Drucksache Balewski

Schwerin am 26. Mai 2011



Altenparlament 2011

Dokumentation



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern

ALTENPARLAMENT 2011

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung Parlamentarische Dienste
Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Telefon (0385) 5 25-0
Fax (0385) 5 25-2141
E-Mail poststelle@landtag-mv.de
Internet www.landtag-mv.de

Gesamtherstellung: Drucksache Balewski, Schwerin
Telefon (0385) 61 38 83

Fotos: Fotoarchiv des Landtages, Uwe Balewski

Gedruckt auf 120g Offset

1. Auflage, Schwerin im August 2011

Altenparlament 2011

Dokumentation

Debatte, Anträge, Beschlüsse



Zum Geleit

Am 26. Mai 2011 fand das 7. Altenparlament am Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Schloss zu Schwerin statt.

Seit dem ersten Zusammentreffen im Jahre 1999 hat sich das Altenparlament einen festen Platz in der politischen Landschaft des Landes gesichert. Es ist den Delegierten und insbesondere dem Organisationskomitee sowie den Landesseniorenbeirat in jahrelanger Zusammenarbeit gelungen, ein Vertrauensverhältnis zu den Fraktionen des Landtages und der Landesregierung aufzubauen. Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz hat das Land Mecklenburg-Vorpommern nun diesen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Seniorinnen und Senioren entsprechende Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten im sozialen und politischen Raum gesetzlich garantiert.

Die vorliegende Publikation dokumentiert erneut die Ergebnisse des vergangenen Altenparlamentes und gibt Einblick in die Arbeit und die Beschlüsse des Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern.

A handwritten signature in blue ink that reads "Sylvia Bretschneider". The signature is fluid and cursive.

Sylvia Bretschneider

Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Inhaltsverzeichnis

Einladung	8
Organisationskomitee	9
Delegierte	10
Tagesordnung	12
Protokoll der Sitzung	
Begrüßung durch die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern	15
Grußwort der Ministerin für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig	20
Bestätigung des vorgeschlagenen Tagungspräsidiums	28
Ansprache der Präsidentin des Altenparlamentes, Erika Drecoll	31
Beschluss über die Geschäftsordnung	38
Beschluss über die Tagesordnung	44
Einsetzung der Arbeitskreise	44
Beratung in den Arbeitskreisen	
1. Arbeitskreis, „Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern – notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“	49
2. Arbeitskreis, „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“	63
3. Arbeitskreis, „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“	73
Grußwort des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Volker Schlotmann	83

Fragen der Delegierten an die Vertreter der Fraktionen zu seniorenpolitischen Themen	89
Minister Dr. Till Backhaus	90
Diskussion	96
Jörg Heydorn, SPD	104
Helmut Holter, DIE LINKE	107
Ralf Gabor, FDP	111
Beate Schlupp, CDU	112
Diskussion	114
Vorstellung und Beratung der Beschlussempfehlungen	143
Kultureller Beitrag zum Thema: „Noch“, Dr. Ursula von Appen	158
Beratung eines Schreiben an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	161
Schlusswort der Präsidentin des Altenparlamentes, Erika Drecoll	166
Verabschiedung der Delegierten durch Ralf Grabow, FDP	168
Anlagen	
Schreiben an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	171
Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes	173
Auswertung des 7. Altenparlamentes	175
Medienberichterstattung	176

Organisationskomitee zur Vorbereitung des VII. Altenparlaments

über:
Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Perleberger Str. 22
19063 Schwerin

An die
Delegierten des 7. Altenparlamentes
Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, 26. April 2011

Einladung zum 7. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 26. Mai dieses Jahres tagt am Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloss das 7. Altenparlament unseres Bundeslandes. Sie wurden von Ihrer Organisation als Delegierte des 7. Altenparlaments benannt. Zu dieser Veranstaltung lade ich Sie recht herzlich ein.

Das Altenparlament ist ein wichtiges Forum der politischen Meinungsbildung der älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Diese Veranstaltung ist inzwischen zu einer guten Tradition in unserem Bundesland geworden. Sie bietet Gelegenheit, den Wünschen, Hoffnungen und auch Forderungen der Seniorinnen und Senioren Ausdruck zu verleihen.

Die Schwerpunktthemen des diesjährigen Altenparlamentes finden Sie in beiliegenden Entwürfen der Leitanträge, die in drei Arbeitsgruppen und im Plenum abschließend diskutiert werden. Sie sind für eine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe 3 vorgesehen.

Der Einlass für die Delegierten in den Landtag erfolgt ab 9.00 Uhr. Bitte bringen Sie diese Einladung und einen gültigen Personalausweis für die Einlasskontrolle mit. Dies trifft auch auf Sie begleitende Gäste zu, die ebenfalls einen gültigen Personalausweis beim Einlass vorlegen müssen. Bitte beachten Sie bei Ihrer Zeitplanung, dass Einlasskontrollen auch einer bestimmten Zeit bedürfen.

Ich wünsche Ihnen und uns einen erfolgreichen Verlauf der Tagung des 7. Altenparlamentes.

Mit freundlichen Grüßen bis zum 26. Mai 2011



Erika Drecoll
Vorsitzende des Organisationskomitees

Das Organisationskomitee des 7. Altenparlamentes

Leiterin:

Drecoll, Erika SPD 60 plus

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Fröhling, Horst-Dieter Evang.-Luth. Landeskirche M-V
Paetow, Brigitte Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Rößler, Jochen Sozialverband VdK M-V e.V.

Mitglieder:

Drange, Doris Volkssolidarität
Dr. von Appen, Ursula LIGA
Katt, Annelie Bündnis 90/Die Grünen
Klemm, Peter Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Lambrecht, Günter DGB
Rösel, Heinz FDP - Liberale Senioren
Spengler, Karl-Ludwig DIE LINKE M-V
Wendt, Helge-Carl CDU Senioren-Union

Delegierte des 7. Altenparlamentes am 26. Mai 2011

Name	Institution
Dr. von Appen, Ursula	LIGA
Pfarrer i. R. Bartels, Friedrich	Evang.-Luth. Landeskirche Vorpommern
Behning, Gerhard	Seniorenbeirat Landkreis NWM
Blohm, Udo	Seniorenbeirat Stralsund
Bomplitz, Helga	Deutscher Seniorenring
Borchert, Heinz	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Brenner, Roman	DGB
Brunner, Reimar	DGB
Csallner, Jürgen	Seniorenbeirat Landkreis Rügen
Derer, Horst	Volkssolidarität
Dick, Friederike	Seniorenbeirat Landkreis Müritz
Dittner, Erika	Allgemeiner Behindertenverband
Döge, Siegfried	DGB
Donder, Edelgard	Landesfrauenrat
Drange, Doris	Volkssolidarität
Drecoll, Erika	SPD 60 plus
Einbeck, Hans-Dieter	Deutscher Bundeswehrverband
van Es, Wolfgang	Seniorenbeirat Landkreis NVP
Ewald, Joachim	DIE LINKE M-V
Feldhusen, Jörg	DGB
Fröhling, Horst-Dieter	Evang.-Luth. Landeskirche Mecklenburg
Grau, Dieter	Sozialverband VdK
Haberstroh, Hans-Josef	LIGA
Haesener, Ulrich	Sozialverband Deutschland
Hampel, Hans-Jürgen	Seniorenbeirat Landkreis PCH
Hildebrandt, Hannelore	Seniorenbeirat Landkreis MST
Hirschmann, Uwe	LIGA
Holtz, Helga	Seniorenbeirat Landkreis Rügen
Jaentsch, Wolfgang	Volkssolidarität
Kantorek, Hans-Georg	DGB
Katt, Annelie	Bündnis 90/Die Grünen
Kautz, Herbert	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Klemm, Peter	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Korn, Uwe	Sozialverband VdK
Körner, Dietrich	Seniorenbeirat Wismar

Name	Institution
Krause, Sabine	LIGA
Krüger, Wolfgang	CDU Senioren-Union
Lambrecht, Günter	DGB
Langer, Martin	Seniorenbeirat Landkreis DBR
Lechner, Karin	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Limbach, Ingeborg	BRH
Luth, Egon	Allgemeiner Behindertenverband
Maiwald, Gernot	Seniorenbeirat Landkreis UER
Matzkat, Gerhard	DGB
Menz, Heike	Europa - Union
Michaels, Horst	BRH
Neumann, Magarete	LIGA
Ott, Gerda	Seniorenbeirat Landkreis Güstrow
Paetow, Brigitte	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Rademacher, Horst	Kleingartenverband
Raether, Irene	Seniorenbeirat Landkreis OVP
Rösel, Heinz	FDP - Liberale Senioren
Schein, Adolf	Jüdische Gemeinde
Schult, Günter	Landesseniorenbeirat Neubrandenburg
Schünemann, Klaus	DGB
Dr. Schütt, Heidrun	Seniorenbeirat Landkreis LWL
Schwinn, Siegfried	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Seifert, Brigitte	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Sembritzki, Erika	Landesfrauenrat
Sitterlee, Christiane	Seniorenbeirat Greifswald
Spengler, Karl-Ludwig	DIE LINKE M-V
Steinbrecher, Eveline	Seniorenbeirat Schwerin
Thiele, Rosemarie	SPD 60 plus
Thomsen, Irmgard	Seniorenbeirat Rostock
Ungelenk, Horst	Seniorenbeirat Landkreis Demmin
Vahnauer, Jürgen	Landessportbund
Dr. Wahl, Detlev	LVG
Weinkauf, Carmen	ISOR
Wendt, Helge-Carl	CDU Senioren-Union
Zieger, Andreas	Volkssolidarität

7. ALTENPARLAMENT

Mecklenburg-Vorpommern

TAGESORDNUNG

7. Sitzung des Altenparlamentes **Donnerstag, den 26. Mai 2011, 10.00 Uhr**

Schwerin, Schloss

1. Begrüßung durch die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
2. Grußwort der Ministerin für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
3. Bestätigung des vorgeschlagenen Tagungspräsidiums des Altenparlamentes

hierzu:

Vorschlag des Organisationskomitees

Tagungspräsidium

- AP-Drucksache 7/1 -

4. Ansprache der/des Präsidentin/Präsidenten des Altenparlamentes
5. Beschluss über die Geschäftsordnung für das Altenparlament

hierzu

Antrag des Organisationskomitees

Geschäftsordnung für das Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern

- AP-Drucksache 7/2 -

6. Beschluss über die Tagesordnung
7. Einsetzung der Arbeitskreise und Vorstellung der Arbeitskreisleiterinnen und Arbeitskreisleiter sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter

hierzu

Vorschläge des Organisationskomitees

Arbeitskreise und Arbeitskreisleiterinnen/Arbeitskreisleiter des Altenparlamentes
- AP-Drucksache 7/3 -

8. Beratung in den Arbeitskreisen

hierzu

Leitantrag des Arbeitskreises Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung

Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung
- AP-Drucksache 7/4 -

und

Leitantrag des Arbeitskreises Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern

Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern
- AP-Drucksache 7/5 -

und

Leitantrag des Arbeitskreises Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement
- AP-Drucksache 7/6 -

Mittagspause

9. Grußwort des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern
10. Fragen der Delegierten an die Vertreter der Fraktionen zu deren seniorenpolitischen Themen

11. Vorstellung und Beratung der von den drei Arbeitskreisen vorgelegten Beschlussempfehlungen zu den Leitanträgen sowie Vorstellung, Beratung und Beschlussfassung zu einem Schreiben an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel (Tischvorlage)
12. Schlusswort der/des Präsidentin/Präsidenten des Altenparlamentes
13. Verabschiedung der Delegierten des 7. Altenparlamentes durch die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, den 10. Mai 2011

Das Organisationskomitee

Protokoll der Sitzung des 7. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern 26. Mai 2011, Schloss Schwerin

Beginn: 10.09 Uhr

Begrüßung durch die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Präsidentin Sylvia Bretschneider:

Schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war der Gong, der sonst die Landtagsabgeordneten zum Beginn ruft. Sie sind vorbildlich, Sie sind alle da. Ich begrüße Sie ganz herzlich zur Sitzung des Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern. Die vorläufige Tagesordnung liegt Ihnen vor. Diese werden wir bis zum Tagesordnungspunkt 3 abarbeiten. Danach werde ich dann die Sitzungsleitung an das gewählte Präsidium des 7. Altenparlamentes abgeben.

Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Vertreterinnen und Vertreter hier im 7. Altenparlament! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie im Namen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ganz herzlich zur 7. Sitzung des Altenparlamentes begrüßen.

Vor zwölf Jahren, 1999, fand das 1. Altenparlament hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern statt. Die Initiative dazu kam damals von meinem Amtsvorgänger, Herrn Hinrich Kuessner. Das Ziel ist so geblieben wie schon damals formuliert: Es geht darum, nicht nur über Seniorinnen und Senioren zu reden, sondern vor allen Dingen mit ihnen, sie einzubeziehen, ihre Probleme und Wünsche kennenzulernen und ihre Potenziale zu nutzen.

Natürlich muss ein neu gegründetes Gremium sich immer erst Gehör verschaffen und so war es nicht verwunderlich, dass es nach dem 1. Altenparlament 1999 zunächst unterschiedliche Auffassungen darüber gab, wie mit den Beschlüssen des Altenparlamentes denn umzugehen sei. Inzwischen ist die anfängliche Skepsis einer kooperativen Zusammenarbeit gewichen. Das Altenparlament hat sich einen festen Platz in der politischen Landschaft unseres Landes gesichert und es ist besonders Ihnen, Ihren Vorgängern als Teilnehmern und vor allen Dingen auch dem Organisationskomitee und den Organisationskomitees der vorigen Altenparlamente sowie dem Landessenorenbeirat in jahrelanger Zusammenarbeit



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider

gelingen, ein Vertrauensverhältnis sowohl zu den Fraktionen des Landtages, aber auch der Landesregierung aufzubauen.

Damit haben Sie, so wie mit Ihren drei Leitanträgen in diesem Jahr, bewiesen, dass Sie einen großen Erfahrungsschatz und Lebenserfahrung besitzen, und – das ist auch ganz wichtig – Sie haben nie den Blick aufs Ganze verloren. Diese Realitätsbezogenheit hat es sowohl den Fraktionen hier im Hause als auch der Landesregierung erleichtert, Ihre Vorschläge bei ihren Überlegungen mit einzubeziehen. So beeinflussen Ihre Beschlüsse immer wieder die politischen Entscheidungen. Insbesondere das Seniorenmitwirkungsgesetz wäre ohne das jahrelange Engagement vieler Altenparlamente kaum denkbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heutzutage wird viel über den demografischen Wandel geredet. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern wird in den nächsten Jahren der Anteil der älteren Menschen deutlich steigen. Das Altern in der Gesellschaft bringt natürlich auch Probleme mit sich, das ist klar. Aber ich sehe darin nicht vordergründig eine gesellschaftliche Belastung oder Bedrohung, sondern vor allen Dingen kann eine älter werdende Gesellschaft auch neue Chancen und Potenziale schaffen.

Die Einbeziehung der Dimension des Alterns in alle politischen Bereiche und die Gewährleistung der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe älterer Menschen ist unsere politische Verpflichtung. Es ist eine hochaktuelle zentrale Aufgabe unserer Kultur, allen Menschen nach ihren Möglichkeiten gleiche Teilhabe am Leben zu erlauben. Es gibt keinen legitimen Grund, irgendwen auszugrenzen. Das ist wegen des Alters oder einer körperli-

chen Einschränkung genauso wenig berechtigt wie wegen der Herkunft oder des Glaubens. Wir alle müssen zusammen und generationenübergreifend unsere Zukunft gestalten. Viele Seniorinnen und Senioren sind bis ins hohe Alter aktiv, leistungsbereit und leistungsfähig. Und sie wollen aktiv mitmachen, sich persönlich einbringen, Neues erfahren, sich austauschen, Anregungen sammeln, Kontakte mit Menschen haben, insbesondere auch mit der jüngeren Generation - kurzum, sie wollen weiterhin mitten im Leben stehen.

Wir haben mit unserem Seniorenmitwirkungsgesetz diesen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Seniorinnen und Senioren entsprechende Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten im sozialen und politischen Raum gesichert. Ein moderner Staat muss die Handlungspotenziale und -kompetenzen aller Altersgruppen nutzen und deren aktive und verantwortliche Beteiligung an der Bewältigung der sozialen Herausforderungen fördern. Daher sind Beteiligung, Selbstverantwortung und Solidarität ebenso zu stärken und anzuregen wie Selbsthilfe, ehrenamtliche Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe. Deshalb ist auch mir ganz persönlich die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Altenparlament sehr wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erlaube mir daher, Ihnen auch ein Anliegen vorzutragen, sich für unsere demokratische Gesellschaft über Ihr ohnehin schon bestehendes Engagement hinaus einzusetzen. Viele von Ihnen haben sicherlich schon davon gehört, dass es seit dem Jahr 2008 ein überparteiliches Bündnis für Demokratie und Toleranz gibt. Das heißt „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Die Initiatoren waren die evangelischen und die katholischen Kirchen des Landes, der DGB, die Vereinigung der Unternehmensverbände





und auch der Landtag mit seinen demokratischen Fraktionen, vertreten durch mich. Inzwischen unterstützen mehr als 1.000 Institutionen, Vereine, Verbände, Unternehmen und Einzelpersonen diese Initiative. Darunter sind bekannte Persönlichkeiten wie Armin Mueller-Stahl, Peter Maffay, Katrin Saß oder Paule Beinlich, der Ministerpräsident des Landes, der Innenminister, der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Genauso wichtig ist es aber auch, Unterstützung durch Menschen zu finden, die vielleicht nicht so sehr im Rampenlicht und im Licht der Öffentlichkeit stehen, denn uns alle verbindet, dass wir uns für ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Wir wollen ein Land, in dem Rassismus, Intoleranz und Extremismus keine Chance haben.

Wir haben im Foyer einen Tisch aufgebaut, an dem Sie auch die Unterstützerlisten für dieses Bündnis finden, und ich bitte Sie sehr darum, überlegen Sie sich, ob Sie nicht auch als Person Mitglied und Unterstützer in diesem Bündnis werden wollen. Sie können damit ein Zeichen setzen für Demokratie. Und natürlich freuen wir uns über zusätzliches Engagement, aber erst einmal geht es nur darum, sich zu diesem Bündnis zu bekennen. Wir alle können und, ich denke, wollen auch daran mitwirken, dass nach dem 4. September dieses Jahres keine Extremisten mehr im Landtag und in unseren Kommunalvertretungen sitzen. Dazu müssen wir alle etwas tun. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer demokratischen Gesellschaft müssen wir bewahren und gegen extremistische Angriffe schützen. Und auch das Altenparlament ist eine Einrichtung unserer demokratischen Gesellschaft. Gerade ältere Menschen haben zum Teil noch ganz persönliche

Erfahrungen und direkte Erfahrungen, was ein totalitäres System, das menschenverachtend ist, das nationalsozialistisch war, für Auswirkungen hier bei uns hatte. Und deshalb, glaube ich, sind Sie diejenigen, die das auch sehr, sehr gut beurteilen können. Wir müssen uns dagegen schützen und ich denke, dass es wichtig ist, dass wir auch in diesem Feld Ihre Erfahrungen, Ihre Vorstellungen mit einbeziehen.

Ich denke, dass es uns nur gemeinsam gelingen kann, eine verantwortungsvolle Seniorenpolitik zu gestalten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass auch vom 7. Altenparlament wieder ganz wichtige Impulse für die Politik und für die Gesellschaft hier in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus ausgehen. Ich weiß, dass Ihre Beschlüsse, dass Ihre Beratungen auch dazu geführt haben, das eine oder andere bundespolitische Thema mit zu unterstützen, mit zu befördern.

Ich bedanke mich ganz herzlich, dass Sie mir zugehört haben, und wünsche Ihnen heute für Ihre Beratungen alles Gute, interessante Gespräche und vor allen Dingen gute Ergebnisse. Vielen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Wir kommen dann jetzt zum Tagesordnungspunkt 2, zum Grußwort der Ministerin für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern.

Frau Ministerin Schwesig, Sie haben das Wort.





Ministerin Manuela Schwesig

Grußwort der Ministerin für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern

Ministerin Manuela Schwesig:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Sylvia Bretschneider! Sehr geehrte Frau Präsidentin des Altenparlamentes, liebe Erika Drecoll! Sehr geehrte Delegierte des 7. Altenparlamentes! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Und sehr geehrte Vorsitzende des Landesseniorenbeirats, liebe Brigitte Paetow! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich begrüße Sie herzlich und freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, hier anlässlich des 7. Altenparlamentes einige Wort an Sie richten zu können. Ich überbringe Ihnen zunächst die herzlichen Grüße unseres Ministerpräsidenten Erwin Sellering, der Ihnen für das heutige Altenparlament viel Erfolg wünscht.

Das Altenparlament, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich zu einem festen Bestandteil der Seniorenpolitik unseres Landes und zu einem anerkannten Gremium der älteren Generation gegenüber dem Parlament, der Landesregierung und den Kommunen entwickelt. Wenn Sie heute als Altenparlament bereits zum siebten Mal tagen, dann ist dies für mich gelebte Demokratie. Sie alle kommen aus den verschiedensten Bereichen ehrenamtlicher Seniorenarbeit und nutzen Ihre nachberufliche Zeit, um sich bürgerschaftlich zu engagieren. Dafür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken.

Mit dem Altenparlament wurde für Sie ein Diskussionsforum geschaffen, in das Sie Ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen können. Ich halte dies auch für wichtig, denn Seniorenpolitik ist eben nicht nur Querschnittspolitik, sondern eine Politik für und in erster Linie mit Seniorinnen und Senioren. Und dabei dürfen wir uns natürlich nicht, und das machen wir auch nicht, nur auf die Themen Gesundheit und Soziales beschränken, sondern wir sollten, wir müssen Themen sowohl aus der Sicht des noch tätigen, des kreativen und des vitalen als auch aus Sicht der auf Hilfe und Pflege angewiesenen älteren Menschen beraten. Dies gilt für alle Bereiche gleichermaßen, für die Wirtschaft, die Kunst, Kultur, Bildung, den Öffentlichen Personennahverkehr, den Wohnungsmarkt, um nur einige Beispiele der Vielfalt von Seniorenpolitik zu nennen.

Ältere Menschen sind nicht nur zahlenmäßig eine wichtige Gruppe, sie sind in der Regel auch eine ständig wachsende Konsumentengruppe. Und sie sind kompetente, erfahrene und durchaus kritische Verbraucher. Deshalb sind die Vertreter aller Bereiche und Branchen gut beraten, sich auch an den Wünschen und Bedürfnissen älterer Menschen zu orientieren, sie ernst zu nehmen und bei der Fertigstellung und Herstellung ihrer Angebote und Produkte zu berücksichtigen. Wenn die Wünsche und Forderungen der Älteren nach mehr Nutzerfreundlichkeit, Sicherheit und Service, egal ob in der Technik oder im Baubereich, realisiert werden, bedeutet dies auch für uns alle einen Gewinn. In vielen Bereichen fehlt es an übersichtlichen, verlässlichen Informationen und situationsgerechtem Service. Ich möchte nur das Stichwort „Gebrauchsanweisungen“ nennen. Diese Informationen und dieser Service sind aber eine wichtige Voraussetzung, um das Leben im Alter selbstständig und unabhängig gestalten zu können. Und wenn diese Gebrauchsanweisungen mal ein



bisschen einfacher wären, wäre das nicht nur gut für Sie, sondern auch für mich. Ich komme damit nämlich auch nicht klar.

Mit Freude habe ich gelesen, dass sich viele Unternehmen und Branchen langsam auf die Senioren als Konsumentengruppe einstellen und entsprechende Angebote unterbreiten. Dies gilt beispielsweise für den Tourismus, für die Gesundheitswirtschaft und den Sport, wie wir jedes Jahr eindrucksvoll bei der Messe 50+ hier in Schwerin erleben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich sind die Seniorinnen und Senioren nicht nur eine Konsumentengruppe, sondern vor allem kompetente, erfahrene Menschen, die den Wunsch haben und einfordern - zu Recht -, sich an der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft zu beteiligen. Und deshalb sind vorwiegend die Themen der zurückliegenden Altenparlamente genau dieser Idee einer solidarischen Gesellschaft gewidmet und die dazu gefassten Beschlüsse haben gezeigt, dass Sie ganz konkret Ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wohl leisten wollen.

Sie haben die Möglichkeit, durch Ihre Meinungsäußerungen den Politikern und der Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern zu signalisieren, was aus Ihrer Sicht erforderlich und wichtig ist. Wir erleben gelegentlich Kritik an den vielen Parlamenten, die es hier gibt: Altenparlament, Jugendparlament, Familienparlament. Gestern war ich auf einer Veranstaltung, wo jemand meinte, das wäre Eventpolitik. Ich möchte mich dagegen ausdrücklich wehren. Ich finde, dieses Altenparlament, genauso wie Familienparlament oder Jugendparlament, ist eben eine Form der Partizipation für Bürgerinnen und Bürger außerhalb der Möglichkeiten, die es jetzt gibt über das Landesparlament. Und ich halte es für wichtig, dass wir gerade im Vorfeld der Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten gemeinsam im Gespräch sind, hier heute mit dem Altenparlament und mit den anderen Möglichkeiten, wie zum Beispiel den Seniorenbeiräten in den Kommunen und dem Landesseniorenbeirat.

Aber es gibt auch Felder, bei denen wir aufgrund der demografischen Entwicklung in unserem Land schneller als in anderen Regionen der Bundesrepublik gefordert sind, neue Strategien zu entwickeln. Unser Land muss im Wettbewerb mit anderen Ländern ein attraktiver Standort zum Leben, Arbeiten und Erholen bleiben und noch weiter an Attraktivität dazugewinnen. Wir wollen ein Land der Generationen sein, in dem eben keine Generation ausgeschlossen wird und die Generationen schon gar nicht gegeneinandergestellt werden.

Und das bedeutet, dass es sowohl um den Auf- und Ausbau eines attraktiven Wirtschaftsstandortes als auch um die Anpassung der Daseinsvorsorge, besonders in den ländlichen, strukturschwachen Regionen, geht. Selbstverständlich gehören die

Gesundheitsförderung und Prävention, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, die Entwicklung neuer Wohn- und Betreuungskonzepte ebenso dazu wie das bürgerschaftliche Engagement. Wir müssen bei der Gestaltung des demografischen Wandels in unserem Land auch den Mut haben, neue, unbekannte Wege zu gehen und Handlungsspielräume zuzulassen und zu öffnen. Das bedeutet auch, dass wir in einigen Bereichen korrigieren, anpassen und hier und da vielleicht sogar gegensteuern müssen.

Aus meiner Sicht ist dabei besonders wichtig, dass wir alle gemeinsam aktiv werden, Mecklenburger und Vorpommern überzeugen und mitnehmen auf dem Weg des demografischen Wandels in unserem Land, um ihn aktiv zu gestalten und ihn nicht als eine Gefahr zu sehen. Nach meiner festen Überzeugung ist der demografische Wandel, dass Menschen in unserem Land immer älter werden können, eine gute Sache, denn es ist ein Zeichen von besserem Lebensstandard.

Und das ist das, wofür jede Generation für die nächste Generation kämpft. Sie haben sich gewünscht, dass es Ihren Kindern besser geht, die haben sich wieder gewünscht, dass es meiner Generation besser geht, und ich wünsche mir und arbeite daran, dass es der Generation meines Sohnes besser geht. Und diese Idee der Generationengerechtigkeit zu übertragen von Generation zu Generation und sie wiederzufinden auch in einer höheren Lebenserwartung, ist sehr wichtig für den solidarischen Zusammenhalt. Und dass zu wenige Kinder geboren werden, ist ein Problem, aber nicht das Problem der älteren Generation, sondern auch hier wollen wir als Gesellschaft, als Land gemeinsam dafür sorgen, dass Kinder wieder mehr willkommen sind als vielleicht in der Vergangenheit. Deswegen ist der demografische Wandel etwas Positives, den wir gemeinsam gestalten wollen. Und mit dem Demografiebericht hat die Landesregierung ein gutes Konzept vorgelegt, in dem konkrete und abrechenbare Maßnahmen für alle Lebens- und Politikbereiche enthalten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Organisationskomitee des 7. Altenparlamentes hat auch in diesem Jahr drei Themenschwerpunkte in Form von Leitanträgen formuliert, die Sie heute im Altenparlament debattieren und verabschieden wollen. Es geht erstens um die „Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern – notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“, zweitens um „Moderne Wohnformen im Alter“ und drittens um die „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“. Diese Themen werden Sie gleich in drei Arbeitskreisen erörtern und Sie werden sich auch, wenn ich richtig informiert bin, heute noch mit einem Schreiben an die Bundeskanzlerin zum Thema „Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West“ wenden. Insbesondere soll sie dabei auch an ihre Ausführungen bei den 9. Seniorentagen 2009 in Leipzig erinnert werden.



Ministerin Manuela Schwesig

Ich habe mir diese drei Leittrträge angeschaut und finde, dass Sie die wichtigen Themen aufgegriffen haben im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel. Zum ersten Leittrtrag, „Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“, medizinischer Versorgung: Das sind Themen, die uns gemeinsam bewegen. Die medizinische Versorgung in unserem Land und die pflegerische Versorgung muss sichergestellt werden. Sie darf kein Luxusgut werden, was sich vielleicht nur noch Einzelne leisten können oder dass Einzelne außen vor bleiben. Hier gibt es eine große Herausforderung, insbesondere im Flächenland.

Sie haben sehr viele gute und wichtige Punkte in Ihrem Entwurf des Leittrtrages und ich will einfach nur einige Anregungen mitgeben für Ihre Diskussion. Sie erwarten hier, dass zum Beispiel das Geriatriekonzept vorgelegt wird. Das ist richtig und wichtig. Das ist einfach aus 1998 und natürlich nicht mehr aktuell. Und ich freue mich, wenn Sie es heute beschließen, dass ich, ähnlich wie bei anderen Beschlüssen von Ihnen, da auch diese Dinge erfüllen kann. Das Geriatriekonzept ist mit der Fachwelt, mit den Praktikern jetzt beraten und abgestimmt. Es ist auf dem Weg ins Kabinett und wird noch vor der Sommerpause vorgelegt. Nichtsdestotrotz ist es natürlich richtig, wenn es sich hier wiederfindet in Ihren Punkten.

Auch bei der Frage der Planung von medizinischer Versorgung und pflegerischer Versorgung müssen wir weiterkommen. Unser Land hat gemeinsam mit den anderen Bundesländern Vorschläge gemacht für ein Versorgungskonzept. Und ich freue mich sehr, dass wir uns vorletzte Woche mit dem Bund über letzte Punkte geeinigt haben, dass wir einfach in der Planung von ärztlicher Versorgung im Land weiterkommen. Wie Sie wissen, haben wir im Bereich der niedergelassenen Ärzte bisher überhaupt keine Gestaltungsmöglichkeiten als

Politik. Und es ist gut, wenn sich das öffnet und wir eine Gesamtplanung für die Ärzte, egal ob niedergelassen oder in Krankenhäusern, machen. Und diese Punkte, die Sie hier zur Attraktivitätssteigerung des Hausarztberufes vorschlagen, die unterstütze ich ausdrücklich und die finden sich auch in den Eckpunkten für ein Versorgungsgesetz so wieder und werden ein guter, großer Rückenwind. Sie machen viele Vorschläge zur Pflege, das finde ich sehr gut, zum Beispiel endlich die Durchsetzung der neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffe, dass wir wegkommen von der Minutenpflege hin zu einer menschenwürdigen Pflege, die wirklich die Situation der Menschen berücksichtigt. Natürlich spielt hier auch die Finanzierung eine Rolle. Hier werbe ich sehr für die solidarische Bürgerversicherung.

Auch die Unterstützung von Familien in der Pflege ist ein wichtiger Punkt, alleine Ihre Forderung nach Lohnersatzleistungen während der Pflegezeit. Also wenn es die zehntägige Auszeit für Pflege, um wirklich die notwendigsten Organisationen zu tätigen, jetzt schon unter Lohnfortzahlung geben würde, wäre es eine große Erleichterung für viele Familien. Sie sehen also, Sie haben viele Punkte dabei, die wir auch schon gemeinsam aktiv diskutieren.

Zum Leitantrag „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“ wird sicherlich der Bau- und Verkehrsminister Volker Schlotmann, den Sie heute hier noch begrüßen, etwas sagen.

Und der dritte Punkt, ganz wichtig, die „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“: Ich denke, wir haben gemeinsam vieles auf den Weg gebracht. Ich erinnere an das Seniorenmitwirkungsgesetz, was Sie hier als Altenparlament



Brigitte Paetow

gefordert haben und ich dann als Sozialministerin mit den Regierungsfractionen auch gegen Widerstände aus dem Landesparlament durchgesetzt habe.

Und, liebe Brigitte Paetow, ich glaube, du kannst es bestätigen, mittlerweile guckt Deutschland sehr genau und stolz auf Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Du bist, glaube ich, super angefragt jetzt, du musst durch ganz Deutschland und überall berichten. Also das zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht, wie Bismarck behauptet hat, 50 Jahre hinterher ist, sondern in manchen Fällen vorneweg.

Und mir hat hier sehr geholfen, das will ich ausdrücklich sagen, bei dem Durchsetzen dieses Gesetzes gegen Widerstände, dass ich mich auf die Beschlusslage des Altenparlamentes zurückziehen konnte und sagen konnte, wenn man das Altenparlament ernst nimmt, dann muss man auch Forderungen, die hier aufgemacht werden über Jahre, versuchen umzusetzen und durchzusetzen. Und ich danke Ihnen, dass das gemeinsam gelungen ist.

Und ich will auch noch mal hier ausdrücklich sagen, weil es leider die Diskussion gab, das Seniorenmitwirkungsgesetz ist nicht die Bevorteilung einer Gruppe, sondern eine Mitmachmöglichkeit für die ältere Generation. Und ich empfehle, dass man, wenn es Gesetze gibt, die Senioren unterstützen, nicht den Generationenkrieg ausruft gegen Kinder, genauso wenig, wie Sie sich aufregen, wenn ich etwas für Kinder tue, sondern das sogar noch unterstützen. Es bringt nichts, wenn die Generationen gegeneinandergestellt werden. Wir erhalten nur eine solidarische Gesellschaft aufrecht, wenn wir an einem Strang ziehen.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Und wir haben das Ehrenamtsdiplom auf den Weg gebracht, wir unterstützen den Landesseniorenbeirat. Hier laufen viele Fortbildungsveranstaltungen, alleine unsere gemeinsame Herbsttagung mit den kommunalen Seniorenbeiräten. Wir haben die senior-Trainer als Fortbildungsmaßnahme, viele Maßnahmen. Aber es gibt hier zu Recht in Ihrem Forderungskatalog neue Vorschläge zur Anerkennung, zum Beispiel diese Frage: Wie sieht es eigentlich aus mit Auslagensatz? Werden denn eigentlich noch die, die ehrenamtlich tätig sind, bestraft? Hierzu gibt es Gedanken und Überlegungen. Ich gehe davon aus, weil Jörg Heydorn dort aktiv ist und sich engagiert, dass er heute in der Fragerunde mit den demokratischen Fraktionen dazu einiges ausführen wird, was es an Grobgedanken gibt. Und wenn Sie hier heute im Altenparlament dazu Vorschläge machen, wäre das auch sehr wichtig und interessant.

Und die Entbürokratisierung des staatlichen Zuwendungsrechtes, für diese Vorschläge bin ich Ihnen sehr dankbar. Ich werde sehen, wie weit ich diese Vorschläge dann mit dem Landesrechnungshof einig machen kann. Aber es ist ja immer wichtig, dass das Ehrenamt nicht dadurch konterkariert wird, dass wir eigentlich zu viel Zeit für die Anträge brauchen, anstatt mit den Menschen zu reden. Da sind wir uns einig. Aber Sie wissen, es gibt auch bestimmte Rahmenbedingungen, die wir dann auch einhalten müssen als Zuwendungsgeber.

Also alle drei Anträge sind interessant und spannend. Ich wünsche Ihnen dazu eine ganz interessante Debatte. Sie haben das Thema „Rente“ auch aufgerufen. Das ist wichtig. Ich habe Sorge wegen der drohenden Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern. Die gibt es zum Teil schon. Sie droht mehr und deswegen muss es verschiedene Maßnahmen geben. Eine, die mir vorschwebt, ist die Mindestrente für alle die, die arbeiten gehen und trotz geringer Löhne am Ende keine Rente haben, die über der Grundsicherung liegt. Das darf nicht sein. Jeder, der sein Leben lang arbeitet, muss unabhängig von der Lohnhöhe eine Rente haben, die über Grundsicherungsniveau liegt.

Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist durchzusetzen, dass der Bund zukünftig die Grundsicherung im Alter übernimmt, dass die Kommunen an der Stelle wieder Luft zu Atmen haben: eine bundesweite Entlastung ab 2012 stufenweise bis 2014 pro Jahr am Ende von 4 Milliarden Euro für diesen Zeitraum, alleine 178 Millionen Euro Entlastung von Sozialausgaben des Bundes hier der Kommunen, auch durch das Engagement von Mecklenburg-Vorpommern. Und ich glaube, da kriegen die Kommunen wieder ein bisschen Luft zum Atmen, dass sie sich um die wirkliche Daseinsvorsorge kümmern können und auch die Spielräume haben, gerade im Bereich Seniorenpolitik.

Auch beim Thema „Rentenrecht“ sind wir nicht untätig. Es gibt die langjährige Forderung von Ihnen nach einem einheitlichen Rentenrecht in Ost und West. Nach 20 Jahren wird es höchste Zeit dafür, das ist unstrittig. Der Ministerpräsident Erwin Sellering macht sich dafür stark. Wir haben unlängst eine Bundesratsinitiative sogar mehrheitsfähig gemacht für die Nachteile von Geschiedenen hier in Ostdeutschland. Bedauerlicherweise ist, obwohl der Bundesrat mehrheitlich zugestimmt hat - und wie Sie sicherlich wissen, sind die Mehrheit nicht nur die Ostländer, also haben wir auch andere davon überzeugt -, die Bundesregierung immer noch nicht eingegangen auf diesen Antrag. Aber wir bleiben dran, ich darf Ihnen das versprechen. Ich will an dieser Stelle sagen, dass Neiddebatten, so, wie sie von Einzelnen der Grünen jetzt geschürt worden sind, dass wir mit einer höheren Höherbewertung sogar besser dastehen im Osten, dass die nicht richtig sind und dass die nichts bringen. Es geht nicht darum, 20 Jahre nach der Wende, 21 Jahre, West und Ost wieder gegeneinanderzustellen, sondern es geht gerade bei einem einheitlichen Rentenrecht darum, dass auch in dieser

Frage, in der sozialen Frage, Ost und West endlich zusammenwachsen.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass der Tag heute für Sie erfolgreich sein wird, dass Sie mit der Verabschiedung Ihrer Leitanträge weiter positiv die Meinungsbildung hier in Mecklenburg-Vorpommern, die politische Meinungsbildung beeinflussen werden. Ich darf Ihnen versprechen, dass ich weiterhin Ihre Empfehlungen, Ihre Forderungen und Anregungen ernst nehme und sie in die Seniorenpolitik, in die Sozial- und Gesundheitspolitik, die wir im Lande gemeinsam gestalten mit den Bürgerinnen und Bürgern, einbringen werde, umsetzen werde.

Ich danke Ihnen an dieser Stelle auch ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren und freue mich heute auf Ihre Anregungen, auf Ihre Beschlüsse und darauf, dass wir es in der Zukunft dann versuchen, gemeinsam umzusetzen. Ich wünsche Ihnen einen spannenden Tag, viel Erfolg und bleiben Sie gesund!

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 3: Bestätigung des vorgeschlagenen Tagungspräsidiums des Altenparlamentes, und hierzu der Vorschlag des Organisationskomitees, Tagungspräsidium, auf der Drucksache 7/1.



7. ALTENPARLAMENT
Mecklenburg-Vorpommern

AP-Drucksache **7/1**
26.04.2011

VORSCHLAG

des Organisationskomitees

Tagungspräsidium

Das Organisationskomitee des Altenparlaments schlägt folgendes Sitzungspräsidium vor:

Präsidentin des Altenparlaments	Frau Erika Drecoll
Stellvertreterin	Frau Annelie Katt
Stellvertreter	Herr Dieter Grau

Das Organisationskomitee

Bestätigung des vorgeschlagenen Tagungspräsidiums des Altenparlamentes

Vorschlag des Organisationskomitees

Tagungspräsidium

- AP-Drucksache 7/1 -

Präsidentin Sylvia Bretschneider:

Ihnen liegt auf dieser Altenparlamentesdrucksache 7/1 der Vorschlag des Organisationskomitees für das Tagungspräsidium vor. Das Tagungspräsidium des Altenparlamentes soll nun entsprechend dem Vorschlag des Organisationskomitees besetzt werden. - Ich sehe und höre keinen Widerspruch zu dieser Vorlage. Dann werden wir also so verfahren. Und ich bitte Frau Erika Drecol, das Amt der Präsidentin des Altenparlamentes, sowie Frau Annelie Katt und Herrn Dieter Grau, jeweils das Amt als Stellvertreterin beziehungsweise als Stellvertreter hier zu übernehmen. Ich wünsche dem Tagungspräsidium eine gute Hand bei der Leitung der 7. Tagung des Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern.

Und da in Punkt 4 die Ansprache der Präsidentin des Altenparlamentes erfolgt, würde ich dann jetzt noch Frau Drecol bitten, zum Tagesordnungspunkt 4 zu sprechen. Die Stellvertreter können hier oben schon mal Platz nehmen und die Präsidentin setzt sich dann hierher, wenn sie ihre Rede gehalten hat. Bitte schön.



Ansprache der Präsidentin des Altenparlamentes

Präsidentin Erika Drecoll:

Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin. Vielen Dank an die Ministerin für ihre freundlichen Worte und für die aner kennenden Worte, die Sie für uns gefunden haben. Ich denke, dass wird uns Anregung sein und Anreiz, in unserem Engagement weiterzumachen. Den Delegierten danke ich dafür, dass sie das Präsidium bestätigt haben. Wir werden uns Mühe geben, den Tag gut über die Runden zu bringen, mit Ihrer Unterstützung allerdings.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern! Sehr geehrte Delegierte des 7. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern! Sehr geehrte Gäste!

Ein herzliches Willkommen zu unserem heutigen, nun schon 7. Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern. Wer hätte das gedacht bei unserem 1. Altenparlament 1999 - noch unter der Schirmherrschaft vom damaligen Landtagspräsidenten Herrn Kuessner einberufen, die Landtagspräsidentin hat schon daran erinnert -, dass das Altenparlament eine feste Größe in unserem politischen Wirken für die ältere Generation wird?!

Und ich denke, es ist angebracht, unserer jetzigen Landtagspräsidentin Frau Sylvia Bretschneider, die den Staffelstab übernommen hat, um das einmal sportlich zu sehen, für ihr Engagement, mit dem sie uns bis zum heutigen Tag - und ich hoffe, auch noch länger - die Möglichkeit einräumt, alle zwei Jahre ein Altenparlament abzuhalten, zu danken. Herzlichen Dank, Frau Landtagspräsidentin, dass Sie unser Anliegen zu Ihrem Anliegen gemacht haben.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Wir sehen darin auch eine Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit, die wir Älteren für die Älteren leisten.

Wenn ich schon beim Danken bin: Mein Dank gilt auch allen, die an der Vorbereitung des 7. Altenparlamentes mitgewirkt haben, dem Organisationskomitee, das schon seit September letzten Jahres stramm gearbeitet hat, und der Landtagsverwaltung, hier besonders Frau Stölzer, die mit unerschütterlicher Ruhe alle Aufgaben gemeistert hat.



Präsidentin des 7. Altenparlamentes Erika Drecoll

Nun ist also heute schon das 7. Altenparlament einberufen, das heißt, Erfahrungen aus sechs vorangegangenen Altenparlamenten, das heißt eine Steigerung der Qualität von der Organisation über die Leitanträge bis hin zum Tagungsablauf. Daran haben auch Sie alle, verehrte Delegierte, Ihren Anteil und dafür auch Ihnen ein herzliches Dankeschön. Viele von Ihnen sind schon von Anfang an dabei und können aus eigenem Erleben die Entwicklung beurteilen.

Besonders erfreut, finde ich, können wir auch über die gute Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien unseres Landtages sein. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Ministerien. Wir werden mit unseren Anliegen ernst genommen. Das war nicht immer so. Hängt es vielleicht damit zusammen, dass auch unsere Abgeordneten älter werden und sie dadurch näher an den Themen sind? Wer weiß das schon!

(Heiterkeit bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Bevor wir uns den heutigen Anträgen zuwenden, ein kurzer Rückblick auf die Stellungnahmen der Fraktionen zu den Leitanträgen des 6. Altenparlamentes.

Zur Erinnerung, die Themen 2009 waren:

1. „Der Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung Prävention - Handlungsschwerpunkte für die ältere Generation -“

2. „Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und zur Sicherung der Renten“
3. „Mitgestalten - Mitentscheiden - Partizipation älterer Menschen in Mecklenburg-Vorpommern“

Die Fraktion der CDU verweist auf vielfältige Aktivitäten der Großen Koalition in Umsetzung der Beschlüsse des 6. Altenparlamentes und zahlreiche Projekte, die auf den Weg gebracht wurden, nachzulesen im ersten Zwischenbericht des Sozialministeriums zum Umgang mit den Beschlüssen des 6. Altenparlamentes.

Die Fraktion der SPD geht ausführlich auf die Anträge ein und verweist unter anderem auf folgende eingeleitete Maßnahmen:

- Masterplan zur künftigen flächendeckenden ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern auf Initiative der SPD-Fraktion
- Anregung zur Einrichtung eines Lehrstuhls für Geriatrie

Das wissen Sie, dass wir den schon in vielen Altenparlamenten gefordert haben.

- Rente: Hier erfolgt der Hinweis, dass es die Bundesebene betrifft, aber über den Bundesrat werden Anträge zur Verbesserung der Rentensituation eingebracht.
- unermüdlicher Einsatz für die Einrichtung von Pflegestützpunkten – ebenso nachdrücklich von uns über die Altenparlamente gefordert
- Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung und
- Forderung von Mindestlöhnen

Die Fraktion der FDP zählt unter anderem folgende Aktivitäten auf:

- hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum, dazu Drucksache 5/2774, „Flächendeckende medizinische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern langfristig sichern“
- Rente: Aus liberaler Sicht muss der Bevölkerungsentwicklung Rechnung getragen werden. Das heißt, der Zunahme der Leistungsempfänger steht ein immer kleiner werdender Teil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber. Die FDP favorisiert deshalb eine stärkere Kapitaldeckung für eine größere Unabhängigkeit von der aktuellen Anzahl an Beitragszahlern.



Präsidentin des 7. Altenparlamentes Erika Drecoll

- Die FDP ist für ein Mindesteinkommen, aber gegen die Einführung von gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlöhnen durch den Staat.
- Angleichung des Rentenwertes Ost an West: Hier verweist die FDP-Landtagsfraktion auf einen diesbezüglichen Antrag der FDP-Bundestagsfraktion und darauf, dass im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP die Einführung eines einheitlichen Rentenwertes noch in dieser Legislaturperiode fest vereinbart worden ist.
- Partizipation: Ja, sie ist von enormer Bedeutung, aber ein Seniorenmitwirkungsgesetz wird abgelehnt. Senioren brauchen keine Sonderregelung. Sie sind ausreichend in allen Parlamenten vertreten. Gesonderte Interessenlage ist nicht gegeben.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich nachhaltig für die Umsetzung der Beschlüsse des 6. Altenparlamentes ein. Das geht aus diversen Anfragen in den Fragestunden des Landtages hervor. Besonders zu erwähnen ist der vehemente Einsatz für die Errichtung von Pflegestützpunkten oder auch für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. DIE LINKE wendet sich gegen Zusatzbeiträge zur Pflegeversicherung.

Ergebnisse der aktuellen Politik der Landesregierung:

- Seniorenmitwirkungsgesetz seit Juli 2010
- Strategiepapier der Landesregierung zur Gestaltung des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern
- Sozialreport 50plus für Mecklenburg-Vorpommern

- Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West
- Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

Einer besonderen Erwähnung bedarf aber die Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes durch den Landtag im Juli 2010. Hier ist eine Forderung der Altenparlamente seit 1999 umgesetzt worden. Mit dem Gesetz wird umfassend die Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren über den Landeseniorenbeirat als Ansprechpartner für die Landesregierung ermöglicht – ein wirklich toller Erfolg für die Vereine, Verbände, Organisationen, die diese Forderung immer wieder unterstützt haben. Es lohnt sich also doch, hartnäckig ein Ziel zu verfolgen.

Aber nichts ist so vollkommen, als dass es nicht noch besser werden könnte. Und so nutzen wir heute wieder das Altenparlament, ein wichtiges Forum der politischen Meinungsbildung der älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, um auf Mängel und Defizite hinzuweisen und Änderungen einzufordern.

Dazu liegen folgende Leituanträge zur Beratung vor:

1. „Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“
2. „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“
3. „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“



Einige von Ihnen mögen denken, das haben wir schon oft gefordert. Das Organisationskomitee war sich aber einig, dass sich mit der weiteren Zuspitzung der demografischen Entwicklung auch andere Sichtweisen auf notwendige Veränderungen ergeben, die sich in den Leitansätzen widerspiegeln. Manchmal ist auch ein Nachhaken notwendig, wenn wir meinen, dass noch Bedarf zur Umsetzung besteht, siehe dazu heute auch das Schreiben an die Bundeskanzlerin, das wir noch verabschieden wollen, oder auch die noch nicht zufriedenstellende Einführung von Pflegestützpunkten - die Ministerin hat schon darauf hingewiesen - oder die noch nicht erfolgte Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Auch neue Beschlusslagen der Bundesregierung wie zum Beispiel der Sechste Altenbericht „Altersbilder in der Gesellschaft“ vom November 2010 oder die am 6. Oktober 2010 vom Bundeskabinett beschlossene „Nationale Engagementstrategie“ machen Anpassungen erforderlich.

So verständlich der Wunsch nach möglichst schneller Umsetzung unserer Forderungen ist, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, denkt man manchmal, sie verblissen vor dem, was sich an Katastrophen in der Welt abspielt: immer noch Krieg in Afghanistan, obwohl der größte Teil der Bundesbürger die Einstellung fordert, Unruhen, kriegsähnliche Zustände in Nordafrika, wo die Menschen um die demokratischen Rechte und menschenwürdige Lebensbedingungen kämpfen, immer noch kein Verbot der NPD. Auch hier sind die Älteren in der Pflicht, sich aufgrund ihrer Lebenserinnerungen einzubringen. Wir wissen doch noch, dass menschenverachtende Propaganda letztendlich in Krieg und Verderben führt.

Und noch ein furchtbares Ereignis, das die Welt erschütterte, kann ich nicht unerwähnt lassen. Das ist der Reaktor-GAU am 11. März 2011 in Fukushima infolge eines Erdbebens und eines Tsunamis. Es hat sich leider herausgestellt, dass es auch in technisch hoch entwickelten Ländern wie Japan keine Sicherheit vor Atomkatastrophen gibt. Tausende Tote sind zu beklagen, Hunderttausende müssen in Notunterkünften leben. Hier hat uns die Vergangenheit eingeholt, denn genau heute vor vier Wochen, nämlich am 26. April, jährte sich der Tag des Reaktor-GAUs in Tschernobyl zum 25. Mal. Und noch immer leiden viele Menschen an den Folgen dieser Katastrophe. Viele Menschen gedachten in Schweigeminuten der Opfer dieser beiden Katastrophen und ich bitte auch Sie, sich von den Plätzen zu erheben und der Opfer zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.



Es ist schwierig, jetzt fortzufahren, aber auch aus diesen Tragödien ergeben sich für uns Verpflichtungen, nämlich dafür einzutreten, dass die zurzeit stillgelegten acht ältesten Atomkraftwerke der Bundesrepublik abgeschaltet bleiben, dass wir eine gründliche Prüfung der Sicherheitsstandards der sich noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke fordern, vor allen Dingen aber eine schnelle Klärung der Endlagerung des Atommülls. Und wer Atommüll verursacht, der sollte auch für die sichere Beseitigung verantwortlich sein.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes - Heinz Borchert: Genau.)

Unsichere Lagerung von Atommüll, auch das ist ein gigantisches Erbe, das wir unseren Kindern und Enkelkindern und wahrscheinlich noch unseren Urenkeln hinterlassen. Aber wer spricht schon von diesem Erbe? Setzen wir uns dafür ein, dass wir den nach uns kommenden Generationen eine gesunde und lebenswerte Umwelt hinterlassen!

Ich wünsche uns allen einen guten Verlauf des 7. Altenparlamentes mit fairen und sachlichen Diskussionen in den Arbeitskreisen, wo die termingemäß eingegangenen Anträge zu den Leitansträgen beraten werden sollen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vereinbarungsgemäß übergebe ich die Sitzungsleitung nun an Herrn Grau. Danke schön.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes -
Glückwünsche der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider an die Mitglieder
des Sitzungspräsidiums – Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)



Beschluss über die Geschäftsordnung für das Altenparlament

Vizepräsident Dieter Grau:

Bevor wir zum Beschluss über die Geschäftsordnung für das Altenparlament kommen, stelle ich die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Wir kommen nun zu dem Beschluss über die Geschäftsordnung für das Altenparlament. Hierzu liegt Ihnen der Antrag des Organisationskomitees auf Altenparlamentesdrucksache 7/2 vor.

Antrag des Organisationskomitees

Geschäftsordnung für das Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern

- AP-Drucksache 7/2 -

Wenn es hierzu keinen Widerspruch gibt, dann werden wir auf dieser Grundlage unsere heutige Beratung durchführen.

7. ALTENPARLAMENT
Mecklenburg-Vorpommern

AP-Drucksache **7/2**
24.03.2011

ANTRAG

des Organisationskomitees

Geschäftsordnung für das Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern

Das Altenparlament möge beschließen:

Das Altenparlament gibt sich folgende Geschäftsordnung:

Das Organisationskomitee

ENTWURF

einer Geschäftsordnung für das Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern

§ 1 Zuständigkeit

Diese Geschäftsordnung gilt für die Sitzungen des Altenparlaments.

§ 2 Leitung

(1) Die Landtagspräsidentin/der Landtagspräsident eröffnet die Sitzung und unterbreitet einen Vorschlag zur Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesaltenparlaments und seiner zwei StellvertreterInnen. Das Präsidium wird in offener Abstimmung gewählt.

(2) Das Präsidium besteht aus drei Mitgliedern, welche auch die Aufgaben der Antrags- und Mandatsprüfungskommission erfüllen. Die Sitzung wird durch sie wechselseitig geleitet. Die Präsidentin/der Präsident eröffnet und schließt die Sitzung.

(3) Zu Beginn der Sitzung stellt das Präsidium die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest. Dies ist zu protokollieren.

(4) Das leitende Mitglied kann in Ausübung dieses Amtes jederzeit das Wort nehmen. Bei Angelegenheiten, die es selbst betreffen, hat es die Leitung der Versammlung abzugeben. Das gilt ebenso, wenn es sich an der Debatte beteiligen will.

(5) Das leitende Mitglied bringt die auf der Tagesordnung stehenden Tagesordnungspunkte in der beschlossenen Reihenfolge zur Verhandlung.

(6) Das leitende Mitglied hat das Recht, die Redner zur Sache und zur Ordnung zu rufen und ihnen das Wort zu entziehen, wenn sie während einer Rede einer dreimaligen Aufforderung nicht Folge geleistet haben.

§ 3 Aussprache/Debatte

(1) In den Aussprachen haben stimmberechtigte Delegierte Rederecht.

(2) Wortmeldungen sind dem Präsidium schriftlich mit Angabe des Namens und des Verbandes einzureichen. Die Wortmeldungen werden in die Redeliste aufgenommen. In der Reihenfolge dieser Liste erhalten die Rednerinnen und Redner durch das leitende Mitglied das Wort.

(3) Die Redezeit zu Sachthemen wird je Rednerin und Redner auf fünf Minuten begrenzt. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten je Rednerin und Redner. Auf Antrag und durch Beschluss der Delegierten kann die Redezeit verkürzt werden.

(4) Sachanträge werden entsprechend der Tagesordnung eingebracht und begründet. Es findet eine Debatte statt. Liegen keine Wortmeldungen mehr vor, so eröffnet das leitende Mitglied die Abstimmung.

(5) Zu einem durch Abstimmung erledigten Gegenstand wird nicht mehr das Wort erteilt.

§ 4 Anträge

(1) Selbständige Anträge können nur von den Arbeitsgruppen des Altenparlamentes eingebracht werden. Die Anträge sind schriftlich bis zu der vom Organisationskomitee festgelegten Frist (Antragsfrist) einzureichen. Diese sind die Grundlage für den beratenden Teil der Tagesordnung.

(2) Alle fristgemäß eingegangenen Anträge werden dem Organisationskomitee des Altenparlamentes von den Arbeitsgruppen mit sachlich begründeter Stellungnahme und Empfehlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

(3) Initiativanträge (Dringlichkeitsanträge) werden schriftlich eingebracht und bedürfen der Zustimmung der einfachen Mehrheit der anwesenden Delegierten, um behandelt werden zu können. Inhalt eines Initiativantrages kann nur ein Sachverhalt sein, der sich zwischen dem Redaktionsschluss zu dem Einreichen von Anträgen und dem Tag der Durchführung des Altenparlamentes ergeben hat.

(4) Zusatz- oder Änderungsanträge zu selbständigen Anträgen können während der Debatte von Stimmberechtigten gestellt werden. Sie sind schriftlich einzureichen und werden vorlesen, ehe der nächste Redner das Wort erhält. Damit stehen sie ebenfalls zur Behandlung. Redaktionelle Änderungsvorschläge können mündlich eingebracht werden.

(5) Alle Anträge müssen aus bearbeitungs- und verhandlungstechnischen Gründen folgenden Kriterien genügen:

- a) Der Antrag muss auf einem gesonderten Blatt eingereicht werden.
- b) Der Antrag muss den Antragsteller ausweisen.
- c) Antrag und Antragsbegründung müssen im Wortlaut getrennt erscheinen.
Dabei steht der Antragstext voran. Eine schriftliche Begründung kann entfallen.
- d) Die Anträge sind so zu formulieren, dass über den Wortlaut zweifelsfrei abgestimmt werden kann.

(6) Anträge, die den Anforderungen nach § 4 Absatz 5 nicht genügen, werden durch die Antragskommission zurückgewiesen. Bei Anträgen, die mehrfach mit gleichem Inhalt eingehen, hat die Antragskommission in Zusammenarbeit mit den Antragstellern die Aufgabe, den Antragstext zu einer Vorlage zu gestalten. Gelingt das nicht, sind die Anträge einzeln zu behandeln.

(7) Wenn ein eingereicherter Zusatz- oder Änderungsantrag nach Meinung des leitenden Mitglieds nicht zur Sache gehört, kann es diesen in der Versammlung an dieser Stelle ausschließen. Bei Widerspruch aus der Versammlung ist eine Entscheidung herbeizuführen. Der Behandlung des Antrages wird stattgegeben, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten zustimmt.

(8) Wird ein Zusatz- oder Änderungsantrag zugelassen, muss zuerst über den weitergehenden Antrag abgestimmt werden.

(9) Anträge können von den Antragstellern ganz oder teilweise zurückgezogen werden.

(10) Über einen Antrag kann auf Beschluss der Versammlung auch geteilt verhandelt und abgestimmt werden.

§ 5 Geschäftsordnungsanträge

(1) Geschäftsordnungsanträge können jederzeit gestellt und müssen sofort behandelt werden - außer während der Wahl - oder Abstimmungsvorgängen. Sie werden durch Zuruf „zur Geschäftsordnung“ oder durch Aufzeigen mit beiden Händen angekündigt.

(2) Erfolgt auf einen Geschäftsordnungsantrag kein Widerspruch, so gilt er mit der entsprechenden Feststellung des leitenden Mitglieds als angenommen.

(3) Erhebt sich Widerrede, muss sie begründet werden. Nachdem je eine Rednerin/ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat, erfolgt die Abstimmung.

(4) Ein Geschäftsordnungsantrag wird mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden.

(5) Jede/r stimmberechtigte Delegierte kann den Schluss der Debatte beantragen, wenn er sich nicht schon zur Sache geäußert hat. Über einen solchen Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt, nachdem die Rednerliste vom leitenden Mitglied vorgelesen wurde. Das weitere Verfahren regelt sich wie in Absatz 3 und 4.

(6) Nach einer Abstimmung kann das Wort nur noch zu persönlichen Erklärungen erteilt werden.

§ 6 Abstimmung

(1) Abstimmungen sind grundsätzlich offen, wenn nicht einer der stimmberechtigten Delegierten die geheime Abstimmung verlangt.

(2) Stimmberechtigt sind die von der Mandatsprüfungskommission legitimierten Delegierten.

(3) Eine Übertragung des Stimmrechts ist nicht zulässig.

-
- (4) Das Altenparlament ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit besteht, solange diese nicht durch einen Geschäftsordnungsantrag angezweifelt wird.
- (5) Bei Abstimmungen gilt die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Stimmenenthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Mehrheit außer Betracht. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
- (6) Die Abstimmung erfolgt nach Aufruf des leitenden Mitglieds durch Sichtbarmachung der Delegiertenkarte.
- (7) Nach der Auszählung stellt das leitende Mitglied die Annahme oder Ablehnung fest.
- (8) Das Ergebnis jeder Abstimmung ist zu protokollieren.

§ 7 Schlussbestimmungen

Die Geschäftsordnung wurde auf der Grundlage der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern sowie der bisherigen Altenparlamente erstellt. Sie wird mit einfacher Mehrheit der anwesenden Delegierten beschlossen. Änderungen bedürfen ebenfalls der einfachen Mehrheit der anwesenden Delegierten.



Beschluss über die Tagesordnung, Einsetzung der Arbeitskreise

Vizepräsident Dieter Grau:

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6: Beschluss über die vom Organisationskomitee vorgeschlagene Tagesordnung unserer heutigen Beratung.

In Ihren Beratungsunterlagen liegt Ihnen eine geänderte Tagesordnung vor. Das Grußwort des Ministerpräsidenten entfällt. Dafür ist unter Tagesordnungspunkt 9 das Grußwort des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung hinzugekommen. Des Weiteren wurde unter Tagesordnungspunkt 11 die Abstimmung des Schreibens an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel mit aufgenommen. Ich sehe und ich höre hierzu keinen Widerspruch, dann ist die Tagesordnung für die heutige Beratung so beschlossen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7: Einsetzung der Arbeitskreise und Vorstellung der Arbeitskreisleiterinnen und Arbeitskreisleiter sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

Hierzu liegt Ihnen ein Vorschlag des Organisationskomitees auf der Altenparlamentsdrucksache 7/3 vor.

VORSCHLAG

des Organisationskomitees

Arbeitskreise und Arbeitskreisleiterinnen/Arbeitskreisleiter des Altenparlamentes

1. Das Organisationskomitee des Altenparlamentes schlägt die Bildung folgender Arbeitskreise vor:

Arbeitskreis 1 im Altenparlament	Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung
Arbeitskreis 2 im Altenparlament	Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern
Arbeitskreis 3 im Altenparlament	Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement

2. Das Organisationskomitee des Altenparlamentes bestimmt die folgenden Arbeitskreisleiterinnen/Arbeitskreisleiter und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter:

Arbeitskreis 1 im Altenparlament Leiterin: Stellv. Leiter:	Frau Dr. Ursula von Appen Herr Karl-Ludwig Spengler
Arbeitskreis 2 im Altenparlament Leiterin: Stellv. Leiter:	Frau Erika Drecoll Herr Heinz Rösel

Arbeitskreis 3 im Altenparlament

Leiter:

Stellv. Leiter:

Herr Helge-Carl Wendt

Herr Horst-Dieter Fröhling

Das Organisationskomitee

Einsetzung der Arbeitskreise und Vorstellung der Arbeitskreisleiterinnen und Arbeitskreisleiter sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Vorschlag des Organisationskomitees
Arbeitskreise und Arbeitskreisleiterinnen/
Arbeitskreisleiter des Altenparlamentes
- AP-Drucksache 7/3 -

Gibt es hierzu Änderungsvorschläge? - Das ist nicht der Fall. Damit sind die vom Organisationskomitee vorgeschlagenen Arbeitskreise eingesetzt.

Im 1. Arbeitskreis soll entsprechend den Absprachen im Organisationskomitee der Leitantrag „Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“ auf der Altenparlamentesdrucksache 7/4 beraten werden. Der Leitantrag „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, Altenparlamentesdrucksache 7/5, soll absprachegemäß im 2. Arbeitskreis sowie der Leitantrag „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“ auf Altenparlamentesdrucksache 7/6 im 3. Arbeitskreis beraten werden. Ich sehe und ich höre hierzu keinen Widerspruch, damit ist auch dies so beschlossen.



Beratung in den Arbeitskreisen

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 8: Beratung in den Arbeitskreisen.

Die Beratung in den Arbeitskreisen erfolgt entsprechend den eben gefassten Beschlüssen in den folgenden Sitzungssälen: Der 1. Arbeitskreis führt seine Beratungen im Sitzungsraum 479, das ist der SPD-Fraktionsitzungsraum, durch. Der 2. Arbeitskreis berät im Raum 202, das ist der Konferenzraum. Und der 3. Arbeitskreis führt seine Beratungen im Raum 248, das ist der CDU-Fraktionsraum, durch.

Ich bitte Sie zu beachten, dass die Beratungen bis 12.30 Uhr abgeschlossen werden müssen. Für 12.30 Uhr ist eine Mittagspause bis 13.45 Uhr vorgesehen. Das Mittagessen erhalten Sie im Schlosscafé auf Einladung der Präsidentin des Landtages. Ab 13.45 Uhr setzen wir entsprechend der Tagesordnung unsere Beratung hier im Plenum fort. Ich bitte Sie nunmehr, sich in die Beratungsräume Ihrer jeweiligen Arbeitskreise zu begeben. Die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung sind Ihnen behilflich, die entsprechenden Räume zu finden. Meine Damen und Herren, hiermit unterbreche ich die Sitzung.

Unterbrechung: 10.59 Uhr



Medieninteresse an der Arbeit des Altenparlamentes

7. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern

1. Arbeitskreis

„Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern – notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“

Leiterin: Frau Dr. Ursula von Appen

Stellv. Leiter: Herr Karl-Ludwig Spengler

Teilnehmer 1. Arbeitskreis

Name	Institution
Dr. von Appen, Ursula	LIGA
Pfarrer i. R. Bartels, Friedrich	Evang.-Luth. Landeskirche Vorpommern
Blohm, Udo	Seniorenbeirat Stralsund
Borchert, Heinz	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Drange, Doris	Volkssolidarität
van Es, Wolfgang	Seniorenbeirat Landkreis NVP
Haberstroh, Hans-Josef	LIGA
Hildebrandt, Hannelore	Seniorenbeirat Landkreis MST
Hirschmann, Uwe	LIGA
Jaentsch, Wolfgang	Volkssolidarität
Lambrecht, Günter	DGB
Lechner, Karin	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Limbach, Ingeborg	BRH
Neumann, Magarete	LIGA
Ott, Gerda	Seniorenbeirat Landkreis Güstrow
Schünemann, Klaus	DGB
Dr. Schütt, Heidrun	Seniorenbeirat Landkreis LWL
Sembritzki, Erika	Landesfrauenrat
Sitterlee, Christiane	Seniorenbeirat Greifswald
Spengler, Karl-Ludwig	DIE LINKE M-V
Steinbrecher, Eveline	Seniorenbeirat Schwerin
Dr. Wahl, Detlev	LVG

7. ALTENPARLAMENT
Mecklenburg-Vorpommern

AP-Drucksache 7/4
24.03.2011

LEITANTRAG

**Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern -
notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher
Versorgung
(1. Arbeitskreis)**

**Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern -
notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher
Versorgung**

Das Altenparlament möge beschließen:

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, Maßnahmen auf Landes-, kommunaler und ggf. Bundesratsebene zu ergreifen, die geeignet sind, in Mecklenburg-Vorpommern einen drohenden Pflegenotstand und eine ärztliche Unterversorgung zu vermeiden.

Die demografische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern führt dazu, dass in Zukunft mit der steigenden Zahl älterer Menschen auch der Pflegebedarf erheblich wachsen wird, während gleichzeitig die Zahl der Personen zwischen 20 und 60 Jahre, die theoretisch als Pflegenden in Frage kämen, durch Geburtenrückgang und Wegzug abnimmt. Gleichzeitig ist ein beachtlicher Rückgang der Zahl der Mediziner im hausärztlichen Bereich zu erwarten.

Das stellt hohe Anforderungen an unsere sozialen Sicherungssysteme.

Wir fordern:

1. dass alle in den Beschlüssen der bisherigen Altenparlamente und alle Zusicherungen der Landesregierung und der Fraktionen zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens im Alter auch weiterhin Beachtung finden und durchgesetzt werden, auch die überfällige Erstellung eines Geriatriekonzepts.

2. die statistischen Daten des Pflegerahmenplanes, der den Berichtszeitraum 2003 bis 2007 umfasst, zu aktualisieren, um den wirklichen gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf an Pflegekräften und Ärzten als Grundlage für die weitere Planung zu ermitteln und die für die Zukunft erforderlichen aktuellen Maßnahmen jetzt einleiten zu können,

3. zur Sicherung der ärztlichen Versorgung ist das Nachbesetzungsproblem, vor allem bei den Hausärzten im ländlichen Raum, zu lösen
 - durch erweiterte Ausbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin und Förderung von Niederlassungen,
 - durch Verbesserung der Attraktivität des Hausarztberufes auf dem Lande,
 - durch Ausarbeitung einer Strategie zur Entlastung der Hausärzte,
 - durch Aufstockung der Studienplatzzahl mit Berücksichtigung der später oft hohen Teilzeittätigkeit von Ärztinnen.

4. zur Vermeidung eines Pflegenotstands in den kommenden Jahren
 - Maßnahmen zur Erweiterung der Kompetenz und Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe,
 - eine leistungsgerechte Bezahlung und Angleichung der Löhne Ost an West,
 - mehr Möglichkeiten für eine berufsbegleitende Qualifizierung und zur Umschulung von anderen Heilhilfsberufen zur Pflegekraft und zwar ohne Abstriche an der Qualität der Ausbildung,
 - eine einheitliche Finanzierung der Pflegeausbildung, jedoch nicht zu Lasten von Heimbewohnern,
 - Berufswerbung auch für männliche Pflegekräfte und Ausländer und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse,
 - Arbeitserleichterung für Pflegekräfte durch Verbesserung der Personalbemessung in Heimen, Krankenhäusern und mobiler Pflege,
 - Ausweitung des von den Krankenkassen als reguläre Leistung übernommenen AGnES-Projektes, die weiter geht als bisher realisiert und geplant,
 - weitere familienunterstützende Maßnahmen für die meist weiblichen Pflegekräfte im familiären Bereich.

5. zur Verbesserung und Erweiterung pflegeunterstützender Maßnahmen

- die konsequente Beachtung der Forderung ambulant vor teilstationär, teilstationär vor stationär,
- die Erweiterung der Zahl der Kurzzeitpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen,
- die Ausweitung und stärkere Anerkennung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und die Verlängerung und Vereinfachung der entsprechenden Landesverordnung,
- die flächendeckende Einrichtung von Pflegestützpunkten, um eine unabhängige und auch mobile Pflegeberatung unter Einbeziehung vorhandener Strukturen, auch im ländlichen Raum, zu sichern,
- die Ausbildung ehrenamtlicher Helfer in der Pflegeberatung,
- Konzepte zur Verbesserung des Gesundheitszustandes und des Gesundheitsschutzes zur Minderung von Pflegebedürftigkeit,
- die Einführung und Durchsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes.

6. zur Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen der pflegenden Angehörigen unter anderem

- die Verlängerung des Anspruchs auf Pflegezeit,
- Lohnersatzzeiten während der Pflegezeit und Lohnfortzahlung während kurzzeitiger Freistellung,
- Sicherung des Rückkehrrechtes in den Beruf nach Ende der Pflegezeit,
- Zugang zu Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen für pflegende Angehörige.

Arbeitskreis Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung

Begründung

Ärztliche Versorgung und fachgerechte Betreuung pflegebedürftiger Menschen sind nur dann zu gewährleisten, wenn Hausärzte im Krankheitsfall in zumutbarer Entfernung erreichbar sind und im Fall der Pflegebedürftigkeit qualifizierte Pflegekräfte zur Verfügung stehen. Schon heute sind mehrere Regionen in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) von ärztlicher Unterversorgung bedroht.

Der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird sich in den kommenden Jahren verdoppeln.

Das Land M-V ist in besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen. Während sich die Zahl der über 75-Jährigen bis zum Jahr 2030 verdoppelt, sinkt die Zahl der Erwerbsbevölkerung im gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel. Standen im Jahr 2007 einem über 75-Jährige 7,25 erwerbsfähige Einwohner gegenüber, werden es im Jahr 2030 nur noch 2,37 sein. Das heißt, für eine zunehmend ältere und damit von Krankheit und Pflegebedürftigkeit bedrohte Bevölkerung steigt in den kommenden Jahren das Risiko, im Fall von Erkrankung oder Pflegebedürftigkeit nicht fachgerecht versorgt zu werden, weil die geringer werdende Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht mehr die notwendige Zahl an ärztlichen und pflegerischen Fachkräften hergibt.

Der „Pflegerahmenplan Mecklenburg-Vorpommern 2009“ des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern (Pflegerahmenplan) dokumentiert für das Jahr 2007 insgesamt 30.588 ambulant und stationär Pflegebedürftige in M-V und prognostiziert für das Jahr 2030 die doppelt so hohe Anzahl von 60.283.

Der Pflegerahmenplan enthält keine Prognosen über den künftigen Bedarf an Pflegekräften und enthält keine Angaben darüber, wie es gelingen kann, das notwendige Pflegepersonal zu rekrutieren.

Bei sinkender Erwerbsbevölkerung wird es zunehmend schwieriger, den wachsenden Bedarf an Pflegekräften zu sichern.

Derzeit kommen auf eine ambulant oder stationär pflegebedürftige Person 0,52 Pflegekräfte. Das entspricht einem Anteil von 1,63 % aller Erwerbsfähigen. Bei sinkender Zahl der Erwerbsbevölkerung müssten im Jahr 2030 bei derzeit geltenden Standards 4,88 % aller Erwerbsfähigen als Pflegekräfte tätig sein. Das heißt, der Anteil müsste sich bis zum Jahr 2030 verdreifachen. Dies kann nur gelingen, wenn dem zu erwartenden Pflegekräftemangel mit wirksamen Maßnahmen begegnet wird.

Die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige sind zu verbessern.

Etwa 46 % aller Pflegebedürftigen des Jahres 2007 erhielten Pflegegeld, d. h., dieser Personenkreis wurde überwiegend durch Angehörige versorgt. Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ist zu erwarten, dass sich der Anteil Pflegebedürftiger, die durch Angehörige gepflegt werden, erhöht. Pflegenden Angehörige leisten Enormes für die Gesellschaft, zahlen dafür aber einen hohen Preis. Obwohl Pflege durch Angehörige oftmals mit höherem persönlichen Einsatz geleistet wird als professionelle Pflege, wird sie in der Pflegestufe I nur mit 440 € pro Monat vergütet, während professionellen Pflegern 1.023 €

gezahlt werden. Darüber hinaus fehlt es an Entlastung, Unterstützung und gesellschaftlicher Wertschätzung. Es ist deshalb notwendig, die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige zu verbessern.

Es sind Maßnahmen erforderlich, um künftig die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen.

Obwohl die Zahl der Ärzte in Deutschland insgesamt in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist, zeigt sich im hausärztlichen Bereich ein Rückgang. Einer sinkenden Zahl von Hausärzten, vor allem im ländlichen Raum, steht eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber, die ärztlicher und physiotherapeutischer Leistungen bedürfen und einen höheren Medikamentenverbrauch haben. Die Ausgaben für den Bereich ambulanter ärztlicher Versorgung für Versicherte über 60 Jahre betragen das 2,07-fache der Ausgaben für unter 60-Jährige.

Schon jetzt (Stand: März 2010) sind nach Feststellung des „Landesausschusses Ärzte und Krankenkassen“ mehrere Regionen von ärztlicher Unterversorgung bedroht. Vor allem für ländliche Regionen zeichnet sich ein Nachbesetzungsproblem ab.

Angeichts drohender ärztlicher Unterversorgung sind die ärztezentrierten und ärztedominierten Strukturen des Gesundheitswesens zugunsten größerer Eigenständigkeit und Verantwortung ausgebildeter Pflegekräfte zu modifizieren.

Um Erkrankungsrisiken zu minimieren und die Gefahr der Pflegebedürftigkeit zu verringern, ist die Förderung der Gesundheitsbildung zur präventiven Gesundheitsvorsorge und einer gesundheitsdienlichen Lebensführung zu verbessern. Dazu gehört u. a. Ernährungsberatung zur Reduzierung des Infarkttrisikos bei Senioren.



Dr. Ursula von Appen (Leiterin des 1. Arbeitskreises) und Karl-Ludwig Spengler (stellv. Leiter)





Gabriele Měšťan, Fraktion DIE LINKE, verfolgt die intensive Diskussion im Arbeitskreis.



7. ALTENPARLAMENT
Mecklenburg-Vorpommern

26.05.2011

BESCHLUSS DES 7. Altenparlamentes**Zum Thema „Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“**

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, Maßnahmen auf Landes-, kommunaler und ggf. Bundesratsebene zu ergreifen, die geeignet sind, in Mecklenburg-Vorpommern einen drohenden Pflegenotstand und eine ärztliche Unterversorgung zu vermeiden.

Die demografische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern führt dazu, dass in Zukunft mit der steigenden Zahl älterer Menschen auch der Pflegebedarf erheblich wachsen wird, während gleichzeitig die Zahl der Personen zwischen 20 und 60 Jahre, die theoretisch als Pflegenden in Frage kämen, durch Geburtenrückgang und Wegzug abnimmt. Gleichzeitig ist ein beachtlicher Rückgang der Zahl der Mediziner im hausärztlichen Bereich zu erwarten.

Das stellt hohe Anforderungen an unsere sozialen Sicherungssysteme.

Wir fordern:

1. dass alle in den Beschlüssen der bisherigen Altenparlamente und alle Zusicherungen der Landesregierung und der Fraktionen zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens im Alter auch weiterhin Beachtung finden und durchgesetzt werden, auch die Erstellung eines Geriatriekonzepts.
2. die statistischen Daten des Pflegerahmenplanes Mecklenburg-Vorpommern, der den Berichtszeitraum 2003 bis 2007 umfasst, zu aktualisieren, um den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf an Pflegekräften und Ärzten als Grundlage für die weitere Planung zu ermitteln und die für die Zukunft erforderlichen aktuellen Maßnahmen jetzt einleiten zu können,
3. zur Sicherung der ärztlichen Versorgung ist das Nachbesetzungsproblem, vor allem bei den Hausärzten im ländlichen Raum, zu lösen durch
 - qualitativ und quantitativ erweiterte Ausbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin und Förderung von Niederlassungen,
 - Verbesserung der Attraktivität des Hausarztberufes auf dem Lande,
 - Ausarbeitung einer Strategie zur Entlastung der Hausärzte,
 - Aufstockung der Studienplatzzahl mit Berücksichtigung der später oft hohen Teilzeittätigkeit von Ärztinnen.
4. zur Vermeidung eines Pflegenotstands in den kommenden Jahren
 - Maßnahmen zur Erweiterung der Kompetenz und Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe,
 - eine leistungsgerechte Bezahlung und Angleichung der Löhne Ost an West,
 - mehr Möglichkeiten für eine berufsbegleitende Qualifizierung und zur Umschulung von anderen Heilhilfsberufen zur Pflegekraft und zwar ohne Abstriche an der Qualität der Ausbildung,
 - eine einheitliche Finanzierung der Pflegeausbildung,
 - Berufswerbung auch für männliche Pflegekräfte und Ausländer, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse,
 - Verbesserung der Personalbemessung in Heimen, Krankenhäusern und mobiler Pflege,
 - Ausweitung des von den Krankenkassen als reguläre Leistung übernommenen AGnES-Projektes, die weiter geht als bisher realisiert und geplant.

5. zur Verbesserung und Erweiterung pflegeunterstützender Maßnahmen die
- konsequente Beachtung der Forderung ambulant vor teilstationär, teilstationär vor stationär,
 - Erweiterung der Zahl der Kurzzeitpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen,
 - Ausweitung und stärkere Anerkennung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und die Verlängerung und Vereinfachung der entsprechenden Landesverordnung,
 - flächendeckende Einrichtung von Pflegestützpunkten, um eine unabhängige und auch mobile Pflegeberatung unter Einbeziehung vorhandener Strukturen, auch im ländlichen Raum, zu sichern,
 - Ausbildung ehrenamtlicher Helfer in der Pflegeberatung,
 - Konzepte zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung zur Minderung von Pflegebedürftigkeit,
 - Einführung und Durchsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes.
6. zur Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen der pflegenden Angehörigen unter anderem
- die Verlängerung des Anspruchs auf Freistellung zur Pflege,
 - Lohnersatzzeiten während der Pflegezeit und Lohnfortzahlung während kurzzeitiger Freistellung,
 - Sicherung des Rückkehrrechtes in den Beruf nach Ende der Pflegezeit,
 - Zugang zu Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen für pflegende Angehörige,
 - weitere familienunterstützende Maßnahmen für die meist weiblichen Pflegekräfte im familiären Bereich,
 - Erhöhung des Pflegegeldes.

Die Präsidentin des 7. Altenparlamentes

Begründung

Ärztliche Versorgung und fachgerechte Betreuung pflegebedürftiger Menschen sind nur dann zu gewährleisten, wenn Hausärzte im Krankheitsfall in zumutbarer Entfernung erreichbar sind und im Fall der Pflegebedürftigkeit qualifizierte Pflegekräfte zur Verfügung stehen. Schon heute sind mehrere Regionen in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) von ärztlicher Unter-versorgung bedroht.

Der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird sich in den kommenden Jahren verdoppeln.

Das Land M-V ist in besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen. Während sich die Zahl der über 75-Jährigen bis zum Jahr 2030 verdoppelt, sinkt die Zahl der Erwerbsbevölkerung im gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel. Ständen im Jahr 2007 einem über 75-Jährige 7,25 erwerbsfähige Einwohner gegenüber, werden es im Jahr 2030 nur noch 2,37 sein. Das heißt, für eine zunehmend ältere und damit von Krankheit und Pflegebedürftigkeit bedrohte Bevölkerung steigt in den kommenden Jahren das Risiko, im Fall von Erkrankung oder Pflegebedürftigkeit nicht fachgerecht versorgt zu werden, weil die geringer werdende Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht mehr die notwendige Zahl an ärztlichen und pflegerischen Fachkräften hergibt.

Der „Pflegerahmenplan Mecklenburg-Vorpommern 2009“ des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern (Pflegerahmenplan) dokumentiert für das Jahr 2007 insgesamt 30.588 ambulant und stationär Pflegebedürftige in M-V und prognostiziert für das Jahr 2030 die doppelt so hohe Anzahl von 60.283.

Der Pflegerahmenplan enthält keine Prognosen über den künftigen Bedarf an Pflegekräften und enthält keine Angaben darüber, wie es gelingen kann, das notwendige Pflegepersonal zu rekrutieren.

Bei sinkender Erwerbsbevölkerung wird es zunehmend schwieriger, den wachsenden Bedarf an Pflegekräften zu sichern.

Derzeit kommen auf eine ambulant oder stationär pflegebedürftige Person 0,52 Pflegekräfte. Das entspricht einem Anteil von 1,63 % aller Erwerbsfähigen. Bei sinkender Zahl der Erwerbsbevölkerung müssten im Jahr 2030 bei derzeit geltenden Standards 4,88 % aller Erwerbsfähigen als Pflegekräfte tätig sein. Das heißt, der Anteil müsste sich bis zum Jahr 2030 verdreifachen. Dies kann nur gelingen, wenn dem zu erwartenden Pflegekräftemangel mit wirksamen Maßnahmen begegnet wird.

Die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige sind zu verbessern.

Etwa 46 % aller Pflegebedürftigen des Jahres 2007 erhielten Pflegegeld, d. h., dieser Personenkreis wurde überwiegend durch Angehörige versorgt. Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ist zu erwarten, dass sich der Anteil Pflegebedürftiger, die durch Angehörige gepflegt werden, erhöht. Pflegenden Angehörige leisten Enormes für die Gesellschaft, zahlen dafür aber einen hohen Preis. Obwohl Pflege durch Angehörige oftmals mit höherem persönlichen Einsatz geleistet wird als professionelle Pflege, wird sie in der Pflegestufe I nur mit 440 € pro Monat vergütet, während professionellen Pflegern 1.023 €

gezahlt werden. Darüber hinaus fehlt es an Entlastung, Unterstützung und gesellschaftlicher Wertschätzung. Es ist deshalb notwendig, die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige zu verbessern.

Es sind Maßnahmen erforderlich, um künftig die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen.

Obwohl die Zahl der Ärzte in Deutschland insgesamt in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist, zeigt sich im hausärztlichen Bereich ein Rückgang. Einer sinkenden Zahl von Hausärzten, vor allem im ländlichen Raum, steht eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber, die ärztlicher und physiotherapeutischer Leistungen bedürfen und einen höheren Medikamentenverbrauch haben. Die Ausgaben für den Bereich ambulanter ärztlicher Versorgung für Versicherte über 60 Jahre betragen das 2,07-fache der Ausgaben für unter 60-Jährige.

Schon jetzt (Stand: März 2010) sind nach Feststellung des „Landesausschusses Ärzte und Krankenkassen“ mehrere Regionen von ärztlicher Unterversorgung bedroht. Vor allem für ländliche Regionen zeichnet sich ein Nachbesetzungsproblem ab.

Angesichts drohender ärztlicher Unterversorgung sind die ärztezentrierten und ärztedominierten Strukturen des Gesundheitswesens zugunsten größerer Eigenständigkeit und Verantwortung ausgebildeter Pflegekräfte zu modifizieren.

Um Erkrankungsrisiken zu minimieren und die Gefahr der Pflegebedürftigkeit zu verringern, ist die Förderung der Gesundheitsbildung zur präventiven Gesundheitsvorsorge und einer gesundheitsdienlichen Lebensführung zu verbessern. Dazu gehört u. a. Ernährungsberatung zur Reduzierung des Infarkttrisikos bei Senioren.

7. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern

2. Arbeitskreis

„Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“

Leiterin: Frau Erika Drecoll

Stellv. Leiter: Herr Heinz Rösel

Teilnehmer 2. Arbeitskreis

Name	Institution
Behning, Gerhard	Seniorenbeirat Landkreis NWM
Derer, Horst	Volkssolidarität
Dick, Friederike	Seniorenbeirat Landkreis Müritz
Dittner, Erika	Allgemeiner Behindertenverband
Donder, Edelgard	Landesfrauenrat
Drecoll, Erika	SPD 60 plus
Einbeck, Hans-Dieter	Deutscher Bundeswehrverband
Ewald, Joachim	DIE LINKE M-V
Feldhusen, Jörg	DGB
Katt, Annelie	Bündnis 90/Die Grünen
Kautz, Herbert	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Körner, Dietrich	Seniorenbeirat Wismar
Krause, Sabine	LIGA
Krüger, Wolfgang	CDU Senioren-Union
Langer, Martin	Seniorenbeirat Landkreis DBR
Luth, Egon	Allgemeiner Behindertenverband
Matzkat, Gerhard	DGB
Raether, Irene	Seniorenbeirat Landkreis OVP
Rösel, Heinz	FDP - Liberale Senioren
Schein, Adolf	Jüdische Gemeinde
Schult, Günter	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Schwinn, Siegfried	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Seifert, Brigittte	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Ungelenk, Horst	Seniorenbeirat Landkreis Demmin
Weinkauf, Carmen	ISOR

LEITANTRAG

des Arbeitskreises Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern (2. Arbeitskreis)

Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern

Das Altenparlament möge beschließen:

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, Maßnahmen auf Landes-, kommunaler und ggf. Bundesebene zu ergreifen, um ein langes selbstständiges Leben im Alter in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der damit einhergehenden Alterung unserer Gesellschaft ist es eine der größten Herausforderungen in unserer Zeit, Häuser und Wohnungen sowie deren Umfeld den Bedürfnissen älterer Menschen anzupassen. Das heißt, durch barrierefreies Bauen oder durch individuelle Wohnungsanpassung eine selbstständige Lebensführung möglichst lange zu erhalten.

Dazu sind folgende Maßnahmen zu realisieren:

1. Mehr Selbstbestimmung der älteren Generation in der Altenhilfe. Die Herausforderung, der sich die Gesellschaft stellen muss, ist die Suche nach Wohnalternativen mit der Möglichkeit zu einer aktiven Lebensgestaltung, die körperliche und geistige Kräfte lange zu erhalten hilft.
2. Im Zusammenwirken von Politik, Fachleuten, Architekten, Wohnungsunternehmen sowie Betroffenen sind effektive Wohnformen zu diskutieren, weiterzuentwickeln und einzuführen. Dabei ist zu beachten, dass Wohnraum auch für breite Teile der Bevölkerung bezahlbar bleiben muss. Niedrigenergiebauweise ist zu bevorzugen
3. Zur Umsetzung neuer Wohnmodelle ggf. Anpassung an vorhandene Rahmenbedingungen wie z. B. Beseitigung von Ressortabgrenzungen und Anpassung von Finanzierungsbestimmungen. Trägerinteressen und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen müssen in Übereinstimmung gebracht werden.

4. Bedarfsgerechte Planung des Wohnungsbaus mit der Zielstellung, Wohnangebote nicht für einzelne Zielgruppen oder Altersphasen zu erstellen, sondern bei Neubauplanung oder bei Modernisierung von Gebäuden diese so zu gestalten, dass sie für verschiedene Lebens- und Haushaltsformen sowie verschiedene Lebensphasen gleich gut genutzt werden können.
5. Barrierefreies wie auch barrierearmes Bauen als grundsätzliche und verbindliche Vorgabe, da jedes Jahr längeres Verbleiben in der eigenen Wohnung bei entsprechender Ausrüstung nicht nur die Lebensqualität steigert sondern auch die Sozialsysteme erheblich entlastet.
6. Sicherung einer barrierefreien / barrierearmen Infrastruktur des Wohnumfeldes sowie auch Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten und entsprechenden Versorgungseinrichtungen.

Moderne Wohnformen im Alter sind z. B.

- integriertes Wohnen - Zusammenleben verschiedener Bewohnergruppen/Generationen in (meistens) größeren Wohnkomplexen,
- Seniorenwohngemeinschaften nach dem Motto: „Gemeinsam statt einsam.“,
- Generationenhäuser mit vielfältigen Dienstleistungsangeboten,
- Wohnen im Quartier.

Künftige Pflegestützpunkte sollten mit Wohnraumberatung nach dem Prinzip „Beratung aus einer Hand“ vernetzt werden.

Arbeitskreis Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern

Begründung

Wunsch der älteren Menschen ist es, so lange wie möglich selbstständig im gewohnten Umfeld, d. h. in vertrauter Umgebung leben zu können.

Gleichzeitig gibt es eine Zahl von umzugsbereiten älteren Menschen, die alternative Wohnformen suchen. Altersgerechte Wohnformen tragen zur Vermeidung eines Umzuges in eine Pflegeeinrichtung bei oder können einen entsprechenden Umzug in vielen Fällen hinauszögern. Damit tragen sie wesentlich zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei.

Die Bundesländer sind auch bezogen auf den Wohnungsbedarf unzureichend auf die fortschreitende Alterung der Gesellschaft vorbereitet.

Lt. Pestel-Studie von Ende 2010 werden in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2025 ca. 40.000 qualifizierte altersgerechte Wohnungen zusätzlich erforderlich sein.

Zu beachten ist bei künftiger Wohnraumgestaltung auch die Zunahme von Haushalten Alleinstehender.

Die Frage nach zukunftsorientierten Wohn- und Lebensformen alter Menschen verlangt sowohl wegen der demografischen Alterung (Entwicklung) und strukturellen Veränderung unserer Gesellschaft als auch wegen der sich wandelnden Wohnbedürfnisse alter Menschen neue Antworten.

Es bedarf dabei:

1. eines Wechsels von der Versorgungs- zur Mitwirkungsgesellschaft,
2. einer kleinräumigen Organisation altersgerechter Wohn- und Versorgungsangebote im vertrauten Wohnumfeld,
3. einer Stärkung sozialer Netzwerke und der Kooperation von Akteuren in den Wohnvierteln.

Moderne Wohnformen im Alter, barrierefrei oder barrierearm, bringen optimiertes und zukunftsorientiertes Wohnen mit Komfort und Stil und bieten beachtliche Möglichkeiten für die individuelle, vor allem funktionale Wohnraumgestaltung.



Das Thema des 2. Arbeitskreises „Moderne Wohnformen im Alter“ ...



...wurde intensiv bearbeitet ...



... und unter der Leitung von Erika Drecoll und ihrem Stellvertreter Heinz Rösel ...



... ausführlich diskutiert.

BESCHLUSS DES 7. ALTENPARLAMENTES**Zum Thema „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“**

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, Maßnahmen auf Landes-, kommunaler und ggf. Bundesebene zu ergreifen, um ein langes selbstständiges Leben im Alter in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der damit einhergehenden Alterung unserer Gesellschaft ist es eine der größten Herausforderungen in unserer Zeit, Häuser und Wohnungen sowie deren Umfeld den Bedürfnissen älterer Menschen anzupassen. Das heißt, durch barrierefreies Bauen oder durch individuelle Wohnungsanpassung eine selbstständige Lebensführung möglichst lange zu erhalten.

Dazu sind folgende Maßnahmen zu realisieren:

1. Mehr Selbstbestimmung der älteren Generation in der Altenhilfe. Die Herausforderung, der sich die Gesellschaft stellen muss, ist die Suche nach Wohnalternativen mit der Möglichkeit zu einer aktiven Lebensgestaltung, die körperliche und geistige Kräfte lange zu erhalten hilft.
2. Im Zusammenwirken von Politik, Fachleuten, Architekten, Wohnungsunternehmen sowie Betroffenen sind effektive Wohnformen zu diskutieren, weiterzuentwickeln und einzuführen. Dabei ist zu beachten, dass Wohnraum bezahlbar bleiben muss. Niedrigenergiebauweise ist zu bevorzugen. Die Errichtung von Wohnraum muss nach geltenden Gesetzen zur Energieeinsparung erfolgen.

3. Zur Umsetzung neuer Wohnmodelle ggf. Anpassung an vorhandene Rahmenbedingungen wie z. B. Beseitigung von Ressortabgrenzungen und Anpassung von Finanzierungsbestimmungen. Trägerinteressen und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen müssen in Übereinstimmung gebracht werden.
4. Bedarfsgerechte Planung des Wohnungsbaus mit der Zielstellung, Wohnangebote nicht für einzelne Zielgruppen oder Altersphasen zu erstellen, sondern bei Neubauplanung oder bei Modernisierung von Gebäuden diese so zu gestalten, dass sie für verschiedene Lebens- und Haushaltsformen sowie verschiedene Lebensphasen gleich gut genutzt werden können.
5. Barrierefreies Bauen als grundsätzliche und verbindliche Vorgabe, da jedes Jahr längeres Verbleiben in der eigenen Wohnung bei entsprechender Ausrüstung nicht nur die Lebensqualität steigert sondern auch die Sozialsysteme erheblich entlastet.
6. Sicherung einer barrierefreien Infrastruktur des Wohnumfeldes sowie auch Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten und entsprechenden Versorgungseinrichtungen.

Moderne Wohnformen im Alter sind z. B.

- integriertes Wohnen - Zusammenleben verschiedener Bewohnergruppen/Generationen in (meistens) größeren Wohnkomplexen,
- Seniorenwohngemeinschaften nach dem Motto: „Gemeinsam statt einsam“,
- Generationenhäuser mit vielfältigen Dienstleistungsangeboten,
- Wohnen im Quartier und
- Möglichkeiten des gemeinsamen Wohnens von Ehepartnern auch bei stationärer pflegerischer Betreuung eines Partners.

Künftige Pflegestützpunkte sollten mit Wohnraumberatung nach dem Prinzip „Beratung aus einer Hand“ vernetzt werden.

Die Präsidentin des 7. Altenparlamentes

Begründung

Wunsch der älteren Menschen ist es, so lange wie möglich selbstständig im gewohnten Umfeld, d. h. in vertrauter Umgebung leben zu können.

Gleichzeitig gibt es eine Zahl von umzugsbereiten älteren Menschen, die alternative Wohnformen suchen. Altersgerechte Wohnformen tragen zur Vermeidung eines Umzuges in eine Pflegeeinrichtung bei oder können einen entsprechenden Umzug in vielen Fällen hinauszögern. Damit tragen sie wesentlich zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei.

Die Bundesländer sind auch bezogen auf den Wohnungsbedarf unzureichend auf die fortschreitende Alterung der Gesellschaft vorbereitet.

Lt. Pestel-Studie von Ende 2010 werden in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2025 ca. 40.000 qualifizierte altersgerechte Wohnungen zusätzlich erforderlich sein.

Zu beachten ist bei künftiger Wohnraumgestaltung auch die Zunahme von Haushalten Alleinstehender.

Die Frage nach zukunftsorientierten Wohn- und Lebensformen alter Menschen verlangt sowohl wegen der demografischen Entwicklung und strukturellen Veränderung unserer Gesellschaft als auch wegen der sich wandelnden Wohnbedürfnisse alter Menschen neue Antworten.

Es bedarf dabei:

1. eines Wechsels von der Versorgungs- zur Mitwirkungsgesellschaft,
2. einer kleinräumigen Organisation altersgerechter Wohn- und Versorgungsangebote im vertrauten Wohnumfeld,
3. einer Stärkung sozialer Netzwerke und der Kooperation von Akteuren in den Wohnvierteln.

Moderne barrierefreie Wohnformen im Alter bringen optimiertes und zukunftsorientiertes Wohnen mit Komfort und Stil und bieten beachtliche Möglichkeiten für die individuelle, vor allem funktionale Wohnraumgestaltung.

7. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern

3. Arbeitskreis

„Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“

Leiter: Herr Helge-Carl Wendt

Stellv. Leiter: Herr Horst-Dieter Fröhling

Teilnehmer 3. Arbeitskreis

Name	Institution
Bomplitz, Helga	Deutscher Seniorenring
Brenner, Roman	DGB
Brunner, Reimar	DGB
Csallner, Jürgen	Seniorenbeirat Landkreis Rügen
Döge, Siegfried	DGB
Fröhling, Horst-Dieter	Evang.-Luth. Landeskirche Mecklenburg
Grau, Dieter	Sozialverband VdK
Haesener, Ulrich	Sozialverband Deutschland
Hampel, Hans-Jürgen	Seniorenbeirat Landkreis PCH
Holtz, Helga	Seniorenbeirat Landkreis Rügen
Kantorek, Hans-Georg	DGB
Klemm, Peter	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Korn, Uwe	Sozialverband VdK
Maiwald, Gernot	Seniorenbeirat Landkreis UER
Menz, Heike	Europa - Union
Michaels, Horst	BRH
Paetow, Brigitte	Landesseniorenbeirat M-V e. V.
Rademacher, Horst	Kleingartenverband
Thiele, Rosemarie	SPD 60 plus
Thomsen, Irmgard	Seniorenbeirat Rostock
Vahnauer, Jürgen	Landessportbund
Wendt, Helge-Carl	CDU Senioren-Union

7. ALTENPARLAMENT
Mecklenburg-Vorpommern

AP-Drucksache **7/6**
24.03.2011

LEITANTRAG

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement (3. Arbeitskreis)

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement

Das Altenparlament möge beschließen:

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, als Vorbereitung eines möglichen Gesetzes, auf der Grundlage der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung vom 06.10.2010 sowie der Beschlüsse der vorangegangenen Altenparlamente, eine Strategie zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Mecklenburg-Vorpommern unter Mitwirkung der Akteure mit folgenden Schwerpunkten zu entwickeln:

1. Es sind die Rahmenbedingungen für das freiwillige bürgerschaftliche Engagement auf Landesebene sicherzustellen.

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Erhalt und Ausbau engagementfördernder Strukturen in den Kommunen,
- Entwicklung einer neuen Kultur der Anerkennung und Wertschätzung des geleisteten bürgerschaftlichen Engagements auch durch Auslagenersatz

2. Fortführung und Weiterentwicklung der Qualifizierung Älterer zum bürgerschaftlichen Engagement.

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Die Vielfalt, Qualität und Quantität der ehrenamtlichen Dienste aller Generationen zu erhalten und weiter auszubauen.

- systematische einsatzbezogene Qualifizierung und Begleitung der bürgerschaftlich Engagierten
- passgenaue Bildungsangebote und Mitwirkungsmöglichkeiten speziell auch für Migranten , ausländischen Arbeitnehmern und anderen engagementfernen Gruppen

3. Anwendungsfreundlichere Gestaltung des staatlichen Zuwendungsrechtes für im bürgerschaftlichen Engagement Tätige

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- einheitliche verbindliche Förderrichtlinien auf Landesebene,
- vereinfachtes Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren,
- Ausdehnung der zweimonatigen Mittelverwendungsfrist auf 6 Monate,
- jahresübergreifende Mittelbereitstellung durch Verlängerung des Jährlichkeitsprinzips,
- Festbetragsfinanzierung, um zusätzliche Mittel einwerben zu können,
- einheitliche und verständliche Regelungen zur Komplementärfinanzierung,
- Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement als Eigenmittel (wie die Eigenleistung bei der Baufinanzierung).

Arbeitskreis Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement

Begründung

Um das Engagement von Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen in unserem Bundesland zu fördern, gilt es, geeignete Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation zu schaffen, um sowohl die Engagementkultur als auch die Anerkennung von Engagement zu stärken.

Die zukünftige Rentnergeneration wird aufgrund ihrer schlechteren finanziellen Situation zunehmend länger erwerbstätig sein müssen und dadurch nicht mehr in der Lage sein, ihr Engagement in dem heutigen Umfang wahrzunehmen. Da die jüngeren Jahrgänge schon jetzt fehlen, ist auch hier kein Ausgleich für eine erforderliche Engagementquote zu erwarten.

Eine aktive Engagementförderung ist deshalb mit der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen unerlässlich.

Neben der Erarbeitung einer landesweiten Engagementstrategie ist das Ziel zu verfolgen, ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, das den Bedürfnissen aller Altersgruppen entspricht, zu verabschieden.

Da nicht alle Projekte kalenderjährlich abgeschlossen werden können, ist eine Verlängerung der Mittelverwendungszeit sachlich erforderlich und dringend geboten.



Helge-Carl Wendt (Leiter des 3. Arbeitskreises) und Horst-Dieter Fröhling (stellv. Leiter)





Diskussion ...



... in einer konzentrierten Arbeitsatmosphäre.

BESCHLUSS DES 7. ALTENPARLAMENTES**Zum Thema „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“**

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, als Vorbereitung eines möglichen Gesetzes, auf der Grundlage der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung vom 06.10.2010 sowie der Beschlüsse der vorangegangenen Altenparlamente, eine Strategie zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Mecklenburg-Vorpommern unter Mitwirkung der Akteure mit folgenden Schwerpunkten zu entwickeln:

1. Es sind die Rahmenbedingungen für das freiwillige bürgerschaftliche Engagement auf Landesebene sicherzustellen.

Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen erforderlich:

- Erhalt und Ausbau engagementfördernder Strukturen in den Kommunen,
- Entwicklung einer neuen Kultur der Anerkennung und Wertschätzung des geleisteten bürgerschaftlichen Engagements auch durch Auslagenersatz

2. Fortführung und Weiterentwicklung der Qualifizierung Älterer zum bürgerschaftlichen Engagement

Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen erforderlich:

- Die Vielfalt, Qualität und Quantität der ehrenamtlichen Dienste aller Generationen zu erhalten und weiter auszubauen.
- systematische einsatzbezogene zertifizierte Qualifizierung und Begleitung der bürgerschaftlich Engagierten
- passgenaue Bildungsangebote und Mitwirkungsmöglichkeiten speziell auch für Migranten, ausländische Arbeitnehmer und andere engagementferne Gruppen

3. Anwendungsfreundlichere Gestaltung des staatlichen Zuwendungsrechtes für im bürgerschaftlichen Engagement Tätige

Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen erforderlich:

- praxistaugliche Förderrichtlinien auf Landesebene,
- vereinfachte Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren,
- Ausdehnung der zweimonatigen Mittelverwendungsfrist auf 6 Monate,
- jahresübergreifende Mittelbereitstellung,
- Festbetragsfinanzierung, um zusätzliche Mittel einwerben zu können,
- einheitliche und verständliche Regelungen zur Komplementärfinanzierung,
- Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement als Eigenmittel (wie die Eigenleistung bei der Baufinanzierung).

Die Präsidentin des 7. Altenparlamentes

Begründung

Um das Engagement von Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen in unserem Bundesland zu fördern, gilt es, geeignete Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation zu schaffen, um sowohl die Engagementkultur als auch die Anerkennung von Engagement zu stärken.

Die zukünftige Rentnergeneration wird aufgrund ihrer schlechteren finanziellen Situation zunehmend länger erwerbstätig sein müssen und dadurch nicht mehr in der Lage sein, ihr Engagement in dem heutigen Umfang wahrzunehmen. Da die jüngeren Jahrgänge schon jetzt fehlen, ist auch hier kein Ausgleich für eine erforderliche Engagementquote zu erwarten.

Eine aktive Engagementförderung ist deshalb mit der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen unerlässlich.

Neben der Erarbeitung einer landesweiten Engagementstrategie ist das Ziel zu verfolgen, ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, das den Bedürfnissen aller Altersgruppen entspricht, zu verabschieden.

Da nicht alle Projekte kalenderjährlich abgeschlossen werden können, ist eine Verlängerung der Mittelverwendungszeit sachlich erforderlich und dringend geboten.

Grußwort des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern



Minister Volker Schlotmann

Wiederbeginn: 13.47 Uhr

Präsidentin Erika Drecoll:

Werte Delegierten, Sie sind sicher schon ganz gespannt, dass es jetzt weitergeht. Ich hoffe, Sie haben sich beim Mittagessen gut gestärkt. Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9 und da hält der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Herr Schlotmann, ein Grußwort.

Herr Schlotmann, Herr Minister Schlotmann, Sie haben das Wort.

Minister Volker Schlotmann:

Meine Damen und Herren! Habe ich jetzt einen gewischt gekriegt oder was? Wenn mein Skelett durchleuchtet, weiß ich, hier ist was falsch.

Meine Damen und Herren, die Vorbemerkung kann ich mir nicht verkneifen, die Kollegen der Fraktionen sind ja auch hier und die werden mir wahrscheinlich - zumindest im Stillen - recht geben: voll wie selten hier in diesem Plenarsaal. Und das freut mich ganz besonders.

(Beifall Udo Blohm und Heinz Borchert)

Das zeigt nämlich Ihr Interesse und dokumentiert eigentlich Ihr Engagement für die Arbeit, die Sie so leisten, die häufig im Stillen stattfindet und aus meiner Sicht, ich sage mal, manchmal generationentechnisch nicht wirklich die Würdigung erhält, die sie eigentlich verdient.

Meine Damen und Herren, deswegen möchte ich mich erst mal ganz herzlich bedanken für Ihre geleistete Arbeit, egal und gleich, in welchen Bereichen Sie diese ehrenamtliche Arbeit leisten, denn sie ist letztendlich auch unbezahlbar. Aber ich möchte auch gleich sagen – das ist man bei mir meistens so gewöhnt, dass ich dann auch persönliche Anmerkungen mache –: Was mich oft stört, und ich unterhalte mich viel mit Seniorinnen und Senioren, ist, dass Seniorenarbeit, jedenfalls ist meine Wahrnehmung so, fast immer gleichgesetzt wird mit dem Thema „Pflege“ und „krank“. Das ist eigentlich immer so das Hauptthema, das mir da begegnet. Das kann ich gar nicht nachvollziehen. Ganz selten passiert mir mal, dass noch das Thema „Mobilität“ dazukommt. Da geht es dann meistens um Radwege. Dazu sage ich auch gleich was. Aber Mobilität im Alter ist natürlich auch eine ganz wichtige Sache und auch Pflege ist eine wichtige Sache. Und sich mit Krankheit oder besser gesagt mit der Gesundheit auseinanderzusetzen, ist auch eine ganz wichtige Sache.

Aber in der Realität sieht es so aus, Sie sind eigentlich keine besondere Personengruppe, sondern Sie sind einfach die Gruppe derjenigen, die auf unserem Planeten wandeln, die ein bestimmtes Alter überschritten haben oder erreicht haben, nicht mehr und nicht weniger. Und das heißt, Sie geben ja nicht mit Eintritt in ein bestimmtes Alter Ihre gesamte Kompetenz, Ihre Erfahrung und Ihr Wissen ab und konzentrieren sich dann nur noch auf ein Thema, sondern Sie haben von vielen Dingen Wissen, Sie haben sehr viel Erfahrung.



Und das ist immer etwas, was mich total stört, auch in der politischen Arbeit, auch bei mir in dem Umfeld, in dem ich tätig bin, immer wieder, dass das viel zu gerne vergessen wird, dass es da ja noch ganz viele gibt, die ganz, ganz, ganz viel Lebenserfahrung und auch Berufserfahrung haben, und man nutzt sie einfach nicht. Das ist eigentlich ein Schatz, den man nicht wirklich nutzt, den man nicht wirklich zu würdigen weiß. Deswegen bin ich der Auffassung, dass Seniorenpolitik eigentlich eine der gewaltigen querschnittspolitischen Aufgaben ist. Das wird mir mein Kollege Dr. Backhaus sicherlich auch bestätigen, denn auch in der Landwirtschaft gilt das, in dem Umweltbereich, meine Damen und Herren.

Ich möchte - man hat gesagt, ein Grußwort, ich halte jetzt also keinen langen Fachvortrag -, ich möchte ganz kurz mit einigen Anmerkungen auf einige Teilbereiche Ihrer Arbeit eingehen und auch meiner Arbeit. Zu dem Leitantrag möchte ich eigentlich Folgendes sagen - Wohnen im Alter -, ich sage mal, da muss man darüber nachdenken, ob man das „im Alter“ immer so vorne hinstellt. Ich glaube, das ist vielleicht der Sache nicht immer ganz dienlich, weil jeder Junge, der das liest, der liest dann „im Alter“ und dreht sich um und interessiert sich nicht mehr dafür. Das heißt also, wenn ich solche Ideen transportieren will, muss ich auch gucken, wie sieht die Zielgruppe aus, wen will ich eigentlich erreichen. Und ich will ja nun alles erreichen, nur nicht, dass die Leute sich nicht dafür interessieren.

Und Sie haben dazu ja auch eine Beschlussempfehlung gemacht. Da kann ich jetzt wortreich - wird Politikern ja immer unterstellt -, wortreich drum herumreden, was alles toll und klasse ist, aber eben so nebulös, um nachher dann nicht festgenagelt zu werden, na, dann setz doch jetzt gefälligst auch mal um, was du da so gut findest. Damit müssen Sie bei mir leben, dass es nicht so ist. Ich finde diese Beschlussempfehlung sehr gut. Es wäre ja auch Unsinn, das abzustreiten. Wir haben auch im Vorfeld, auch meine Fachleute mit Ihnen, die in dem Arbeitskreis 2 sich engagiert haben, viele Gespräche geführt auf der Verbandsebene und da sind viele Dinge eingeflossen, die ich gut finde, wo es schwierig sein wird, das alles so eins zu eins umzusetzen. Darüber, denke ich mir, sind wir uns einig. Und das ist, denke ich mal, auch klar.

Ich will einen Punkt besonders herausgreifen: moderne Wohnformen. Das finde ich wirklich klasse, dass Sie sich diesem Thema so ausdrücklich gewidmet haben und das auch in die Beschlussempfehlung mit hineingenommen haben. Denn, das will ich Ihnen sagen, das ist jetzt keine Verwaltungsschelte oder sonst wie zu verstehen, aber das sind solche dicken Bretter, die wir da gemeinsam bohren müssen, denn das ist sinnigerweise etwas Neues, etwas Modernes und das passt da nicht so gut, weil wir das doch bisher so gemacht haben, und das war doch gut so, also brauchen wir das Moderne dann nicht - ich glaube, da ist es klasse, dass wir da sozusagen Schulterchluss üben und versuchen, gemeinsam umzusetzen, dass dieses Thema ein ganz wichtiges auch in Zukunft ist, insbesondere wenn es um das

Thema „Pflege“ dann wieder geht, auch bei dem Thema „Ehepartner“, die Schwierigkeiten, die sich da häufig einstellen. Das ist etwas, wofür es sich lohnt, Auseinandersetzungen zu führen.

Ich möchte aber ein ganz spezielles Thema ansprechen, weil das beispielgebend ist für das, was wir in der letzten Zeit gemacht haben und was jetzt noch vor uns liegt, und zwar das berühmte, begehrte Thema „Landesbauordnung“. Das Thema „Landesbauordnung“ hört sich unheimlich trocken an und ich kann Ihnen bestätigen, das ist unheimlich trocken. Aber die Konsequenzen aus der Landesbauordnung, die sind dann schon nicht mehr trocken, manchmal sogar das Gegenteil, weil ich oft erlebe, dass gut gemeinte Regelungen, Paragraphen und so weiter in der praktischen Umsetzung für die, die damit leben müssen, nämlich die Bürgerinnen und Bürger, nicht funktionieren, dass das nichts taugt und dass es sich zum Teil überlebt hat.

Wir werden also in der nächsten Legislatur diese Landesbauordnung novellieren und da hat man dann als Politiker ein Problem. Das Problem ist nämlich, dann fließen die Begehrlichkeiten auf allen Ecken und Kanten ins Kraut. Da haben Sie dann einen Riesenwust an Vorstellungen, das muss alles geregelt werden, die sich zum Teil aber massiv widersprechen. Also ich nehme mal das Thema „Barrierefreiheit“ oder „barrierearm“, wenn das auch kein förmlicher Rechtsbegriff ist, aber er wird ja oft in der Diskussion verwendet, da sind dann andere zum Teil wieder dagegen, Vermieterorganisationen oder Investoren, die sagen, dann verteuert sich der Bau so und so. Ich glaube, oder besser gesagt, ich bin davon überzeugt, wir müssen da ran.



Torsten Koplin, Fraktion DIE LINKE, und Delegierte lesen interessiert ...

Wir machen seit einigen Monaten eine sogenannte Materialsammlung, was es alles an Ideen gibt, und zwar ohne zu selektieren, dass wir schon sagen, die ist gut oder schlecht oder so, sondern wir sammeln die komplett. Die Fraktionen wissen das auch. Zwei Fraktionen haben sich bei uns auch gemeldet, haben Vorschläge unterbreitet. Und keine Sorge, die sind nicht verschüttgegangen, das ist so.

Und wir werden jetzt Folgendes machen - das ist ein neuer Weg, das ist ein anderer Weg, als das bisher üblich war, und das wird nicht einfach sein, da mache ich mir auch nichts vor -, wir machen Folgendes: Wir installieren ein, im Moment nennen wir es „beratendes Arbeitsgremium“. Dieses Gremium soll uns beraten, soll die Politik beraten. Und zwar neben den Fachverbänden, die wir haben, der Bauwirtschaft, die wir haben, erwarte ich, dass der Allgemeine Behindertenverband dabei ist, ich erwarte, dass aus dem Familienbereich Verbandsvertreter da sind, und da sage ich Ihnen jetzt nun, das habe ich Ihrer Vorsitzenden auch schon gesagt, ich erwarte, dass der Landessenorenbeirat in dieses beratende Gremium kommt.

Und die Aufgabe ist es, bevor jetzt diese Landesbauordnung formalrechtlich geöffnet wird, dort gemeinsam mit den ganzen Vertretern und uns zu diskutieren, was halten Sie als Betroffene für sinnvoll oder für unsinnig, weil mir zu oft in den letzten zweieinhalb Jahren passiert ist, dass man etwas gut gemeint hat, aber in der Praxis dann feststellen musste, die Idee war ja nicht schlecht, nur sie funktioniert in der Praxis nicht.



... in der Tageszeitung des 7. Altenparlamentes.

Und bei der Frage des demografischen Wandels, damit beschäftigen Sie sich ja nun auch eingehend und ausführlich, ist es einfach aus meiner Sicht zwingend notwendig, dass wir die betroffenen Gruppen einbeziehen in politische Entscheidungen, die dann zu treffen sind, das ist gar keine Frage, mit allem, was dazugehört. Aber ich möchte, dass die, die davon betroffen sind, im Vorfeld - im Vorfeld! - eingebunden werden und sagen, was sie für gut oder was sie für schlecht halten. Das wird eine spannende Sache. Und ich sage Ihnen, Ihr Rat ist da gefragt, Ihr Wissen ist da gefragt. Ich setze darauf. Und vor allen Dingen wünsche ich mir, dass auch eine solche Vorgehensweise - neben den formal vorgeschriebenen, das wäre jetzt ein abendfüllendes Thema, Thema „Bürgerbeteiligung für die Zukunft“ -, aber ich denke, es wäre sinnvoll, dass die Anregungen, die Sie haben, die die Betroffenen haben, für die wir ja da sind, wir sind ja Dienstleister, wir werden mit Steuergeldern bezahlt und dann haben wir gefälligst auch diejenigen, für die wir das dann machen, einzubeziehen in das, was wir so entwickeln und erarbeiten.

Das gleiche Beispiel dieser Einbeziehung der Seniorenbeiräte - ich gehe jetzt auf die Ebene darunter -, ist, wir haben sogenannte IMAGs, Interministerielle Arbeitsgruppen, gebildet zum Thema „Radwegebau“. Und auch da sind die Verbände, die ich gerade aufgezählt habe, und da sind die regionalen Seniorenbeiräte gefordert. Da ist zum Beispiel der ADAC dabei, die Gemeindevertreter sind dabei. Und ich erwarte einfach auch, dass die regionalen Seniorenbeiräte sich einbringen, denn anfangs hat man immer gesagt, ja, was haben denn die Senioren mit einem Radweg zu tun? Das ist ja völliger Quatsch! Wenn man sich aber die statistischen Daten anguckt, wenn man auf Veranstaltungen der Verkehrswacht ist, hört man sehr oft, eigentlich in der Regel, welche Belange der Senioren, der älteren Menschen überhaupt keine Berücksichtigung finden. Und deswegen, glaube ich, macht es Sinn, dass Sie sich auch an der Stelle engagieren und einbringen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, das ist ein Geben und ein Nehmen. Ihre Beschlussempfehlung, ich habe sie mir gerade noch mal durchgelesen, mache ich zur Grundlage meiner Arbeit. Daneben habe ich natürlich auch noch andere Grundlagen, aber das ist eine der Grundlagen für meine Arbeit. Das kann ich Ihnen zusagen. Ob alles immer hundert Prozent Gesetz wird, also ich verspreche Ihnen nicht das Blaue vom Himmel, aber wir werden uns anstrengen, wirklich alles eins zu eins umzusetzen.

Und seien Sie sich über eins im Klaren oder seien Sie sich dessen bewusst: Sie sind doch eine Macht. Überlegen Sie sich doch mal, Sie sind eine Zielgruppe, die Werbung gibt einen Haufen Geld aus, weil sie wissen, das ist eine Personengruppe, mit der man Geld verdienen kann. Sie sind als Wähler eine Macht. Alle Parteien konkurrieren um Sie und erzählen Ihnen, Sie sind gut für die ... Ich sage jetzt nichts.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des Altenparlamentes)

Was ich damit einfach sagen will: Auch mit Ihrem Können und Ihrem Wissen und - das mögen Sie vielleicht für verrückt halten -, aber bei der demografischen Entwicklung und der realen Arbeitsplatzsituation sage ich Ihnen, auch Ihre Fähigkeiten, ich sage mal, der jüngeren Senioren, werden zukünftig wieder viel stärker nachgefragt werden, weil diese Kompetenzen, die lässt man einfach entfleuchen. Und anschließend jammert man groß rum, auch in der Öffentlichkeit, wir brauchen Fachkräfte und Arbeitskräfte und ich weiß, da ist ein Kollege, der ist gerade 63 geworden - ja, warum nehmen sie den denn nicht? Also das wird auch auf Sie zukommen. Das heißt, Sie werden auch in Zukunft noch mehr als bisher Macht haben. Nutzen Sie die, um Ihre Interessen durchzusetzen! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecoll: Herr Minister Schlotmann, sehr herzlichen Dank für Ihre Grußworte. Ich denke, das ist besonders gut angekommen, dass Sie das beratende Gremium einrichten wollen. Wir haben zwar schon genug zu tun, denke ich, sage ich einfach mal so sehr salopp, aber wir wollen ja von vornherein mit einbezogen werden, das ist ja wichtig, dass wir unsere Erfahrungen einbringen, das ist ja auch nur unser Wunsch. Und insofern nehmen wir natürlich diese Herausforderung gern an und ich darf sicher für den Landesseniorenbeirat sprechen, dass er bereit ist, da mitzuwirken. Und gleichzeitig appelliere ich dann aber auch noch mal an die kommunalen Seniorenbeiräte, auf der kommunalen Ebene gleichfalls Verantwortung wahrzunehmen. Vielen Dank noch mal an Sie.

Fragen der Delegierten an die Vertreter der Fraktionen zu deren seniorenpolitischen Themen

Wir kommen jetzt zu dem Tagesordnungspunkt 10.

Und, liebe Delegierte, da möchte ich noch mal, bevor wir in die Fragestunde eintreten, aufgrund der aktuellen Situation hiermit Minister Backhaus das Wort erteilen. Das war der Wunsch von einigen Delegierten, dass er eine kurze Erläuterung der Situation zu der Sachlage bei den Kleingärten, Kleingartenanlagen vorbringt. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. Nachher können auch ein, zwei Fragen gestellt werden in gebotener Kürze.

Herr Minister Backhaus, ich freue mich, dass Sie so kurzfristig doch noch Zeit gefunden haben, hierher zu kommen wegen der Wichtigkeit dieses Themas, und ich erteile Ihnen jetzt das Wort.



Minister Dr. Till Backhaus

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin, wenn ich das so sagen darf, und ich glaube, das ist auch die richtige Anspruchsform, sehr geehrte Delegierte! Erstens bin ich selbstverständlich gerne hergekommen, und aus aktuellem politischem Anlass darf ich, glaube ich, auch darauf hinweisen, es gibt ernst zu nehmende Hinweise, dass der Erreger nun gefunden ist, der EHEC, aber ich habe gerade, deswegen musste ich noch mal raus, mit der Bundesministerin gesprochen - es ist noch nicht bestätigt. Es gibt aber Hinweise, ernst zu nehmende Hinweise, dass dieser Erreger über spanische Gurken in die Bundesrepublik Deutschland gekommen ist.

Sie können sich vorstellen, ich habe permanent jetzt nur damit zu tun, unsere Gemüsebauern, Erdbeerbauern, Spargelbauern zu beruhigen, weil natürlich der Absatz dramatisch zurückgegangen ist. Heute Nacht sind Lkw-Ladungen von Erdbeeren und Salaten aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland in den Norden zurückgekommen, weil die Handelsunternehmen die Produkte aus dem Norden Deutschlands nicht mehr abnehmen. Deswegen sage ich auch, wenn ich das so sagen darf, Frau Präsidentin, aus aktueller politischer Sicht kann ich nur eins unterstreichen - ich werde auch im Anschluss hier eine Pressekonferenz machen -: Wir haben zum Beispiel die Salate, die Erdbeeren in Mecklenburg-Vorpommern wirklich unter Kontrolle und man kann die Produkte aus dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit Genuss essen. Das ist mir wichtig.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes und Jörg Heydorn, SPD)

Ich habe nämlich gerade mit dem Mann von Frau Drecoll ganz bewusst eben einen Salat gegessen. Mich haben schon andere ganz verdattert angeguckt, wie das angehen kann, aber ich lebe noch.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Und jetzt kommen wir zur nächsten Schlacht, wenn ich das so sagen darf. Und ich möchte sehr ernsthaft das Thema auch noch mal ansprechen, das Thema „Kleingartenwesen“. Wer mich ein bisschen kennt, und den einen oder anderen kenne ich ja von Ihnen auch, der weiß, dass der Landesregierung und mir ganz persönlich in den letzten Jahren seit der Wende und schon mit der Wende das Kleingartenwesen von größter Bedeutung war. Ich selber habe in der letzten Volkskammer dafür gesorgt, dass der Paragraf 20a und b eingeführt wurde, damit nämlich die Kleingartenanlagen in Mecklenburg-Vorpommern unter das Dach des Bundeskleingartengesetzes gekommen sind.

Und wir wissen alle gemeinsam, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich 80.000 Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, wir haben 3.600 Hektar damit in der Bewirtschaftung in unserem schönen Bundesland. Wenn man sich das in Deutschland anschaut, sind es über 5 Millionen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und wir bewirtschaften mit den 1 Million Kleingärten in Deutschland immerhin 46.600 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Und man kann insofern natürlich auch gerade in unserem Bundesland davon sprechen, dass dieses Kleingartenwesen immer einen hohen Stellenwert hatte und auch weiterhin haben wird.



Und für mich ist das Kleingartenwesen auch eine ganz wichtige Balance zwischen denjenigen, die einen Freizeitausgleich ermöglichen wollen, auf der anderen Seite ist es eine soziale Verantwortung, generationenübergreifend in den Gärten zu arbeiten, und ist Teil, sehr geehrter Herr Bau- und Verkehrsminister, des Stadtgrüns in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Der ehemalige Oberbürgermeister von Rostock hat im übrigen mal gesagt, wenn die Kleingärten durch die Städte im Rahmen von Stadtgrün bewirtschaftet werden müssten, dann würde man alleine in Rostock - damals zu D-Mark-Zeiten - 21 Millionen D-Mark jährlich aufwenden, um städtisches Grün in der Form bewirtschaften zu können.

Und dann kommen wir aber auch langsam schon ans Eingemachte. Für mich gilt es, natürlich auch das Bundeskleingartengesetz zu achten, ähnlich wie die Kleingärtner das machen, und auf der anderen Seite haben wir eine Gesetzgebung hinter uns. Wir haben das Bundeswassergesetz, das Rahmengesetz, wir haben das Landeswassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, und danach ist natürlich auch klar, dass mit Wasser sorgsam umgegangen werden muss und wie insbesondere das Abwasser zu behandeln ist. Und in dem Bundeswassergesetz, dem Rahmengesetz, und dem Landeswassergesetz ist eindeutig geregelt, dass häusliches Abwasser ordnungsgemäß zu behandeln ist, und zwar nach dem Stand der Technik.

Und wir nehmen heute zur Kenntnis, dass wir sehr wohl innerhalb unseres Bundeslandes eine ganze Reihe von aktiven Kleingartenvereinen, auch Kreisverbänden haben, die sich dieses Themas angenommen haben, und auf der anderen Seite gibt es eine erhebliche Diskussion vor dem Hintergrund, muss das eigentlich alles sein. Und da bitte ich Sie denn auch, einfach zu bedenken, das Wasser, das Grundwasser, ist eine der wertvollsten Lebensgrundlagen. Ich sage sogar, Wasser ist das wertvollste Lebensmittel, was wir auf dieser Erde haben. Und wir haben in Mecklenburg-Vorpommern das große Glück, dass wir ausreichend hochwertiges Grundwasser noch zur Verfügung haben.

Und wenn Sie das Güstrower Wasser trinken, heute Abend oder auch am Tag, dann denken Sie einfach mal darüber nach, mit mir gemeinsam, dass dieses Wasser in der Regel um die 300 Jahre alt ist. Das bedeutet, dass wir im ersten Grundwasserleiter in Mecklenburg-Vorpommern heute dieses Wasser nicht mehr zu Trinkwasserzwecken benutzen können. Deswegen ist es für mich so wichtig, auch Ihnen noch mal deutlich zu machen, wir müssen das Abwasserproblem im Lande insgesamt lösen und wir wollen dieses Problem auch in den Kleingärten gelöst sehen.

In dem Zusammenhang habe ich, und so ist es auch, die Landkreise angewiesen und die kreisfreien Städte, sich des Themas „Abwasser“ bis 2013 verstärkt zu widmen, weil wir bis

2013 noch erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen können, um diese Probleme zu lösen. Wir sind im Wesentlichen, was die zentrale Abwasseraufbereitung und -behandlung anbetrifft, bei den Investitionen und auch bei den Kleinkläranlagen in Mecklenburg-Vorpommern auf einem sehr guten Weg.

Und in der Zielstellung, die wir als Landesregierung verfolgt haben, dem hat sich im Übrigen auch das Parlament ausdrücklich angeschlossen, wollen wir erreichen, dass wir bis 2013 dieses Problem gelöst haben. Denn wir sind verpflichtet, nicht nur für die nachfolgenden Generationen - das verstehe ich dann im Übrigen unter Nachhaltigkeit -, den nachfolgenden Generationen auch die Möglichkeit zu lassen, diese Ressourcen zu nutzen und nicht noch höhere Aufwendungen betreiben zu müssen, und auf der anderen Seite haben wir eine Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union, die uns, die Mitgliedsstaaten, verpflichtet, bis 2015 den guten ökologischen Zustand der Gewässer herzustellen. Und die „Gewässer“ bedeutet dann, nicht nur die Oberflächengewässer, sondern insbesondere auch das Grundwasser in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen oder die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet zu haben.

Und vor diesem Hintergrund nehmen die Landesregierung und ich persönlich natürlich diese Diskussion sehr ernst. Ich habe gestern Abend gerade wieder eine intensive Diskussion mit Kleingärtnern aus der Region Rostock gehabt, ich werde jetzt im Anschluss heute Abend in Wittenburg sein mit dem Kreisverband Ludwigslust und ich glaube, dass wir mit den Informationsveranstaltungen, die wir durchgeführt haben, auch ausreichend Informationen eigentlich an die Kreisverbände herangetragen haben. Ich nehme aber auch



zur Kenntnis, dass es leider ganz unten bei den Kleingärtnern nicht ankommt. Das bedauere ich zutiefst.

Und deswegen möchte ich Ihnen hier heute auch noch mal deutlich machen, natürlich werden die abwasserentsorgungspflichtigen Körperschaften, und die sind dafür zuständig, wir haben die Gesetze gemacht hier in diesem Hohen Hause, und die entsorgungspflichtigen Körperschaften sind die Landkreise, kreisfreien Städte und die Gemeinden, und diese haben die Verpflichtung, das Abwasser ordnungsgemäß zu entsorgen, aufzunehmen und damit auch den entsprechenden Werdegang einzuleiten.

Und ich betone hier ausdrücklich, Kleingärten sind nicht im rechtsfreien Raum. Auch das bitte ich Sie zu bedenken. Denn klar ist auch, das Landwassergesetz beziehungsweise Wasserhaushaltsgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die einschlägigen Richtlinien, die dazu erlassen sind, im Übrigen auch eine ganze Reihe von Rechtsurteilen oder wenn ich mir die Rahmengartenordnung des Landesverbandes der Gartenfreunde Mecklenburg-Vorpommerns anschau oder natürlich auch die Rahmengartenverordnung der Regional- oder Kreisverbände, wer sich diese genau anschaut, der wird auch feststellen, dass die Umweltbedingungen von den Kleingärtnern akzeptiert worden sind und die Kleingärtner sich ausdrücklich verpflichten, umweltverträglich zu wirtschaften und auch das Abwasser ordnungsgemäß zu behandeln.

Kleingärtner sind in der Regel im Übrigen auch, das ist mir wichtig, nicht Eigentümer der Fläche. Das heißt, sie wirtschaften auf Pachtland und das Eigentum gehört anderen. Entweder es ist kommunales oder städtisches Eigentum oder es ist Privateigentum. Und deswegen sollten wir alles daransetzen, dass auch diese Umweltvorschriften, die es nun mal gibt in der Bundesrepublik Deutschland, in den Bundesländern dann auch eingehalten werden. Die Rechtspflicht im Übrigen zur Anpassung unzureichender Abwasseranlagen besteht mindestens seit dem Jahr 1992. Seit 1992 haben alle gewusst, dass wir in diesem Lande dieses Gesetz haben. Ich habe fünf Vorgänger, wenn ich das so sagen darf, in diesem Lande, die sich dieses Themas in der entsprechenden Form leider so nicht gewidmet haben, und ich bin jetzt derjenige, um es auch Ihnen offen und ehrlich zu sagen, der diese Dinge umsetzen muss, weil wir ansonsten irgendwann großen Ärger auch mit den nachfolgenden Generationen bekommen werden.

Und wir haben uns hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern - in Übereinstimmung ausdrücklich mit dem Landtag und der Landesregierung – das Ziel gesetzt, diese ungesetzlichen Zustände, die wir heute dulden, dass wir diese möglichst bis 2013 abarbeiten wollen. Und ich habe im Übrigen auch erklärt, dass die Aussage - und die gilt auch, auch für Sie, das können Sie so mitnehmen -, dass, wenn uns klare Konzepte vorgelegt werden und

daraus hervorgeht, dass in dem einen oder anderen besonderen Fall die Umsetzung von Maßnahmen nicht fristgemäß möglich ist, wir dann weitere Übergangszeiten einräumen werden. Und das gilt dann, und das habe ich auch öffentlich gerade in der letzten Woche gesagt, bis maximal zum Jahr 2020.

Ich glaube, noch mal deutlich machen zu müssen und zu wollen, dass ich auch die unteren Behörden in dieser Woche noch mal angewiesen habe, tatsächlich die Handlungsanleitungen mit den Gartensparten direkt abzustimmen und sich quasi in einen Diskussionsprozess hineinzubegeben, mit dem Ziel, mit den Kleingartenverbänden, den Kreis- und den Ortsvereinen, wenn man es so will, sich wirklich direkt auseinanderzusetzen, mit dem Ziel, angepasste, sozial verträgliche Lösungen zu schaffen.

Und ich glaube, es ist auch an der Zeit, noch mal deutlich zu machen, was wir denn sonst so für das Kleingartenwesen in den letzten Jahren geleistet haben. Und daran will ich nur erinnern, ich habe den Paragraphen 20a genannt, ich habe auch in der Dienstzeit, in der ich hier die Verantwortung trage für diesen Bereich, den Landeskleingartenausschuss eingerichtet, den ich persönlich leite, wo alle demokratischen Fraktionen teilhaben. Dort hat das Thema „Abwasser“ permanent eine Rolle gespielt. Und auch Vertreter des Landesverbandes, des Städte- und Gemeindetages, des Landkreistages sind an diesen Diskussionen beteiligt worden. Nicht umsonst hat es dann im Übrigen eine Studie gegeben durch die Universität Rostock, die deutlich gemacht hat, dass 62 Prozent der Kleingärten in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich über eine Wasserspültoilette und/oder Dusche verfügen und wo nicht die entsprechende Abwasserentsorgung auf dem technischen Stand, wie er heute zu sein hat, stattfindet. 62 Prozent, meine Damen und Herren!



(Glocke der Präsidentin)

Und auf der anderen Seite haben wir auch nach Alternativen gesucht, ob und inwieweit wir - ich komme dann gleich zum Schluss -, inwieweit wir andere Unterstützung geben können. Auf der anderen Seite, glaube ich, ist es wichtig, wir haben wichtige Grundlagen geschaffen, die Rahmengesetzgebung auch für das Kleingartenwesen umgesetzt. Und nicht zuletzt haben wir immerhin fast 1 Million Euro in das Kleingartenwesen in den letzten Jahren hineingesteckt.

Wenn es läutet, bevor ich die rote Lampe dann noch kriege im wahrsten Sinne des Wortes, halte ich mich lieber zurück und würde sagen, wir treten dann in eine Diskussion ein. Mein abschließender Satz soll Ihnen auch mit auf den Weg geben, ich bitte Sie ausdrücklich, gerade auch in den Kleingartenvereinen darauf hinzuwirken, sich hinzusetzen, nach vernünftigen Lösungen zu suchen und dann den unteren Wasserbehörden diese Lösung anzubieten. Wenn es dort Probleme gibt, sollten Sie sich direkt an unser Haus wenden. Herr Leymann – ich würde einmal darum bitten, dass er aufsteht - ist der zuständige Abteilungsleiter in unserem Hause, der wird dann diese Dinge dann auch abzarbeiten haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Minister Backhaus. Ich freue mich, dass Sie das Wort hier ergriffen haben, und ich hoffe, dass Ihre Ausführungen so ein bisschen zur Versachlichung beigetragen haben und vielleicht auch mal das, was Sie wollen, oder Ihre Vorhaben da angekommen sind, wo sie hingehören, nämlich an der Basis. Also vielen Dank. Sie hatten sich ja bereit erklärt, dass noch ein zwei Fragen zugelassen werden. Dann würde ich jetzt bitten, dass Fragen in gebotener Kürze gestellt werden an Herrn Minister Backhaus, wenn es denn Bedarf gibt. Offensichtlich sind alle so zufrieden.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin, darf ich die Frage stellen? (Zustimmung)

Also ich möchte fragen, Herr Backhaus, Sie haben ja eben von sozial verträglichen Lösungen gesprochen, die Fragen, die uns begegnen, uns allen jetzt, den Abgeordneten, ist die Frage: Wie sieht es denn mit finanzieller Unterstützung, Förderung aus, wenn dann entsprechende Maßnahmen in den Kleingartenanlagen geplant sind?

Minister Dr. Till Backhaus: Wunderbar, Herr Holter.

Oh, das Mikrophon. Vielen Dank, Frau Präsidentin.



Also die Frage nach der Förderung ist natürlich ein ganz wichtiger Hinweis. Wir haben auch öffentlich erklärt, dass wir Gemeinschaftsanlagen, weil wir die Gemeinschaft unterstützen wollen, wir wollen, dass das Bundeskleingartengesetz, was einen hohen Schutz für unsere Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in ganz Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet, natürlich gesichert wird, und damit die gemeinnützige Anerkennung dieser Vereine.

Deswegen habe ich auch öffentlich erklärt - danke noch mal für den Hinweis von Herrn Holter -, dass wir Gemeinschaftsanlagen fördern werden. Und dazu bedarf es natürlich einer Konzeption. Und ich bitte da wirklich auch darum, wir werden in diesem Jahr schon die ersten Konzepte unterstützen, in Rostock, wo es eine ziemlich starke Diskussion gibt in der Öffentlichkeit zu dem Thema, werden wir zwei Projekte immerhin mit 23.000 Euro bereits bezuschussen.

Und wie hoch ist der Fördersatz? Auch das gibt es nicht überall, in Deutschland sowieso nicht. Wir fördern diese Gemeinschaftsanlagen mit 50 Prozent. Das gibt es sonst nicht. Und in diese 50 Prozent ist alles, was investitionsfähige Kosten anbetrifft, mit einzubeziehen. Und deswegen glaube ich auch, dass es gut wäre, wenn die Gemeinschaft, der Gemeinschaftssinn, den wir damals kannten und den ich auch noch kenne - da gucke ich mal ein bisschen in die DDR-Zeit zurück, das fand ich damals hervorragend -, dass dieser Gemeinschaftssinn auch ein Stückchen stärker wieder ausgeprägt wird und wir damit tatsächlich auch eine Gemeinschaftslösung für diese Kleingartenvereine erreichen können.



Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank. Von Herrn Lambrecht ist noch eine Frage zugelassen.

Annelie Katt: Es sind drei Fragen, die wir zulassen, also Sie hatten sich zuerst gemeldet, dann Herr Lambrecht - Herr Lambrecht, Sie waren leider nur Zweiter - und der Herr da hinten, Herr Rademacher.

Präsidentin Erika Drecoll: Kurze Fragen bitte.

Wolfgang Krüger: Mein Name ist Krüger, Wolfgang.

Die Frage hat Herr Holter schon gestellt, aber ich möchte sie so ein bisschen genauer haben: Wo fängt Gemeinschaftsanlage an und wo hört sie auf? Sie sprachen von 50 Prozent Förderung. Eine Gemeinschaftsanlage sind zwei Gärten, sind drei Gärten oder 40? Und da muss man jetzt ja, diese Frage möchte ich dann auch von Ihnen beantwortet haben beziehungsweise wenn Sie so was in Kreisverbänden rüberbringen, dass das auch genau dann geregelt ist. Danke schön. Das war die Frage.

Minister Dr. Till Backhaus: Wollen wir ein bisschen sammeln?

Präsidentin Erika Drecoll: Soll gesammelt werden? Ja, dann war jetzt Herr Lambrecht dran.

Günter Lambrecht: Ja, also ich bin seit dem 16. Lebensjahr Kleingärtner, aktiver Kleingärtner,



Wolfgang Krüger

und ich stelle jetzt mal die Frage: Wenn eine Gemeinschaftsanlage gefördert wird, wie soll der Kleingärtner aus der einzelnen Parzelle jetzt das zu der Gemeinschaftsanlage hinkriegen?

Und das Zweite ist, ich bin gegen eine Förderung dieser ganzen Sache, weil wir in unserer Kleingartenanlage schon 1982, 1984, noch zu DDR-Zeiten, dieses Problem angeschnitten haben und einer, der im Garten jetzt illegal entsorgt hat - und ich kenne eine ganze Reihe und da wird nichts unternommen, dass die illegal entsorgen, die leiten eigentlich ihren



Günter Lambrecht



Minister Dr. Till Backhaus

Abluss in den Boden rein -, dass da nichts unternommen wird von den Behörden und dass das jetzt noch gefördert werden soll, also da bin ich voll dagegen. Die müssten eigentlich noch verantwortlich gemacht werden für das, was sie bisher geleistet haben.

Präsidentin Erika Drecoll: Herr Lambrecht, es sollte eine Frage gestellt werden, wenn ich darum bitten darf. Würden Sie Ihre Frage noch mal stellen, kurz und bündig?

Günter Lambrecht: Ja, ich habe die Frage gestellt, Frau Drecoll. Ich habe die Frage gestellt, was denn jetzt mit der Gemeinschaftsanlage gemeint ist, wie der Vorredner auch, ich habe das nur noch ein bisschen problematisiert.

Präsidentin Erika Drecoll: Danke schön.

Günter Lambrecht: Und das andere, das war noch ein Beitrag dazu.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank dann. Dann kommt Herr Rademacher, auch bitte mit vorstellen.

Horst Rademacher: Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin der Vertreter des Landesverbands der Gartenfreunde in diesem Plenum.

Herr Backhaus und ich, wir kennen uns jahrelang und was er gesagt hat, möchte ich bestätigen. Aber die Lage ist so differenziert in den Anlagen und den Parzellen, dass ich das heute hier nicht diskutieren möchte. Aber ich möchte hier sagen, das wissen Sie, Herr Backhaus,



Horst Rademacher

dass wir im Dialog sind. Trotzdem gibt es genügend Probleme, die ich aber hier heute nicht diskutieren möchte, aber ich wollte mich vorstellen, dass wir im Landesverband auf dieser Strecke versuchen, sehr konstruktiv zu arbeiten und zu informieren.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Rademacher.

Herr Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Gut, wenn ich auf die erste Frage antworten darf, dann ist es so, was verstehen wir unter Gemeinschaftsanlagen. Für uns ist eins klar, es wird keine einzelne Kleinkläranlage in Kleingärten gefördert. Wie und in welcher Form wir dann fördern, hängt genau von dem ab, was uns die Sparten vorlegen. Und da bitte ich einfach darum, und dieser Prozess, der läuft in Zusammenarbeit auch mit dem Landeskleingartenverein und -verband, und wir haben Beispiele, muss ich Ihnen sagen, und das ist genau das, was der zweite Herr angesprochen hat, wir haben hervorragende Beispiele im Lande, wo das überhaupt kein Problem ist. Gucken Sie sich das in Schwerin an, jedenfalls so wird es mir dokumentiert und der eine oder andere, die eine oder andere Abgeordnete, wenn ich das so sagen darf, Delegierte, nickt auch schon. Wir haben das in Stralsund, das habe ich mir genau angeschaut.

Hier wird zum Teil, deswegen habe ich das auch öffentlich gesagt, hier wird zum Teil, und das habe ich auch ein bisschen ironisch gemeint, hier wird ein Klamauk gemacht um etwas, was die Kleingärtner eigentlich in ihrer Grundphilosophie in sich tragen, natürlich Natur-

und Umweltschützer zu sein. Und ich betone, ich betone das, ich gebe Ihnen recht, dem zweiten Redner, der die Frage hier angesprochen hat, schon zu DDR-Zeiten hat es Abwasserrechtliche Genehmigungen gegeben. Ein Großteil hat diese nie bekommen. Und hier wird illegal, wenn man es so will, das sage ich auch ganz bewusst, Abwasser entsorgt. Und Wasser hat ein sehr, sehr langes Gedächtnis.

Und deswegen bitte ich um Verständnis. Ich finde das auch gut, dass es hier sehr sachlich angesprochen worden ist, und ich bitte einfach darum, nutzen Sie die Chance, auch in Ihren Kleingärten Informationen des Landesverbandes weiterzutragen. Es gibt auch das Faltblatt, das ist bei uns auf der Internetseite verfügbar. Wir haben über 30.000 Faltblätter an die Kreisverbände rausgeschickt - leider nehme ich zur Kenntnis, dass das nicht überall angekommen ist -, um damit zu sensibilisieren, und wir haben immer und immer wieder auch mit dem Landesverband diese Diskussionen geführt.

Es gibt auch hier eine klare Linie. Wir müssen das Problem lösen und wir brauchen im Detail in jeder einzelnen Anlage eine unterschiedliche Herangehensweise, weil jede Sparte eine unterschiedliche und tatsächlich andere Ausrichtung hat. Das geht ja schon los, wenn ich das sagen darf, bei einer Trinkwasserschutzzone. Das ist doch selbstverständlich, glaube ich, in dieser Runde, wenn wir in einer Trinkwasserschutzzone einen Kleingarten haben, der eine oder andere, kenne ich auch aus dem Landtag sonst, der macht dann so, mich interessiert das nicht, aber ich sage Ihnen, in einer Trinkwasserschutzzone, wo wir Trinkwasser ziehen für die Allgemeinheit, können wir doch nicht zulassen, dass dort ungeklärtes Abwasser in das Grundwasser abgeleitet wird. Das geht doch nicht, bei allem Wohlwollen.

Und ein Aspekt, der immer wieder an mich herangetragen wird, ist auch die Diskussion, ja, aber die Landwirtschaft, die Landwirtschaft kann da Gülle, Dung oder Jauche, wie auch immer, in der Gegend versprühen in Mengen und Massen und dagegen wird nichts gemacht. Na selbstverständlich wird dagegen was gemacht.

Erstens gibt es eine klare Ansage in der Bundesrepublik Deutschland und auch der Länder, es gibt die Düngeverordnung der Bundesrepublik Deutschland. Danach ist ganz klar geregelt, wie viele solcher Produkte, die auch nährstoff- und damit wertstoffhaltig sind, ausgebracht werden dürfen.

Und zum anderen bitte ich Sie, immer zu berücksichtigen, bei den tierischen Abfallstoffen ist es so, dass diese nicht in das Grundwasser abgeleitet werden, sondern sie werden auf der Oberfläche ausgebracht und werden dann als Nährstoffe für die Pflanzen und für die Organismen insgesamt genutzt und nicht, wie im Kleingarten oder in einer sonstigen Kleinkläranlage, dass dieses Nährstoffreiche und zum Teil, und wir haben Untersuchungen,

auch das ist mir wichtig, Ihnen noch mit auf den Weg zu geben, wir haben in diesem Lande Untersuchungen, und wenn Sie auch meinen, mit dem Kopf zu schütteln, dann könnte ich Ihnen das heute vorlegen, wo wir klar erkennen können, dass im Mai mit Beginn der Kleingärtnerei, und das wollen wir ja auch, dass es erhalten bleibt, aber dass die Nährstofffrachten tatsächlich in den Gewässern zunehmen. Das hat Ursachen. Und da sind wir alle gemeinschaftlich verpflichtet, diesen Dingen wirklich auf den Grund zu gehen und Lösungen anzubieten.

Und ich bitte Sie sehr, sich da mit einzusetzen, ansonsten muss man gegebenenfalls auch andere Wege gehen, nämlich nach dem Bundeskleingartengesetz ist es ganz eindeutig so, dass eigentlich nach der Lesart der alten Bundesländer es so ist, dass in den Lauben kein Wasser ist, in den Lauben kein Strom ist und dass man das dann so umsetzt. Aber ich glaube, wir sind uns einig, im Wesentlichen jedenfalls, dass wir in der ehemaligen DDR höhere Standards entwickelt haben, natürlich auch um die Gemeinschaft zu pflegen,

(Glocke der Präsidentin)

natürlich auch um die Gemeinschaft ein Stückchen mit unter Kontrolle zu haben, aber auch Alternativen aufzuzeigen, vollkommen klar. Und ich will, dass die Standards - und ich komme dann auch zum Schluss -, dass die Standards, die damals erarbeitet worden sind, jetzt nicht über Bord geworfen werden müssen, aber wir müssen uns dann auch wie jeder andere verhalten, der Abwasser produziert. Ob es Gewerbe ist, ob es ein Einzelhausbesitzer ist, ob es eine Wohngemeinschaft ist oder ob es eine Kommune oder ob es eine kreisfreie Stadt ist, sie haben das Abwasser aufzubereiten und ordnungsgemäß dann auch zu entsorgen. - Vielen Dank.

Präsidentin Erika Drecoll: Herr Minister Backhaus, noch mal ganz herzlichen Dank. Ich denke, es war notwendig und alle sind jetzt ausreichend informiert worden. Das war ja der Wunsch von Delegierten, hier noch mal Informationen zu bekommen. Ich gehe jetzt aber auf den eigentlichen Tagesordnungspunkt über und bitte die Vertreter der Fraktionen um Entschuldigung, dass wir ein bisschen abgewichen sind von der Tagesordnung. Wir kommen jetzt zu Fragen der Delegierten an die Vertreter der Fraktionen zu deren seniorenpolitischen Themen.

Und bevor wir in die Fragestunde eintreten, gebe ich den Vertretern der Fraktionen die Gelegenheit, sich und ihre seniorenpolitischen Themen kurz vorzustellen. Ich wage mich gar nicht, jetzt zu sagen, fünf Minuten pro Fraktion. In der Reihenfolge rufe ich auf den Abgeordneten Herrn Heydorn, dann die Abgeordnete Frau Schlupp, den Abgeordneten Herrn Holter von der Partei DIE LINKE und von der FDP Herrn Grabow.



Jörg Heydorn, Fraktion der SPD

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Delegierte! Fünf Minuten, ist gesagt worden. Ich habe keinen Zettel mit nach vorne gebracht, ich versuche, das jetzt mal so hier auch innerhalb von fünf Minuten zu machen. Ich will mich hier vorher noch mal schützend zumindest vor Teile der FDP schmeißen. Also die Präsidentin hat heute Morgen ausgeführt, dass die FDP dem Seniorenmitwirkungsgesetz hier in Mecklenburg-Vorpommern die Zustimmung versagt hat. Das stimmt, das gilt hier für die Landesvertreter, aber es hat im Sozialausschuss eine Akteurin aus der Altersorganisation der FDP gegeben, die war entschieden für das Landessenorenmitwirkungsgesetz. Also nicht alle in der FDP waren so drauf.

So, und jetzt muss ich gucken, worauf ich mich konzentriere. Ich würde mich gerne konzentrieren auf den Bereich „bürgerschaftliches Engagement“. Das ist eines der Hauptthemen gewesen, die Sie heute erörtert haben. Und ich würde ganz gerne mal mit einer Geschichte anfangen. Der Sozialausschuss in der letzten Legislaturperiode hat mal eine Herzkllinik besucht, wir standen im OP und der Chefarzt erzählte uns, wie einfach das alles ist. Das hörte sich so an, als wenn man da zum Haarschneiden hingehe. Da habe ich zu ihm gesagt: „Wissen Sie, ganz so ist es ja nicht. Wenn ich mir angucke, was ich alleine hier bei Ihnen alles durchlesen und unterschreiben muss, wenn ich hier rein will, das ist ja irre.“ „Ja“, sagt er da, „sehen Sie mal Folgendes: Wenn Sie das hinter sich haben, haben Sie das Schlimmste doch schon überstanden.“

(Heiterkeit bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Und was bedeutet das jetzt für das Thema „bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“? Wir haben auf Initiative unseres Fraktionsvorsitzenden Norbert Nieszery Folgendes gemacht: Wir sind die letzten zweieinhalb Jahre immer in andere Regionen des Landes gefahren und haben kommunalpolitische Abende mit Ehrenamtlichen gemacht und haben denen quasi Gelegenheit gegeben, uns mal zu erzählen, wo sie der Schuh drückt. Und der erste Punkt war Bürokratie. Also wenn man irgendwie öffentliche Förderung machen will, dann muss man Anträge schreiben, die versteht kein normaler Mensch, und wenn man Geld irgendwie bekommen hat, dann muss man einen Verwendungsnachweis ausfüllen, da steht drüber „Vereinfachter Verwendungsnachweis“, aber den versteht auch keiner, denn so einfach ist er halt nicht.

Also sind wir der Meinung, es muss perspektivisch dazu kommen, dass das Thema „Ehrenamt“ entbürokratisiert wird. Es muss einfacher werden. Es gibt kleine Initiativen, die machen Begleitung von Demenzkranken, die haben die Möglichkeit, auch aus Landesmitteln und Bundesmitteln ein paar Euro zu bekommen, die müssen heute noch irrsinnig lange Anträge schreiben und Verwendungsnachweise ausfüllen, die genauso lang sind. Das macht keinen Sinn, also Entbürokratisierung.

Und dann müssen wir uns vor Augen führen, wie wir die Versorgung und die Unterstützung von Menschen, die immer älter werden, hier in Mecklenburg-Vorpommern künftig sicherstellen wollen. Und das wird nur gehen, wenn man zu einem gut überlegten und durchdachten Versorgungsmix kommt: auf der einen Seite Ehrenamtliche, auf Augenhöhe mit Professionellen. Das muss gut koordiniert, organisiert und gemacht werden.



Heinz Rösel

Und wenn man sich im Augenblick die Situation von Ehrenamtlichen ansieht, bringen die ja häufig noch Geld mit, um ihr Ehrenamt auszuführen. Das halten wir für falsch. Also es muss die Möglichkeit geben, dass letztendlich Leuten, die ehrenamtlich tätig sind, auch ein paar Euro an Aufwandsentschädigung in die Hand gedrückt werden. Das heißt, dass ich nicht in der Situation bin, dass ich für das, was ich tue, letztendlich noch Geld mitbringen muss. Wir brauchen die Ehrenamtlichen in Mecklenburg-Vorpommern, denn ansonsten wird das Thema „soziale Sicherung und soziale Gemeinschaft“ bei uns auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten sein.

Wenn man sich mal ansieht, wie sich die Demografie hier entwickelt, dass gerade die Personengruppe der über 80-Jährigen bei uns diejenige ist, die am meisten zunimmt - 2008 waren 70.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern 80 Jahre alt und älter, 2025 wird sich die Personengruppe verdoppelt haben -, und dann, bei der dünnen Besiedelung, die wir hier zu bewältigen haben, heißt das, da brauchen wir das Ehrenamt. Das bedeutet aber, dass das Ehrenamt letztendlich noch mehr Unterstützung haben muss, auch finanzielle Unterstützung. Wir müssen uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Dinge steuerlich geltend gemacht werden können und berücksichtigt werden müssen, wir müssen aber auch auf der Landesebene gucken, dass wir uns als Land mehr zum Ehrenamt bekennen und letztendlich Möglichkeiten schaffen, dass wir sagen, wenn jemand sich ehrenamtlich engagiert und kein Geld aus anderen Quellen kommt, dann muss es für uns eine Aufgabe sein, dass wir in irgendeiner Art und Weise zu einer Regelung kommen, die das Thema „Aufwand im Ehrenamt“ auch entsprechend berücksichtigt und entschädigt.

Ich will es bei diesem Punkt bewenden lassen. Ich könnte hier auch zu den anderen Punkten, die Sie aufgeworfen haben, noch längere Ausführungen machen, aber dann würde ich deutlich die fünf Minuten überschreiten. Ich lasse es dabei und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecolli: Vielen Dank, Abgeordneter Heydorn. Sie haben genau die fünf Minuten eingehalten. Ich bedanke mich sehr dafür. Wir gehen jetzt in der Reihenfolge weiter. Für die Vorstellung ist jetzt vorgesehen Frau Schlupp, aber ich sehe, Frau Schlupp ist nicht an ihrem Platz. Ich würde dann den Abgeordneten Herrn Holter von der Partei DIE LINKE bitten, seine fünf Minuten einzuhalten.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Delegierte! Also Frau Schlupp, das haben Sie ja mitbekommen, ging es nicht ganz so gut und ob sie sich jetzt stabilisiert, können wir im Moment, ich zumindest, nicht beantworten.

Das Altenparlament hat eine gute Tradition inzwischen in Mecklenburg-Vorpommern und beschäftigt sich mit Themen, die Seniorinnen und Senioren betreffen, aber ich meine, dass es auch um Fragen geht, die weit darüber hinausgehen. Sie wissen, dass DIE LINKE seniorenpolitische Standpunkte formuliert hat, die sehr umfangreich sind, die ich gar nicht in fünf Minuten referieren kann. Wenn aber, und damit will ich anfangen, gestern die Bundesregierung entschieden hat, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen drastisch zu kürzen und die Mittel für diese Maßnahmen zu kürzen, dann stellt sich die Frage, über die Herr Heydorn gerade gesprochen hat, des Ehrenamtes noch in einer anderen Dimension. Wenn dann also das, was von uns zumindest nicht unterstützt, aber als eine der wenigen Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik existiert, wie der Ein-Euro-Job, nicht mehr in der Größenordnung angeboten werden kann wie in der Vergangenheit, hier in Schwerin beispielsweise 30 Prozent Kürzungen angesagt sind, aber im Osten des Landes, Neubrandenburg, bis zu 70 Prozent Kürzungen angesagt sind, dann stellt sich die Frage, wie Vereine überhaupt dort, wo diese Mittel zum Einsatz kommen, noch tatsächlich wirtschaften und arbeiten können. Also es ist wirklich ein Einschnitt, den wir hier zu verzeichnen haben.

Es ist insofern auch ein Einschnitt, dass diejenigen, die heute in Arbeit sind und händelringend nach einem existenzsichernden Lohn rufen, dann auch sich die Frage stellen, wie sieht es denn eigentlich aus, wenn ich Rentner bin. Das heißt, mit dem Niedriglohn von heute und mit Hartz IV von heute wird Altersarmut von morgen produziert. Auch das muss man hier benennen. Und genauso muss man benennen, dass es nach wie vor Unterschiede gibt im Lohn zwischen Ost und West, was tatsächlich auch dazu führt, dass die zukünftige Rentnerinnen- und Rentnergeneration hier in den neuen Bundesländern, auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, dann von solchen Unterschieden, sprich ganz konkret auch bei der Rente, betroffen sein wird. Das ist der eine Punkt, den ich nennen will.

Das Zweite, das hat Herr Schlotmann heute in gewisser Weise angedeutet, ist die Frage: Wie werden denn Seniorinnen und Senioren zukünftig wohnen? Nun gibt es die Tendenzen, dass Seniorinnen und Senioren - jetzt rede ich mal über den ländlichen Raum - aus den Dörfern, aus der angestammten Wohnsituation, in der sie 50/60 Jahre gelebt haben, sozusagen umgesiedelt werden sollen in die nächste Stadt, wo dann eine Seniorenresidenz existiert. Ob da jede und jeder glücklich wird, wage ich zu bezweifeln. Dafür ist es meines Erachtens richtig, dass sehr wohl darüber nachgedacht wird, dass man moderne Wohnformen braucht. Modern, da kann man über Futurismus und Architektur reden, das ist das eine, aber eigentlich geht es darum, dass wir die intelligente Wohnung haben, die



Helmut Holter, Fraktion DIE LINKE

also auch das selbstständige Wohnen im Alter und im hohen Alter ermöglicht. Und das ist eine Frage, der sich auch die Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern stellt, der sich auch übrigens Banken stellen, um solche Modelle auf den Weg zu bringen, damit tatsächlich in solchen Wohnformen, man nennt das „Dorf im Dorf“, also altersgerechtes, barrierefreies Wohnen in der angestammten Wohnsituation, Lebenssituation, auch tatsächlich praktiziert werden kann.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen will, ich kann ja in fünf Minuten immerhin etwas anreißen, das ist die Mobilität im Alter. Zurzeit, ich war heute Morgen in Rostock beim Rostocker Verkehrsforum, reden wir natürlich über den mobilen Menschen. Und natürlich ist auch die Frage, wie denn Menschen, die hochaltrig sind, zukünftig von A nach B und von B nach A kommen. Und wenn sie dann nicht mehr fahren können, sprich das Auto fahren können, weil die Gesundheit das nicht mehr zulässt - und vielleicht entscheiden wir uns ja alle irgendwann mal, zu sagen, ich nutze das Auto nicht mehr, weil es einfach nicht zulässig ist -, stellt sich aber die Frage, wie komme ich dann eigentlich über Rügen oder in meinem Landkreis nun in die Kreisstadt oder zu meinen Kindern.

Und das ist eine Frage, eine Aufgabenstellung, die an den Öffentlichen Personennahverkehr zu stellen ist. Und deswegen müssen wir meines Erachtens davon weg, dass der Öffentliche Personennahverkehr zuerst an eine Schülerbeförderung gekoppelt ist, sondern wir brauchen andere Prioritäten. Die Schülerbeförderung ist natürlich wichtig, aber sie darf nur eine Priorität sein. Hier müssen also Angebote gemacht werden, die den Älteren und damit auch nicht mehr selbstständig Mobilen, fahrzeugmäßig gemeint jetzt, tatsächlich auch die

Chance gibt, dass sie an einem Tag hin und auch am gleichen Tag zurückkommen können. So einfach hört sich das hier an, aber es ist eben schwer zu machen. Da geht es tatsächlich um moderne Technologien, da geht es um die Anrufbusse und Bürgerbusse, Sammeltaxis, all die Formen, die modellhaft diskutiert werden. Da gibt es auch wissenschaftliche Studien und das muss im Einzelnen also auch ganz konkret umgesetzt werden.

Der vierte Punkt, und damit will ich dann auch schließen, ist die Frage - ich bin gerade selbst damit konfrontiert in meiner Familie -, wie kommt eigentlich Pflege, Betreuung zu dem Patienten, zu der Patientin, nicht, wie kommt der Patient zur Pflege. Und das ist ebenfalls eine Herausforderung, dass wir auf der einen Seite die Pflegestützpunkte noch nicht haben in der Größenordnung, wie wir sie brauchen in Mecklenburg-Vorpommern, aber auf der anderen Seite, dass man natürlich Mobilität aus anderer Sicht braucht, das heißt, dass die Pflege zu dem Menschen kommt, dort, wo Pflege tatsächlich erforderlich ist.

Da gibt es Modelle, das weiß ich, aber es wird angesichts der älter werdenden Bevölkerung natürlich noch zunehmen. Und deswegen ist nach meiner Auffassung die Kombination aus den modernen Wohnformen mit den Pflege- und Unterstützungsangeboten notwendig, damit dann in einem hohen Alter ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben und Wohnen auch tatsächlich möglich ist. Da gibt es Ideen, da gibt es Vorschläge, aber ich bin der Überzeugung, da ist die Politik gefordert, genau diese Dinge umzusetzen, um deutlich zu machen, Sie sind uns wichtig und Sie sollen nicht aus der angestammten Wohnsituation herausgerissen werden, sondern es geht tatsächlich darum, auch hohe Lebensqualität im hohen Alter zu sichern.



Herbert Kautz

Und dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode auch entsprechende Vorschläge einbringen, denn es geht ja nicht nur um Proklamation, sondern es geht ja auch darum, das konkret zu untersetzen. Und, wie Herr Schlotmann sagte, das ist ja auch ein bisschen die Zielgruppe. Aber darum geht es ja gar nicht. Es geht eigentlich darum, Ihnen zu ermöglichen, dass Sie Ihr Leben in einer guten Lebensqualität leben können.

Und ein letzter Punkt, den ich ansprechen darf, ist tatsächlich, und das interessiert Sie ja auch, wie geht es meinen Kindern und wie geht es meinen Enkelkindern, vielleicht sogar schon den Urenkeln. Auch denen, darum geht es ja, ist es wichtig, dass sie eine Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern haben. Und diese Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern wollen sie natürlich auch, vielleicht aus ganz privaten und persönlichen Gründen, aber wir wollen sie natürlich als Politik und als Gesellschaft, weil wir nicht nur Ihr Wissen und Ihre Erfahrung brauchen, sondern wir brauchen das Wissen der jüngeren und der nachwachsenden Generation, ansonsten lösen wir die Fachkräfteproblematik nicht. Und deswegen ist es einfach wichtig, dass auch hier nicht nur die gesundheitlichen, die Pflegefragen und die Verkehrsfragen gelöst werden, sondern Mecklenburg-Vorpommern muss das Image eines Niedriglohlandes nun endlich ablegen. Es braucht entsprechende Entlohnung und Einkommen, damit die jungen Leute sich auch klar entscheiden können für unser Bundesland, damit sie ihr Leben, ihre Entwicklung aufbauen können, damit sie sagen können, es ist schön in diesem Land, aber ich kann hier auch ein vernünftiges und grundsätzlich gutes Leben führen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Holter. Sie haben mit Rente, mit Wohnen im Alter und auch mit den Pflegestützpunkten wichtige Punkte angesprochen, die uns auch auf der Seele brennen, und ich denke, das ist nachher auch noch eine Vorlage, wenn ich das mal so salopp sagen darf, für die Diskussion. Vielen Dank. Ich rufe jetzt in Absprache mit der Abgeordneten Frau Schlupp den Abgeordneten Herrn Grabow auf.



Ralf Grabow, FDP: Wir haben noch bis zum 04.09. in diesem Hause zu arbeiten, also wir müssen noch nicht so weit gucken, wir haben nämlich noch die Kommunalverfassung zu beschließen. Sie haben vorhin davon gesprochen, dass das Seniorenmitwirkungsgesetz beschlossen ist. Ich habe damals schon an vielen Stellen darauf hingewiesen, das ist nur die Hälfte der Wahrheit. Die andere Hälfte muss in die Kommunalverfassung, da, wo Sie alle tätig sind, in den Städten und Gemeinden. Sie bekommen in Zukunft größere Kreise und insofern ist dort die Mitwirkung, die Sie bis jetzt haben, zu sichern und eher auszubauen. Also wir kriegen ja noch die Kommunalverfassung. Da sollten wir das schon noch mal mit hineinnehmen. Also die beschließen wir ja hier noch und sollten auch in der nächsten Diskussion schauen, ob wir da diese Punkte mit hineinbekommen. Wer A sagt, muss auch B sagen.

Herr Holter hat viele Sachen ausgeführt, auch Herr Heydorn. Man darf aber nicht vergessen, wir fangen ja nicht bei null an. Wir haben also eine ganze Menge auch hier im Lande getan für das seniorengerechte Bauen, für das barrierefreie Bauen, wir haben aber auch Fehler gemacht. Und das muss eigentlich so sein, dass in der nächsten Legislatur, Herr Schlotmann hat das vorhin ausgeführt, Sie haben gesehen, er hat sich zu uns beiden hier umgedreht, ja, ich kann nicht verschweigen, dass wir beide diejenigen sind, Frau Müller und ich, die immer sehr energisch mit Herrn – jetzt komme ich nicht auf den Namen ganz am Ende –, Herrn Griese, da wir selbst betroffen sind, ihm relativ im Nacken gestanden haben, gar keine Frage. Und ob man die Landesbauordnung ändert, weiß ich noch nicht. Wir hätten es vielleicht auch mit einer Verordnung schaffen können, so, wie es Bremen oder Hamburg getan haben. Auf jeden Fall kann ich Ihnen versprechen, das wird ein aktuelles Thema in der nächsten Legislatur sein, denn das trifft Sie, das trifft uns, das trifft die Frau mit dem Kinderwagen.

Und wir reden ja jetzt im Augenblick alle so viel über „inklusive Bildung“ und „inklusiv“ – das geht Sie auch was an. Auch im Alter wollen Sie an allen Sachen teilnehmen, Sie wollen auch im Alter nicht unbedingt immer gesagt bekommen, nein, das geht jetzt nicht, das können wir nur so und so machen, sondern das ist ein Leben. Ich habe an dieser Stelle häufiger gesagt, wir können ganz viele Gesetze beschließen. Wenn wir sie nicht leben, dann brauchen wir sie auch nicht zu beschließen. Also damit will ich es sein lassen, denn ich will die Zeit mal unterbieten. Herr Backhaus hat schon mehr Zeit gehabt, ich versuche mal, ein bisschen Zeit einzusparen.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Grabow. Sie haben jetzt ein ganz anderes Spektrum angesprochen, die Mitwirkung in die Kommunalverfassung zu schreiben. Wir sind dabei, kann ich nur sagen. Wollen wir hoffen, dass wir das durchgesetzt kriegen. Danke an Sie, die Diskussion wird nachher noch weitere Fragen ergeben. Frau Abgeordnete Schlupp, ich weiß nicht, ob Sie sich so fühlen. Ich habe gehört, dass es Ihnen nicht gut geht, ich will Sie auch nicht überfordern. Wir können das auch zurückstellen. Vielleicht kommen nachher Fragen.

Beate Schlupp, CDU: Also ich will mich hier nicht drücken.

Präsidentin Erika Drecoll: Nein, das wird auch nicht so verstanden.

Beate Schlupp, CDU: Ich will versuchen, dass das irgendwie funktioniert. Es ist auch einfacher, wenn ich mich jetzt ein bisschen bewegen kann. Also irgendwie ist mir mein ganzes Blut in die Beine gesackt, irgendwie hat mein Kreislauf hier nicht mitgemacht, aber da ich keinen hier im Haus erreiche, der vielleicht für mich einspringen könnte, würde ich schon auch für meine Fraktion hier Rede und Antwort stehen. Ich will auch gleich anfügen, ich bin eigentlich nicht die Sozialexpertin meiner Fraktion, sondern bin eher in der Landwirtschaft zu Hause und betrachte alle Fragen, die Sie hier aufwerfen, so ein bisschen aus meinem kommunalpolitischen Blickwinkel.

Und ich muss ganz ehrlich sagen, Sie haben schon mit Ihren Beschlussempfehlungen hier auch den Nerv getroffen, was mich vor Ort im Landkreis Uecker-Randow bewegt - ich denke, viele wissen, wovon ich rede und welche Probleme wir vor Ort haben -, vieles hier mit aufgegriffen und da bin ich auch sehr dankbar. Und ich habe gerade bei dem Problem, das Sie hier auch ansprechen, hausärztliche Versorgung, schon gemerkt, die Ideen sind sehr gut, der Teufel liegt im Detail. Wir haben teilweise bis zu zwei Jahre gearbeitet, bis es dann



möglich war, jemanden, der bereit war, bei uns Hausarzt zu werden, dann auch Hausarzt werden zu lassen mit allen bürokratischen Hindernissen, die da vor Ort auftauchen. Und es ist uns zwar gelungen, aber ich finde es ganz wichtig, dass auch Sie immer Ihren Beitrag leisten, und ich hoffe, eben nicht nur hier im Parlament, sondern auch vor Ort, da, wo die Probleme ganz konkret kommen.

Genauso wichtig sind die modernen Wohnformen im Alter, wobei, als ich Ihre Beschlussempfehlung gelesen habe, habe ich gedacht, das ist alles ganz toll, ich bin zwar nicht in dem Alter, wo ich jetzt über eine moderne Wohnform nachdenke, aber meine Kinder sind aus dem Haus und das ist jetzt so wahnsinnig groß, dass ich mir schon Gedanken mache, was kommt jetzt. Und das wird dann schon eine Entscheidung sein, weil dreimal umgezogen ist wie einmal abgebrannt, die ich dann für einen längeren Zeitraum treffe.

Aber bei mir vor Ort sehe ich noch ganz andere Probleme, die, ich denke, bei Ihnen auch einer guten Lösung zugeführt werden können, wie zum Beispiel die aussterbenden Dörfer, ganz kleine Orte, wo die jungen Leute wegziehen, weil sie keine Arbeit haben, wo die Alten zurückbleiben, aber wo man sie mit diesen modernen Wohnformen auch nicht locken kann. Die kennen jeden Stein, haben alles selber aufgebaut, haben im Zweifel bloß noch ihre Tiere da. Und da geht es darum, wie erhält man die Infrastruktur aufrecht, wie werden die Leute versorgt, wie unterhält man die Straße, wie löst man die Versorgungsprobleme dort vor Ort. Das ist so ein Grundproblem. Da geht es noch nicht mal um wirklich viel Komfort, sondern einfach darum, die Grundbedürfnisse dort aufrechtzuerhalten.

Und da kennen Sie ja die große Diskussion, geben wir irgendwann mal auf oder versorgen wir bis zum Ende. Da gibt es auch unterschiedliche Diskussionsformen. Da würde mich natürlich interessieren, welche Meinung wird denn hier vertreten bei der Problematik. Und von daher, wie gesagt, verstehe ich mich hier auch natürlich als jemand, der Ihnen Rede und Antwort steht, wofür steht meine Fraktion, aber umso wichtiger ist es mir auch, dass Sie mir Anregungen geben, die ich wieder mitnehme in die Diskussion, denn wir führen auch innerhalb unserer Fraktion heftige Diskussionen über solche Fragen. Wie gesagt, mir ist es wichtig, dass wir auch nicht nur an der Oberfläche bleiben, sondern ganz konkrete Probleme benennen. Und wenn Sie da Lösungsvorschläge haben aus Ihrer praktischen Erfahrung heraus, würde ich die gerne mitnehmen.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schlupp. Ich hoffe, es wird Ihnen im Laufe des Tages wieder etwas besser gehen. Sie haben, ganz wichtig, ein wichtiges Problem angesprochen, die aussterbenden Dörfer und die Infrastruktur, die fehlt. Also das ist auch ein Anliegen, das wir durchaus auf der Tagesordnung haben. Es ist vielleicht nicht ganz so zum Ausdruck gekommen in dem Antrag, aber wie gesagt, es geht uns nicht unter.

Ich würde jetzt, nachdem die Abgeordneten Gelegenheit hatten, ihre seniorenpolitischen Vorstellungen uns darzulegen, in die Fragestunde eintreten wollen, und Sie haben jetzt das Wort. Ich bitte, an die Mikrofone zu gehen, Ihren Namen zu nennen und Ihre delegierende Organisation. Danke schön. Die Fragestunde ist dann eröffnet. Ich bitte, wenn Sie an einen einzelnen Abgeordneten eine Frage haben, das zu sagen, oder sonst, wenn es allgemein alle vier Abgeordneten betrifft, dann, bitte, sagen Sie das auch so deutlich. Danke schön.

Die Namen können wir von hier aus nicht sehen. Ich habe meine Liste auch nicht da. Das ist Frau Seifert, ne? Aber Frau Seifert sagt ja gleich, wie sie heißt und wo sie herkommt.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Brigitte Seifert, Landesseniorenbeirat M-V e. V.: Brigitte Seifert, ich bin Mitglied im Vorstand des Landesseniorenbeirates und möchte heute eine Bitte an alle Fraktionen, an alle Abgeordneten loswerden. Und zwar geht es um die Mehrgenerationenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern. 23 haben wir davon in unserem Land, die gefördert werden, gegenwärtig noch vom Aktionsprogramm vom Bund. Das läuft jetzt am 31.12.2011 aus und ich möchte heute die Bitte wie gesagt vortragen zu überlegen, welche Möglichkeiten es



Brigitte Seifert

gibt im Haushalt, diese Mehrgenerationenhäuser auch ab 2012 zu unterstützen - es geht um eine Kofinanzierung von 10.000 Euro pro Haus, es wären 230.000 Euro im Land –, beziehungsweise könnten Sie sich in Ihren Regionen starkmachen, in Ihren Wahlkreisen, dass vielleicht auch die Landkreise oder Kommunen, die natürlich wenig Geld haben, das wissen wir, da mit die Finanzierung übernehmen. In unserem Haus in Torgelow ist Frau Schlupp regelmäßig Gast, es war auch die Fraktion DIE LINKE schon da und auch die Fraktion der FDP. Ich denke mir aber, es gibt ja in anderen Kreisen ebenfalls ...

Präsidentin Erika Drecoll: Frau Seifert, ich bitte, eine Frage.

Brigitte Seifert, Landesseniorenbeirat M-V e. V.: ... Mehrgenerationenhäuser, wo Sie sich noch mal von der Arbeit der Mehrgenerationenhäuser überzeugen können. Das sind nämlich Stätten, wo die Senioren wirklich sehr aktiv ehrenamtlich arbeiten. Danke schön.

Präsidentin Erika Drecoll: Danke schön. War die Frage an alle gerichtet?

(Brigitte Seifert: Ja, an alle.)

Ja, danke schön. Wer möchte bitte anfangen?



Helmut Holter, DIE LINKE: Also Frau Seifert hat das ja richtig beschrieben, das ist das Dilemma, welches wir auch mit anderen Projekten haben. Der Bund schiebt diese Projekte Mehrgenerationenhäuser an. Die Städte und auch wir hier in Schwerin haben entsprechende Beispiele, aber jeder kennt ja sein Beispiel aus seiner Stadt oder aus seinem Landkreis, wo dann auch investive Maßnahmen, die davon nicht betroffen sind, aus anderen Möglichkeiten unterstützt wurden. Und dann gab es eben diese 40.000, die bereitgestellt wurden für die drei Jahre, und dann, wie Frau Seifert das jetzt richtig beschrieben hat, wird das eben um 10.000 Euro gekürzt. Und die Unterstützung der Kommunen ist so gut wie ausgeschlossen, weil die Mittel in den kommunalen Haushalten nicht vorhanden sind. Und der Bund erklärt jetzt ganz einfach, alles gut gelaufen, aber ihr Darunterliegenden, Land und Kommunen, seht mal zu, wie ihr damit klarkommt. Das ist eben meines Erachtens eine verantwortungslose Politik.

Die Landesregierung hat bisher, das war eigentlich immer üblich, im Frühjahr den Entwurf eines Doppelhaushaltes vorgelegt. Dieser Doppelhaushalt liegt nicht vor, sodass wir als Opposition nicht beurteilen können, welche finanziellen Möglichkeiten im Einzelnen vorliegen, ob das Land sie unterstützen wird. Das können ja vielleicht die Koalitionsfraktionen hier heute beantworten. Auf alle Fälle bin ich der Überzeugung, dass gemeinsam mit den Kommunen und dem Land Möglichkeiten gefunden werden, dass die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser ab 2012 auch fortgesetzt werden kann. Ansonsten geht das alles kaputt, was Sie in Ihrem Kurzstatement eben beschrieben haben.

Präsidentin Erika Drecoll: Danke, Herr Abgeordneter Holter. Herr Abgeordneter Grabow hatte sich gemeldet und möchte ergänzen. Bitte schön.

Ralf Grabow, FDP: Herr Holter hatte ja schon gesagt, wir haben an vielen Stellen die Sache, dass immer Projekte finanziert werden über eine bestimmte Zeit. Wenn die Projekte auslaufen, ist Ende. Ich sage mal, bei den Mehrgenerationenhäusern müssen wir uns in den nächsten Jahren Gedanken machen, also auch die nächste Förderperiode wird auslaufen und dann ist in drei Jahren Schluss.

Eine Idee war ja, wir haben ja gehört, dass das mit den Pflegestützpunkten nicht überall so gut geklappt hat oder viele Landkreise das auch nicht wollen. Wir haben an einer Stelle mal reingeworfen - als eine Idee, muss man überlegen -, ob die Mehrgenerationenhäuser nicht gewisse Beratungsleistungen mitmachen können, die wir brauchen, die wir auch schon häufiger angesprochen haben, denn dafür sind ja zum Beispiel im Landeshaushalt Mittel eingestellt. Vielleicht kann man das kombinieren.

Auf jeden Fall, glaube ich, muss man sich Gedanken machen, wie man langfristig diese Mehrgenerationenhäuser finanzieren will, ob es jetzt auf Kreisebene runtergeht oder ob man in diesen Mehrgenerationenhäusern andere Leistungen ansiedeln kann, um damit diese Häuser auch langfristig zu finanzieren. Sonst werden es wieder nur drei Jahre sein und dann sind wir in drei Jahren wieder da, wo wir heute sind. Das ist häufiger so bei Projektfinanzierungen. Man muss sich, glaube ich, langfristig Gedanken machen.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter Heydorn, bitte.

Jörg Heydorn, SPD: Also zum Thema „Mehrgenerationenhäuser“: Ich komme ja aus Schwerin und bei der Stadtverwaltung in Schwerin sind im Jugendamt ungefähr 20 Sozialpädagogen beschäftigt. 20! Die vorherrschende Bevölkerungsgruppe in Schwerin werden immer mehr die Alten, also 60 plus. Die Bevölkerungsgruppe wird immer größer. Für den Bereich der offenen Altenhilfe ist in Schwerin eine Kraft beschäftigt. Die geht demnächst in den Vorruhestand. Ob die Stelle wiederbesetzt wird, steht in den Sternen. Erster Punkt.

Der zweite Punkt: Der Bund entlastet bis 2014 die örtlichen Sozialhilfeträger in vollem Umfang von den Grundsicherungslasten. Grundsicherungslasten sind Lasten, die in Mecklenburg-Vorpommern in erheblichem Umfang zu Buche schlagen. Die werden vom Bund übernommen. Und ich finde es nicht mehr als recht und billig, jetzt auch mit der örtlichen Ebene darüber zu verhandeln und zu sprechen, sagt mal, was tut ihr eigentlich



Ralf Grabow, Fraktion der FDP

für eure älteren Leute in den Gemeinwesen, also wie interpretiert ihr eure Verpflichtung zur kommunalen Daseinsvorsorge. Was ich damit sagen will, ist, ich finde es nicht gerechtfertigt zu sagen, die kommunale Ebene hat von vornherein kein Geld, um beim Thema „Mehrgenerationenhäuser“ kofinanzieren, sondern da, finde ich, gibt es eine Verpflichtung. Es sind in erster Linie die älteren Leute, die in den Kommunen und in den Städten leben, und dazu muss man sich bekennen. Und auf der anderen Seite werden auch Mittel frei, die dafür eingesetzt werden können.

Der nächste Punkt ist, dass der Bund ja quasi neu ausschreibt. Es gibt also keine Gewähr dafür, dass die Mehrgenerationenhäuser, die heute schon finanziert werden, auch künftig finanziert werden, sondern es gibt ein neues Ausschreibungsverfahren und da wird neu entschieden. Also jetzt zu sagen, wir finanzieren alle Mehrgenerationenhäuser fort, ist insofern mit einem Risiko verbunden, als dass man nicht weiß, ob letztendlich die, die heute da sind, auch eine Bewilligung bekommen, sondern das wird man meines Erachtens sehen müssen.

Und die Idee, die Herr Grabow vorgestellt hat, gerade Mehrgenerationenhäuser in Verbindung mit Pflegestützpunkten zu bringen, das ist eigentlich eine Idee der SPD, damit bin ich also beispielsweise in Neubrandenburg unterwegs gewesen,

(Heiterkeit bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)



denn es gibt Schnittmengen. Wenn man sich die Ausschreibungsinhalte für den neuen Ausschreibungszeitraum der Mehrgenerationenhäuser ansieht und das mal mit den Aufgaben der Pflegestützpunkte vergleicht, dann gibt es große Schnittmengen. Und da macht es natürlich Sinn zu versuchen, da, wo es möglich ist, diese Dinge zusammenzuführen.

Und abschließend: Natürlich sind wir dafür, dass die Mehrgenerationenhäuser fortgeführt werden müssen und dass letztendlich auch eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden muss, aber wofür wir nicht sind, ist, von vornherein zu sagen, das muss sich im Landeshaushalt abspielen. Wir als Land haben in erheblicher Größenordnung für das Thema „Pflegestützpunkte“ Geld zur Verfügung gestellt und jetzt, denke ich, müssen auch mal andere Ebenen gucken, inwieweit sie sich an der Stelle auf die Mehrgenerationenhäuser und deren Finanzierung zubewegen können. Danke schön.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecoll: Gibt es weitere Ergänzungen von den Abgeordneten? Ja, Frau Abgeordnete Schlupp.

Beate Schlupp, CDU: Also ich hoffe, ich bin zu hören. Ja, das Mikro ist an.

Also ich kenne ja nun das Mehrgenerationenhaus in Torgelow und ich will mich hier auch so weit rauswagen, dass ich sage, dass es unbedingt erhalten bleiben soll. Ich widerspreche



Jörg Heydorn, Fraktion der SPD

Herrn Heydorn ja relativ selten, weil es dazu meistens auch keinen Grund gibt, allerdings sitze ich auch im Finanzausschuss meines Landkreises, des zuständigen Landkreises für das Mehrgenerationenhaus Torgelow, und ich muss ganz ehrlich sagen, die Probleme, mit denen wir uns da rumschlagen, auch die Entlastung, die von Herrn Heydorn hier in Aussicht gestellt wurde, wird uns im Grunde genommen keine Spielräume eröffnen, im Landkreis jetzt zu sagen, wir haben kein Problem, das Mehrgenerationenhaus kofinanzieren. Wir haben im Gegenteil viele offene Baustellen, wo wir gerne unterstützen wollen und nicht wissen, wo wir das Geld hernehmen sollen. Ein Thema sind die Produktionsschulen, die auch vom Landkreis kofinanziert werden, wo wir jetzt auch zunehmend als Landkreis in die Pflicht genommen werden.

Also wir stehen eigentlich vor dem Dilemma, viele Dinge unterstützen zu wollen, aber auf der kommunalen Ebene fehlt trotzdem das Geld. Wir sind mit weit über 50 Millionen Euro jetzt verschuldet als Landkreis und, wie gesagt, nur auf die kommunale Ebene zu schießen, halte ich von daher für problematisch. Ich denke, es ist von Region zu Region unterschiedlich, aber ich würde schon sagen, dass man sich auch auf Landesebene darüber unterhalten soll, was man hier für die Mehrgenerationenhäuser tun kann.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank noch mal für die Ergänzung. Frau Seifert, ist Ihre Frage damit beantwortet?

(Brigitte Seifert: Frau Drecoll,
ich hatte ja eine Bitte.)



Udo Blohm

Oder Bitte, ja, ist gut. Gibt es weitere Fragen aus Ihrer Runde? Herr Blohm, Herr Bartels, Herr Lambrecht und Herr Kautz. Herr Blohm war zuerst, dann macht Herr Bartels sich bitte bereit, dann Herr Lambrecht.

Udo Blohm, Seniorenbeirat Stralsund: Ganz kurze Frage ist, dass in der Pflege Arbeitskräfte fehlen. Es werden höchstwahrscheinlich ausländische Arbeitskräfte kommen. Wie wird hier von der Regierung die Integration vorangetrieben, dieser Personen, die hier dann helfen werden?

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank. Wer möchte antworten? Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Ich weiß nicht, funktioniert das Mikrofon jetzt?

Also die Probleme, die Sie angesprochen haben, die sind heute schon teilweise da. Gerade in der Fläche, gerade in der ambulanten Pflege ist es heute schon problematisch, Fachkräfte zu kriegen. Und wir müssen bei dem Thema eine mehrstufige Lösung fahren. Wir müssen auf der einen Seite gucken, dass wir mehr Leute, junge Leute gewinnen, beim Thema „Pflege“ einzusteigen, eine Pflegeausbildung anzustreben, und da einfach sehen, dass das ein Beruf ist, der mit Sicherheit auch eine Beschäftigungsgarantie beinhaltet, wenn man darin bleiben will.

Das bedeutet, dass man die Pflegeberufe finanziell aufwerten muss, die Verdienstmöglichkeiten müssen besser werden. Wir sind dafür, dass Pflegeberufe mehr Kompetenz kriegen, das heißt also berufliche Fortentwicklung, mehr eigene Verantwortung und so weiter und so fort.

Und das nächste Thema, was Sie ansprechen, ist das Thema „Zuwanderung“. Von woher kommen Leute, die letztendlich pflegerische Aufgaben wahrnehmen? Und da ist es wichtig, und diese Instrumente gibt es ja heute schon, also bei der Bundesagentur für Arbeit oder auch bei anderen ist es wichtig, dass die Leute dann sicherlich unterstützt werden, was das Thema „Sprache“ angeht und so weiter und so fort. Also wir können uns nicht vorstellen, dass sich beim Thema „Pflege“ Leute am Patienten, am Kunden bewegen, gerade auch im ambulanten Bereich, wo man unterwegs ist, wo es keine Verständigungsmöglichkeiten gibt. Pflege ist eine soziale Arbeit, da muss man letztendlich mit seinem Kunden kommunizieren. Das ist ein Vertrauensverhältnis und eine wesentliche Voraussetzung ist die Kommunikation, das muss gewährleistet sein.

Meines Erachtens ist das ein sehr, sehr dringendes Thema, dem müssen wir in den nächsten Jahren in erheblichem Umfang Aufmerksamkeit widmen und versuchen, wie gesagt, auf mehreren Ebenen uns dem Thema entgegenzustellen, aber auch ganz konsequent versuchen, also beim Thema „Pflege“ zum Beispiel mehr bürgerschaftliches Engagement zu implementieren. Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, was weiß ich, spazieren gehen und sonst was für Dinge, dafür braucht man keine professionellen Pflegekräfte, sondern da geht es darum, dass man wirklich klug professionelle Angebote und ehrenamtliche Angebote miteinander vernetzt. Da gibt es heute schon gute Beispiele.

Und nur, wenn man das macht, wenn man auf der einen Seite guckt, wie können wir die Fachkräfte sichern und wie können wir das mit dem Ehrenamt besser verzahnen, kommen wir hier in Mecklenburg-Vorpommern letztendlich weiter und werden auch künftig sicherstellen, dass das hier ordentlich abgesichert ist. Danke schön.

Präsidentin Erika Drecolli: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Heydorn.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin, dürfen wir auch?

Präsidentin Erika Drecolli: Bitte? Ja, ich wollte gerade fragen, ob es von meiner linken Seite Ergänzungen gibt. Danke schön.

Helmut Holter, DIE LINKE: Wir sind ja im Moment noch privilegiert, weil wir hier ein Mikrofon haben.

Das ist natürlich eine der großen Herausforderungen, weil die Ausbildung zu einer qualifizierten Pflegekraft eine schulische Ausbildung ist, und da geht es auch um die Finanzierung. Das eine ist also wirklich eine Berufsausbildung, die natürlich nicht nur Fachwissen, sondern auch soziale Kompetenz mit sich bringen muss, denn man arbeitet am Menschen, wie das so schön dann heißt, also man hat mit Menschen zu tun.

Und nun kommt man in dem Zusammenhang sofort auf zwei wesentliche Fragen. Die eine Frage ist, wie hoch ist der Verdienst und sind junge Leute, weil das ja auch teilweise körperlich schwer ist, wirklich motiviert, diese Arbeit zu machen. Das hatte ich erst in meinem Eingangsbeitrag schon kurz erwähnt, aber allgemein und nicht in Bezug auf die Pflegerinnen und Pfleger im Speziellen. Und das weitere Moment ist – das haben mir beispielsweise Vertreter der Diakonie in Dobbertin sehr anschaulich erzählt, dass neben der Pflege an der jeweiligen Person kaum Zeit ist, sich mit dem Menschen zu unterhalten –, ich nenne es mal die nicht materiellen Leistungen, dass also einfach, ich sage immer Streicheleinheiten, die Hinwendung, die Zuwendung, teilweise Zuneigung gegeben werden. Das fehlt. Also wir brauchen nicht nur den Berufsnachwuchs, sondern wir brauchen auch ein Umdenken in dem, was Pflege eigentlich bedeutet. Und das, glaube ich, ist eine wichtige Herausforderung.

Und wenn hier in Schwerin am Montag in der Stadtvertretung - ganz heiß wohl, ich war nicht dabei, aber das habe ich gehört – diskutiert wurde und dann der Vorwurf gemacht wird an die Stadtverwaltung, dass eben die Verdienste in den Pflegeeinrichtungen sehr niedrig seien, dann muss man sagen, es gibt keine kommunalen, das sind alles in der Regel privatisierte Einrichtungen. Deswegen stellt sich tatsächlich die Frage, wie hoch denn auch die Entlohnung in diesen Einrichtungen ist. Also es geht auf der einen Seite um die gesellschaftliche Anerkennung dieses Berufes und auf der anderen Seite geht es darum, tatsächlich auch die Freiräume zu schaffen, um mit dem Kunden oder Patienten, einfach mit dem Menschen arbeiten zu können.

Ich warne davor, da teile ich nicht die Auffassung von Herrn Heydorn, zu sagen, da wird vieles in Nachbarschafts- oder im ehrenamtlichen Engagement dann realisiert. Da gibt es sicherlich so etwas, aber wir haben gestern im Rahmen einer Arbeitsmarktkonferenz hier in Schwerin auch über diese Fragen gesprochen. Also Pflegerinnen und Pfleger sind ausgebildet, damit sie diese Leistungen an der Person, am Menschen erbringen können. Diejenigen, von denen Herr Heydorn gesprochen hat, die dort vorlesen, spazieren gehen oder andere Dinge machen, dürfen ja in der Regel dann nicht diese Leistungen an der Person erbringen. Da gibt es rechtliche Hürden. Das ist auch richtig so.

Aber die Frage ist, ob wir nicht angesichts der Demografie, also der Bevölkerungsentwicklung, hier einen Bedarf sehen, wo diese Leistungen erbracht werden. Nur auf Zuruf oder Timo und sein Trupp kommt dann vorbei und macht das, das wird wohl nicht funktionieren, sondern das ist das, was wir als LINKE dann als öffentlich geförderten Beschäftigungssektor deklarieren und sagen, wir müssen öffentliches Geld in die Hand nehmen, um solche Arbeit auch zu finanzieren, weil das eine Leistung für die Gesellschaft mit den Menschen ganz konkret ist.

Das also noch über die Frage hinaus, die Herr Blohm hier gestellt hat. Ich meine, hier braucht man ein ganzheitliches Konzept, welches deutlich macht, es geht um die Pflege an der Person, aber es geht auch darum, die Zuneigung und die Zuwendung tatsächlich über die Familie hinaus den Menschen zu gewähren.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Holter. Gibt es weitere Ergänzungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich das Wort jetzt an Herrn Lambrecht geben. Und dann würde als Nächster Herr Bartels drankommen.

Günter Lambrecht, DGB: Liebe Abgeordnete des Landtages, der einzelnen Fraktionen, wenn Sie sich erinnern, habe ich im Jahr 2009 hier zu Pflegestützpunkten eine Frage gestellt und ich stelle heute die Frage, nachdem das Landespflegegesetz ergänzt worden ist mit dem Paragraphen 4 zu den Pflegestützpunkten, Bildung: Wie viele Pflegestützpunkte gibt es jetzt im Land Mecklenburg-Vorpommern? Damals haben Sie versprochen, ich kann das zitieren, Herr Heydorn und Herr Glawe von der CDU, 18 werden in Kürze eingerichtet, 26 sollen das werden. Das können Sie nachlesen auf Seite hundertsoundso in dem Buch hier. Und ich stelle mal die Frage: Was ist daraus nun geworden? Was ist daraus geworden?

Ich persönlich wurde - ich habe mich ja schon vorher für diese Pflegestützpunkte interessiert und mich engagiert - leider davon in der Familie betroffen und musste das durchmachen. Ich habe keine vernünftige Pflegeberatung bekommen, an keiner Stelle. Und ich möchte mal die Gelegenheit haben, darüber in einer Fraktion oder auch in dem Ausschuss des Landtages zu sprechen. Ich nehme an, dass die Ausschusssitzungen des Landtages für Gesundheit und Soziales auch öffentlich sind wie im Kreistag oder in der Kommune. Das muss man mal einfach loswerden, was da los ist.

So, wie ich gehört habe, ich war im Ausschuss für Soziales und Gesundheit im Kreistag und habe mir da anhören müssen, dass man sich um das Geld streitet, aber nicht über das Problem, wie das ist. Der Kreistag Parchim lehnt es ab, sich in den Pflegestützpunkt einzubringen. Daran scheitert das.



Günter Lambrecht

Und dann wurde mir gesagt von verschiedenen Leuten, es gibt vier, es gibt sechs, es gibt zwei, ich weiß es jetzt nicht. Ich möchte heute eine Antwort haben. Meine Kolleginnen und Kollegen, die fragen mich - ich bin Delegierter vom Gewerkschaftsbund -, die fragen mich, was ist da los, weil zahlreiche Fälle von Pontius zu Pilatus in Parchim geschickt worden sind, um eine Pflegeberatung zu kriegen. Ich könnte ein Buch darüber schreiben, aber ich möchte es ja mal in der Aussprache geregelt haben. Das ist meine Frage dazu.

Präsidentin Erika Drecoll: Herr Lambrecht, vielen Dank, die Frage ist angekommen, wie viele Pflegestützpunkte gibt es inzwischen in Mecklenburg-Vorpommern. Ich gebe die Frage weiter an Herrn Heydorn.

Günter Lambrecht, DGB: Ja, ich habe noch eine kleine Ergänzungsfrage. Ich habe mich an die Fraktion DIE LINKE gewandt, schriftlich an die Frau Irene Müller, in Vorbereitung der heutigen Altenparlamentstagung und habe leider keine Antwort gekriegt. Da möchte ich auch mal fragen, warum. Ist das so üblich, wenn ein Bürger eine Anfrage stellt, dass es dann keine Antwort gibt, oder was? Danke.

Präsidentin Erika Drecoll: Danke schön, Herr Lambrecht. Herr Heydorn, Sie hatten sich gemeldet.

Jörg Heydorn, SPD: Also ich möchte mich recht herzlich für Ihren Beitrag bedanken, denn der zeigt genau auf, worum es geht. Ich bin gestern auf der Landespflegekonferenz in Rostock gewesen. Auf der Landespflegekonferenz gab es einen Vortrag der Firma

Hildebrandt GesundheitsConsult. Die haben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern zwei Pläne erarbeitet für zwei Landkreise, und zwar einmal für den Landkreis Ludwigslust und für den Landkreis Uecker-Randow, zum Thema „Demenz“. Und die Wissenschaftlerin, die das gemacht hat, hat gesagt, wir sind da hingefahren und dann haben wir erst mal eine Bestandsanalyse gemacht. Das heißt, die haben erst mal feststellen müssen, was vor Ort eigentlich vorhanden ist, was gibt es für Angebote, wer ist dafür verantwortlich, was kostet das, wer koordiniert das und so weiter und so fort.

Und jetzt gibt es in diesem Land eine ganze Reihe von Leuten, der Delegierte hat es gerade dargelegt für den Landkreis Parchim, die sagen, Pflegestützpunkte brauchen wir nicht, das haben wir schon alles, das funktioniert vor Ort. Wenn vor Ort alles funktionieren würde, dann müsste man nicht, wenn man von außen kommt, erst mal eine umfangreiche Bestandsanalyse machen, sondern dann geht man hin, lässt sich die Unterlagen auf den Tisch legen und dann weiß man Bescheid, wie das alles funktioniert. Das heißt, die haben festgestellt, dass es keine funktionierenden Strukturen gibt, zumindest im Landkreis Ludwigslust und im Landkreis Uecker-Randow. So viel dazu.

Was das Thema „Pflegestützpunkte“ von Landesseite betrifft, ist das von der SPD-Fraktion immer engagiert betrieben worden. Das geht auf unsere Initiative zurück. Wir haben dann zusammen mit der CDU dafür Sorge getragen, dass die Landesmittel in den Haushalt eingestellt worden sind, und wir stehen heute vor der Situation, dass die Sache auf der kommunalen Ebene klemmt.

Es ist jetzt ein Pflegestützpunkt im Landkreis Uecker-Randow, in Pasewalk, eröffnet worden, und zwar unter kommunaler Beteiligung. Das ist ja das Entscheidende an der Sache, dass nicht nur die Kassen das alleine machen, sondern dass sich also Kommune, Land und Kassen zusammentun, das gemeinsam finanzieren und dass dabei was Ordentliches rauskommt. Es gibt eine Beschlusslage in Rostock, das umzusetzen. Der Landkreis Güstrow hat jetzt eine Kooperationsvereinbarung zum Thema „Pflegestützpunkte“ unterschrieben und will es umsetzen.

Aber ich bin mit der Situation genauso unzufrieden, wie Sie das sind. Nur, mir sind an der Stelle die Hände gebunden. Keiner von uns auf der Landesebene ist in der Situation, die kommunale Ebene dazu zwingen zu können, hier Geld in die Hand zu nehmen und sich beim Thema „Pflegestützpunkte“ zu engagieren.

Und da habe ich die herzliche Bitte an Sie, die ja auch vor Ort aktiv sind, in Seniorenbeiräten und vielleicht auch in anderen Vereinen darauf wirklich noch mal aufmerksam zu machen. Und wenn vor Ort Hilfe gebraucht wird, ich habe das mit einem Kollegen zusammen immer



gerne gemacht, wir kommen gerne, wir versuchen, vor Ort die Verantwortlichen zu überzeugen. Wenn es um das Thema „Pflegestützpunkte“ geht, kann man jederzeit auf unsere Unterstützung aus der SPD-Landtagsfraktion rechnen. Das machen wir gerne, denn das halten wir für eine ganz, ganz wichtige Geschichte, die wir in dem Land brauchen, damit solche Dinge, wie der Delegierte sie gerade an seiner eigenen Person geschildert hat, irgendwann hier der Vergangenheit angehören, damit letztendlich bekannt ist, wo man sich hinzuwenden hat und wo man eine kompetente, neutrale Beratung aus einer Hand bekommt. Und das wird Zeit, sage ich mal, dass das wirklich hier flächendeckend auch zur Umsetzung kommt.

Übrigens, auch in Schwerin gibt es eine Entscheidung zum Thema „Pflegestützpunkt“. Der hängt, wenn ich das richtig weiß, in der Verwaltung fest und kommt da nicht weiter. Da bin ich auch mal gespannt, wann hier vor Ort die entsprechenden Weichen so gestellt werden, dass das zur Realisierung kommt. Danke schön.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Heydorn. Frau Abgeordnete Müller, Sie waren direkt angesprochen. Würden Sie antworten? Ja. Dann bitte ich um Ihren Beitrag.

Irene Müller, DIE LINKE: Mir wurde gesagt, das Mikrofon wird sich meiner Stimme anpassen. Ich hoffe, dass es wirklich so ist. Direkt wurde ich angesprochen, dass von mir angefragt war die Aktivitäten. Das ist alles zusammengetragen worden und auch losgeschickt worden. Da kann ich jetzt nicht sagen, warum der Brief nicht angekommen ist. Was ich allerdings

sagen kann: Da diese ganzen Informationen, die wir da für Sie zusammengetragen haben, Herr Lambrecht, sehr wichtig sind - ich denke mir, auch sehr wichtig sind für alle -, liegen diese Unterlagen hier vor. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wo sie liegen, auf jeden Fall liegen sie kopiert vor, damit Sie sehen können, was alles gemacht worden ist.

Zum Problem Pflegestützpunkte insgesamt: Ja, jetzt liegen die Aktivitäten bei den Kommunen. Allerdings hätte das nicht so sein müssen. Das hätte nicht so sein müssen. Es hätten andere Wege gegangen werden können, gleich 2008, das war aber von der Koalitionsregierung hier nicht so gedacht. Es wurde der Weg gegangen mit den Kommunen, also ist das dann so gelaufen.

Dass allerdings nun nichts gemacht wurde von unseren Fraktionen in der Richtung, kann ich nicht sagen. Wir haben x Anträge gemacht zu diesen und jenen Dingen, was Pflegestützpunkte betraf. Wir haben immer die Antwort bekommen, entweder: „Die Regierung braucht nicht zum Jagen getragen zu werden“, oder: „Wir machen es schon längst“. Selbst als ich höchstpersönlich dann darauf hingewiesen habe, dass die Bundesförderung mit dem 30.06. dieses Jahres zu Ende ist und dass demzufolge die Hürden noch höher werden, wurde so reagiert, wie reagiert worden ist. Wir haben es erst im Oktober des vorigen Jahres in Gesetzesform, nein, im September, Entschuldigung, im September in Gesetzesform gefasst bekommen.

Deswegen werden wir aber nicht aufhören zu unterstützen. Ich weiß, dass in Neubrandenburg ein dementsprechender Antrag an die Stadt von der LINKEN existiert, um dort die Stadt aufzufordern, sich an der Finanzierung zu beteiligen. In Parchim sind wir damit sang- und klanglos untergegangen, zugegeben überstimmt. Sie wissen, dazu braucht es Mehrheiten, wir werden weiter nach diesen Mehrheiten suchen.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Müller. Ein wichtiges Thema, ich hoffe, dass die Befindlichkeiten ausgeräumt werden können im Interesse der Betroffenen. Wir haben ja eben gehört, wie notwendig Pflegestützpunkte sind, dass es ein ausgesprochenes Anliegen ist von Betroffenen, diese möglichst bald einzurichten. Und jetzt hat Herr Abgeordneter Grabow um das Wort gebeten.

Ralf Grabow, FDP: Ich will vorweg sagen, ich glaube, dass wir Beratung brauchen. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Aber man muss auch ein bisschen die Geschichte sehen, warum diese Pflegestützpunkte es vielleicht auch so schwer haben: weil wir in verschiedenen Städten Beratungsstrukturen aufgebaut haben. Ich sehe da Frau Neumann vom Deutschen Roten Kreuz. Wir waren nicht bei null, wir haben Bundesprojekte in der Hansestadt Rostock benutzt, wir haben es gemacht. Und immer wieder sind diese Beratungsstellen eingeschlafen. Und jetzt hat man auf der kommunalen Ebene eben ein bisschen Angst.

Und in Rostock hat man zwar schon einen Beschluss in der Bürgerschaft getroffen, aber der hängt auch noch in der Verwaltung, da ist auch noch nicht das letzte Wort vom Oberbürgermeister gesprochen. Wir haben allerdings als FDP dort Alternativen aufgezeigt. Wir haben gesagt, warum setzen wir das nicht da ran, wo auch schon Beratung stattfindet, zum Beispiel im Büro der Behindertenbeauftragten. Die zahlen wir als Hansestadt Rostock, die ist unabhängig. Leider fanden wir da keine Mehrheit.

Präsidentin Erika Drecoll: Ja, mich musst du nicht immer angucken.

Ralf Grabow, FDP: Nein, ich sage nur, weil wir beide Rostocker sind. Also, ich denke, wir sollten Alternativen überlegen. Wenn wir das nicht durchgesetzt kriegen, Pflegestützpunkte, wenn wir damit auf die Gusche fallen, weil wir eben in der Kommune keinen Erfolg haben, dann lasst uns doch überlegen. Von der Diakonie ist in den Anhörungen eine Pflegehotline vorgeschlagen worden. Wir haben verschiedene Hotlines. Warum ist das nicht ein Weg, den man vielleicht schneller umsetzen kann, wenn man bei Pflegestützpunkten noch länger braucht?

Oder vielleicht gucken wir mal in den Kommunen nach. Gibt es vielleicht Träger? Wir hatten vorhin das Mehrgenerationenhaus. Vielleicht müssen wir nur innovativer werden und überlegen, muss das jetzt unbedingt Pflegestützpunkt heißen? Worum geht es uns? Es geht uns um die Erstberatung, so, wie der junge Mann gesagt hat. Es hat ihn getroffen, er hat keinen gefunden und er möchte jemanden haben, der ihn berät. Und meistens passiert das ja dann im Leben, wenn man am wenigsten damit rechnet. Fast alle heute haben Telefon, das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit, eine Hotline anzurufen und sich eine Erstberatung geben zu lassen, um vielleicht zu gucken, wer ist in meiner Stadt, in meinem Dorf derjenige, der das weiter macht. Ich glaube, wir müssen uns nur überlegen, ob wir vielleicht auch Alternativen zulassen können, als jetzt nur zu warten, bis die Pflegestützpunkte kommen. Ich will nur mal sagen, also Beratung ist wichtig, nicht dass mich einer verkehrt versteht.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank dann noch mal, Herr Abgeordneter Grabow, aber ich glaube, wir haben da Konsens, dass wir gesagt haben oder immer fordern, dass vorhandene Netze eingebunden werden, dass nicht irgendwas grundsätzlich Neues erfunden wird, sondern das, was vorhanden ist, verwendet werden kann oder genutzt werden kann. Das sollte auch gemacht werden. Herr Abgeordneter Heydorn hatte sich noch gemeldet.

Jörg Heydorn, SPD: Ich muss mich hier noch mal zur Sache äußern, und zwar zu den Ausführungen von Frau Müller.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ich wusste es.)

Pflegestützpunkte gibt es in der Bundesrepublik in den unterschiedlichsten Bundesländern, die sind dafür zuständig. Und wenn man sich mal ansieht, wo Pflegestützpunkte funktionieren - das ist beispielsweise im Saarland der Fall, in Rheinland-Pfalz und auch in anderen Bundesländern -, dann ist für diese Pflegestützpunkte immer kennzeichnend, dass alle an einem Strang ziehen, das heißt, die Pflegekassen an einem Strang ziehen, die Kommunen mit an einem Strang ziehen und auch das Land sich an der Stelle engagiert. Da funktioniert es gut.

Es gibt andere Modelle, da haben die Länder von ihrer Verfügungsmöglichkeit Gebrauch gemacht, die Kassen zu verpflichten, Pflegestützpunkte einzurichten. In Brandenburg ist das beispielsweise der Fall, in Sachsen-Anhalt, glaube ich, ist das der Fall. Und da funktioniert es nicht, weil die Länder nicht die Möglichkeiten haben, den Kassen vorzugeben, in welcher Art und Weise sie die Aufgaben zu erledigen haben. Die Kassen hängen da ein Schild raus, da steht drauf „Pflegestützpunkt“ und mehr passiert dann nicht. Es gibt in Berlin eine Straße, da sind vier Pflegestützpunkte in einer Straße, weil jede Kasse da einen Pflegestützpunkt gemacht hat. Wenn Sie da mal hingehen und gucken, was da passiert, dann ist das nicht viel. Deswegen hätte es zu dem Weg, den wir gegangen sind 2008, keine Alternative gegeben. Es geht nur mithilfe der Kommunen, wenn man es ordentlich machen will. Das ist das eine.

Und das Zweite ist, Frau Müller sprach auch noch den 30.06. an, die Bundesförderung. Die Bundesförderung gibt es nur, wenn Kommunen sich beteiligen. Das ist eine Grundvoraussetzung. Es gibt die Bundesförderung nur, wenn Kommunen sich beteiligen. Und wenn Kommunen sich nicht beteiligen, dann gibt es keine Bundesförderung. Wir versuchen jetzt gemeinsam mit der CDU aus Mecklenburg-Vorpommern, noch mal die Frist zu verlängern mit dem Hinweis, dass wir hier noch Überzeugungsarbeit leisten müssen, das heißt, dass der Bundesgesetzgeber diese Frist noch mal versucht, so ein bisschen zu verlängern, damit man darauf noch zurückgreifen kann.

Und wenn man sich noch mal die Frage stellt, wie müssen Pflegestützpunkte denn ausgestattet sein: Natürlich gibt es Beratung, aber wenn man heute Beratung will, dann geht man von Pontius zu Pilatus. Der eine macht Sozialberatung, der andere macht Pflegeberatung und der Dritte macht Rechtsberatung. Und Konzept dieser Pflegestützpunkte ist ja gerade, dass das Beratungsangebot unter ein Dach kommt, dass beim Pflegestützpunkt Pflegefachleute sitzen, dass Sozialrechtler drinsitzen und dass Leute drinsitzen, die was von Sozialarbeit und Angehörigenbetreuung verstehen. Das sind Pflegestützpunkte, multiprofessionell aufgestellt, Pflege aus einer Hand. Darum geht es.

Und jetzt ist gerade von Herrn Grabow das Thema „Pflegehotline“ angesprochen worden. Ich möchte Sie gerne mal fragen hier, den Delegierten, der uns seine Not dargestellt hat,

was er denn von einer Pflegehotline gehabt hätte, wenn er irgendwo jemanden angerufen hätte und hätte gesagt, ich bin jetzt hier in einer Situation, meine Frau ist versorgungsbedürftig, und jetzt übers Telefon soll ihm jemand erklären, wie das denn alles funktionieren soll. Das geht nicht.

Pflegestützpunkte müssen auch mobil sein. Sie müssen in die Haushalte gehen, sie müssen sehen, wie die Räumlichkeiten aussehen und so weiter und so fort. Das kann man nicht vom Telefon aus machen, das kann man auch nicht vom grünen Tisch aus machen, sondern da muss man zu den Leuten. Man muss gucken, wie ist die Versorgungssituation, wie sind die Unterstützungsmöglichkeiten durch Angehörige und so weiter und so fort. Also es wird nur so gehen, wie wir das letztendlich konzipiert haben, Pflegestützpunkte zu initiieren, wo Land, Kassen und Kommunen an einem Strang ziehen, das gemeinsam machen und gemeinsam finanzieren. Danke schön.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Heydorn.

(Beifall Sabine Krause –
Irene Müller, DIE LINKE:
Vielen Dank für die Belehrung.)

Es hatte sich noch gemeldet die Abgeordnete Frau Schlupp.

Beate Schlupp, CDU: Eigentlich wollte ich ja gar nichts dazu sagen, aber ich denke mal, die ganze Debatte hier zu dem Thema „Pflegestützpunkt“ hat eigentlich schon gezeigt, wo das Problem liegt. Denn wie gesagt, wir haben in Uecker-Randow einen Pflegestützpunkt. Ich habe schon gesagt, wir sind einer der ärmsten Landkreise, aber bei uns hat es diese Debatten vor Ort nicht gegeben. Da hat es auch keine parteipolitischen Auseinandersetzungen gegeben, da hat es das Bekenntnis gegeben, wir wollen einen Pflegestützpunkt, und dann haben wir den gemeinsam beschlossen. Ich denke mal, wenn man Bedenken vor Ort pflegt oder vielleicht eigene Interessen voranstellt, dann wird es schwieriger, aber wenn man sich vor Ort einig ist, dass man einen Pflegestützpunkt will, dann braucht es nur eine gewisse Zeit und dann ist es auch möglich, diesen Pflegestützpunkt zu errichten. Vielleicht sollten wir das ja aus der Diskussion hier mitnehmen.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Präsidentin Erika Drecoll: Frau Abgeordnete Schlupp, das war noch mal ein sehr schönes Schlusswort, denke ich, zu dieser Fragestellung und Sie haben uns aus der Seele gesprochen. Es hatte sich jetzt noch der Delegierte Herr Bartels gemeldet.

Friedrich Bartels, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Vorpommern: Mein Name ist Bartels. Ich bin delegiert worden durch die Pommersche Evangelische Kirche. Ich hatte mich eigentlich gemeldet zu den Diskussionen über die Mehrgenerationenhäuser, möchte jetzt aber eine Frage stellen allgemein zu der ehrenamtlichen Tätigkeit. Wenn ich das richtig verstanden habe, wird der Bund vom nächsten Jahr an nicht mehr alles zahlen, das Land hat erklärt, sie wollen nicht alles zahlen, Herr Heydorn hat das eben gesagt, und die Kommune hat gesagt, wir können nicht mehr zahlen.

(Beate Schlupp, CDU: Manche Kommunen.)

Ihre Kommune.

Wir werden erleben in dem nächsten Jahr, dass auf der kommunalen Ebene bei den Vereinen und bei allen ehrenamtlichen Engagements überall gesagt wird, das muss erst geordnet werden in den neuen Großkreisen. Und zwischendurch gehen all die Aktivitäten verloren. Der Hinweis auf die Pflegestützpunkte hilft uns gar nichts, denn bei uns sind welche, die mit Kindern aus der 9. Klasse Demokratie üben, oder es gibt welche, die mit älteren Menschen regelmäßig lernen, mit dem PC umzugehen. Wie das also im Pflegestützpunkt untergebracht werden soll, weiß ich nicht.

Meine Frage an die Damen und Herren Abgeordneten ist: Können Sie sich vorstellen, dass im Laufe der nächsten Jahre die Zuständigkeiten und die Finanzen von den Ministerien und so weiter runtergebrochen werden auf die Kommunen, dass alles das, was in den Kommunen geschieht, auch finanziert ist und nur das, was dort nicht gemacht werden kann an Aufgaben und an Finanzen, delegiert wird zum Kreis, zum Land und zum Bund von mir aus? Ich stelle dieselbe Frage bei uns in unserer Kirche. Schönen Dank.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Bartels. Es hatte sich spontan der Abgeordnete Herr Holter gemeldet, die Frage zu beantworten. Danke schön.

Helmut Holter, DIE LINKE: Also das, was wir jetzt diskutieren, hat ja was mit der Finanzausstattung der Kommunen generell zu tun. Und bevor ich das, wie wir uns das vorstellen für die nächsten Jahren, beantworte, will ich noch mal grundsätzlich sagen, dass wir als LINKE durchaus dem Prinzip der Regionalisierung nachgehen, dass wir sagen, dass möglichst viel vor Ort in der Kommune, in einer Region entschieden werden soll. Aber wenn ich keine Mittel dazu habe, dann kann ich mir natürlich kräftig Gedanken machen und Ideen entwickeln. Und deswegen sind wir dafür, dass wir auch entsprechende Mittel in die Regionen, hier muss man über die Regionen sprechen, aber in die Regionen geben. Wir



Friedrich Bartels

haben das eigentlich aus der Wirtschaftspolitik her abgeleitet, aber das würde ja auch ganz konkret für solche Fragen dann zutreffen.

Für mich ist die spannende Frage, ob eben die Landespolitik, wir reden ja jetzt über die Landespolitik, auch tatsächlich jede Frage, die möglicherweise in Vorpommern ansteht, entscheiden muss oder ob nicht die Kompetenz und auch der Wille zur Entscheidung vor Ort da ist. Ich sage Ja und das sollte man auch entsprechend stützen, damit dann die bestmögliche Entscheidung getroffen wird. Ich greife da gerne zurück auf die Zeit als Arbeitsminister, als wir mit Regionalbeiräten und entsprechenden Budgets genau solche Projekte gefördert haben.

Was die kommunale Finanzausstattung betrifft, kann man nun verschiedene Konzepte verfolgen. Wir schlagen aber vor, dass die Landesebene mit den Kommunen einen Zukunftsvertrag abschließt, wo es nicht nur um Entschuldungsfragen geht, sondern auch um solche Aufgaben, über die Sie, Herr Bartels, gerade gesprochen haben, dass man dann tatsächlich sagt, welche Aufgaben werden durch wen erfüllt und wie sieht die ganz konkrete finanzielle Ausstattung aus. Das kann man heute nicht eins zu eins so beantworten. Das wäre ja auch dann praktisch, wenn man so will, ein Basar der Möglichkeiten oder der Unmöglichkeiten.

Und da, meine ich, sollte man sich tatsächlich im klassischen Sinne am runden Tisch zusammensetzen, die Dinge bereden und dann auch die finanziellen Möglichkeiten ehrlich bereden. Ansonsten passiert genau das, Frau Seifert hatte damit begonnen hier, mit der Fragestunde, dass die einen sagen, wir haben damit angefangen, gut gelaufen, aber jetzt seid ihr dran. Und das, glaube ich, kann nicht das Prinzip sein. Das Prinzip muss sein, welche Aufgabe haben wir und wie viel Geld steht an welcher Stelle zur Verfügung, damit die Aufgabe entweder weitergeführt oder eben eine neue Aufgabe angepackt werden kann. Und dazu soll ein solcher Vertrag zwischen Land und Kommunen abgeschlossen werden, damit dann tatsächlich auch diese Pflichtaufgaben und die freiwilligen Aufgaben vor Ort und viele Dinge darüber hinaus mit dem Regionalisierungsprinzip umgesetzt werden können.

Da sage ich ganz bewusst, da sind wir die Einzigen, das wird von anderen relativ stringent abgelehnt. Das bedeutet auch, ein Stück weit loszulassen, man könnte auch sagen, Macht abzugeben. Aber ich bin dafür, dass wir hier auf Landesebene loslassen und Ihnen vor Ort mehr Vertrauen und damit nicht nur das Vertrauen aussprechen, sondern auch die entsprechenden Mittel in die Hand geben, damit solche Entscheidungen, wie Sie sie angeregt haben, dann auch getroffen werden können.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank. Herr Abgeordneter Heydorn hatte sich gemeldet.

Jörg Heydorn, SPD: Also, Herr Holter, es wäre ja schön gewesen, wenn Sie das an dem einen oder anderen Beispiel mal konkretisiert hätten. Also die Finanzierung der kommunalen Ebene erfolgt bei uns im Land nach dem sogenannten Gleichmäßigkeitsgrundsatz. Das heißt, wir haben auf der einen Seite die Landesfinanzen und die Kommunen werden in einem gleichmäßigen Verhältnis an den Finanzen beteiligt. Geht es dem Land besser, gibt es für die Kommunen mehr Geld, sind die Zeiten schlechter, dann ist nicht nur beim Land zu sparen, sondern davon ist auch die kommunale Ebene betroffen.

Dem zugrunde liegt die Überlegung, dass man letztendlich, egal ob man in einem Privathaushalt sich bewegt oder ob man mit Staatsfinanzen umgeht, eigentlich - auf Dauer zumindest - nicht mehr Geld ausgeben kann, als man letztendlich zur Verfügung hat. Das also ist das Finanzierungssystem, ganz grob mal geschildert, das wir in Mecklenburg-Vorpommern bei den Kommunalfinanzen haben. Das speist sich aus unterschiedlichen Töpfen, aber so wird das im Großen und Ganzen abgewickelt.

Und das, was Sie angesprochen haben, ist ja heute schon vorhanden. Es gibt die durch Artikel 28 garantierte kommunale Selbstverwaltungsgarantie. Das heißt, jede Kommune hat die Möglichkeit, ihre Angelegenheiten vor Ort selbst zu regeln. Sie hat die Möglichkeiten, eigene Prioritäten zu setzen, also zu sagen, ich mache dies und das mache ich nicht, oder

ich fördere ein Mehrgenerationenhaus, dafür mache ich was anderes nicht. Das sind ja Dinge, da wird die Landesregierung in keiner Art und Weise hineinregieren. Es gibt da einige Einschränkungen. Also wenn Kommunen verschuldet sind und sie wollen dann zusätzliche freiwillige Leistungen übernehmen, dann geht das nur mithilfe des Innenministeriums.

Und wenn man sich die Finanzsituation der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern ansieht, dann gibt es da große Unterschiede. Meines Erachtens sind bei der Finanzausstattung eher die größeren Städte benachteiligt. Also Schwerin hat hier ein strukturelles Defizit, ich glaube, von irgendwie 12/13 Millionen jedes Jahr. Es gibt auf der anderen Seite im Land Mecklenburg-Vorpommern Gemeinden, die haben in erheblichem Umfang Rücklagen. Das hat mit der Ausgestaltung der kommunalen Finanzierung zu tun.

Ich wüsste jetzt nicht, wo zusätzliche Ansätze sind, dass wir von der Landesebene jetzt bestimmte Aufgaben - dann müsste man das auch konkretisieren, was das denn sein soll - auf die kommunale Ebene nach unten geben, sondern wir haben das getan, jetzt auch mit der Gebietsreform ist es so, dass einige Dinge an die kommunale Ebene abgegeben werden, aber vom Großen und Ganzen her ist das eine Sache, wo ich sage, das wird schon so ordnungsgemäß wahrgenommen. Und wie gesagt, die kommunale Ebene ist nicht gehindert, letztendlich die Dinge, die sie beschäftigen, vor Ort auch in eigener Selbstständigkeit in den einzelnen Kommunalvertretungen dann zu entscheiden und zu machen.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Heydorn. Das war ja noch mal sehr ausführlich. Herr Koplín hatte sich noch mal gemeldet. Herr Abgeordneter Koplín, Sie hätten jetzt das Wort.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Torsten Koplín, ich bin Kulturpolitiker der Fraktion. Ich bin Herrn Bartels für die Frage sehr dankbar. Herr Heydorn hat eben die Aufforderung ausgesprochen, man möge doch mal mit Beispielen arbeiten. Sie können sich lebhaft vorstellen, dass ich die Position von Herrn Holter teile, und möchte ein solches Beispiel bringen.

Sie selbst, Herr Bartels, haben Ihren Ansatzpunkt für die Fragestellung im Ehrenamt gewählt. Gerade im Bereich von Kultur, kultureller Bildung gibt es sehr viele Menschen, die sich im Ehrenamt engagieren. Und in Ihrer Heimatregion, im Skulpturenpark Kartzow, da geht mein Blick jetzt hin, gibt es so einen Fall, wo ein Streit seit längerer Zeit schwelt um die Kulturförderung. Die Damen und Herren dort, die sich engagieren, müssen Projektanträge stellen, haben eine immerwährende Auseinandersetzung mit dem Bildungsministerium über 2.000 Euro Förderung, zum Beispiel für ein Künstlerinnen- und Künstler-Pleinair. Und das geht so weit, dass die Akteure dieses Projektes letztendlich drei Angebote für



Torsten Koplín, Fraktion DIE LINKE

Schreibmaterialien, für Bleistifte und Schreibblöcke, einholen müssen, um dann für das Projekt alles aufzuarbeiten.

Man streitet, man bindet Ressourcen, all das muss nicht sein, wenn wir die Kulturförderung, es handelt sich um 9,4 Millionen Euro im Landeshaushalt, von knapp 7 Milliarden Euro, also wenn wir einen Großteil dieser Kulturförderung in die Regionen geben. Erstens können diejenigen, die vor Ort wirken, viel besser entscheiden, wofür wollen wir im Rahmen von Kunst und Kultur Projekte unterstützen, und dann hätten wir diese leidigen Auseinandersetzungen nicht mehr, was letztendlich aber dennoch nicht dazu führen würde, dass wir mehr Mittel haben.

Über dieses „mehr Mittel“, die wir alle brauchen, und ich denke, da sind wir uns einig, müssen wir sprechen, indem wir darüber reden, wie wir eine gerechtere Verteilung in dieser Gesellschaft überhaupt hinbekommen, und dass wir über Prioritäten reden, weil letztendlich, das ist meine tiefe Überzeugung, was politisch gewollt ist, wird auch bezahlt. Und wenn wir sagen, wir brauchen fürs Ehrenamt, wenn wir sagen, wir brauchen für Kunst und Kultur, für Pflegestützpunkte und so weiter Mittel, dann sind das Prioritätensetzungen. Das zu klären, dazu sind wir auch hier, aber es gibt sehr wohl Möglichkeiten, zu regionalisieren und die Budgets dahin zu geben, wo sehr verantwortungsvoll und vor allen Dingen kompetent darüber entschieden werden kann. Schönen Dank noch mal für die Frage.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)



Horst-Dieter Fröhling

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Abgeordneter Koplín. Ich habe vorhin signalisiert bekommen, dass Frau Abgeordnete Schlupp noch mal das Wort ergreifen möchte. Bitte.

Beate Schlupp, CDU: Ja, also ich habe die Frage von Herrn Bartels auch noch ein bisschen konkreter verstanden. Und zwar macht er sich Sorgen, dass es durch die jetzt zusammengehenden Landkreise zu Diskussionen kommt und zu Streitigkeiten über die Mittel und einem ungeordneten Verfahren, sodass Mittel so nicht freigegeben werden und dann möglicherweise das Ehrenamt in Gefahr gerät.

Nun bin ich Mitglied eines solchen Gremiums, in dem alle - für Vorpommern sind es vier Gebietskörperschaften - zusammensitzen und versuchen, zu konkreten Lösungen zu kommen. Und nach meiner Erfahrung von vier Sitzungen dieses Gremiums teile ich Ihre Befürchtung durchaus. Also man hat schon das Gefühl, es geht da mehr um regionale Belange. Man guckt mit einem gesunden Misstrauen auf die anderen drei, ob die sich nicht Vorteile verschaffen wollen, also man arbeitet nicht konstruktiv zusammen, sondern versucht eigentlich immer eher, alles Mögliche für seine Region zu retten, hört dem anderen gar nicht zu, sondern möchte immer nur Lösungen für seine Region. Und wenn wir damit fortfahren, wird es natürlich sehr problematisch, weil wir in relativ kurzer Zeit viele wichtige Entscheidungen treffen müssen. Das ist das, was ich im Moment erlebe.

Und wenn Sie da nicht Ihren Einfluss geltend machen und mal sagen, ihr müsst über den Tellerrand hinübergucken, wir müssen jetzt schnell zu Lösungen kommen, wir müssen auch mal das Risiko eingehen, dass der eine vielleicht ein bisschen mehr und der andere ein biss-

chen weniger kriegt, aber wir müssen entscheiden, dann sehe ich schon große Probleme für die Zukunft, wie wir das alles regeln wollen. Denn wir haben teilweise Diskussionen über die Frage gehabt, stellen wir vor den Namen „Landkreis“ oder dürfen wir den Landkreis „Landkreis“ nennen. Und da haben wir dann zwei Stunden drüber diskutiert. Wenn Sie sich vorstellen, welche wichtigen Entscheidungen anstehen, dann ist da von allen Seiten ein bisschen mehr Vernunft, vielleicht ein gewisses Grundvertrauen darin, dass alle vernünftig miteinander zusammenarbeiten, erforderlich, damit solche Reibungsverluste, wie Sie sie befürchten und ich im Übrigen auch, vielleicht doch nicht so gravierend entstehen, dass da ehrenamtliche Arbeit grundsätzlich gefährdet wird.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schlupp. Herr Bartels, sehen Sie Ihre Frage damit beantwortet?

(Friedrich Bartels: Ja, danke schön.)

Vielen Dank. Ich muss schon wieder ein bisschen auf die Uhr gucken und wenn Sie auf die Tagesordnung gucken, dann sehen Sie, dass wir sehr fortgeschritten sind in der Zeit. Gibt es bitte weitere Fragen? Und ich würde bitten, kurze Fragen zu stellen und auch kurze Antworten zu geben. Ja, Herr Fröhling und dann Herr Kautz.

Horst-Dieter Fröhling, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburg: Mein Name ist Horst-Dieter Fröhling von der Evangelischen Landeskirche Mecklenburg. Ich habe die Frage an alle Abgeordneten: Das Seniorenmitwirkungsgesetz sieht ja die Bildung von Seniorenbeiräten vor. Diese sind aber nach meiner Kenntnis nicht flächendeckend eingeführt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Prozesse zur Bildung der Seniorenbeiräte zu verstärken aus der Sicht der Fraktionen, aus der Sicht des Landes? Danke schön.

Präsidentin Erika Drecoll: Wer möchte spontan antworten? Ja, Frau Müller, Sie?

Irene Müller, DIE LINKE: Wir als Fraktion DIE LINKE können das sehr schnell und kurz beantworten. Wir sind in den Kreistagen mit drin und arbeiten von da aus, also kommunale Selbstverwaltung, sehr intensiv daran, immer wieder aktive Ältere aufzumuntern, die wir kennen aus den einzelnen Verbänden und Vereinen, sich in diesen Seniorenbeiräten zu engagieren. Es ist uns auch an vielen, vielen Ecken gelungen.

Präsidentin Erika Drecoll: Danke schön. Herr Grabow schließt sich an.



Herbert Kautz

Ralf Grabow, FDP: Also ich hatte ja vorhin schon davon gesprochen, wir müssen bei der Kommunalverfassung aufpassen, denn die wird ja jetzt irgendwann beschlossen und dann müssen wir aufpassen, dass es da drinsteht. Das ist die eine Sache.

Das Zweite ist, wir müssen da, wo es welche gibt, aufpassen. Frau Schlupp hat schon gesagt, es gibt diese Vorbereitungsgremien für einen Landkreis. Da müssen Sie aufpassen, dass Sie da ein Ohr finden, dass man Sie auf diese Liste mit raufnimmt, dass man sich Gedanken machen muss. Wenn Sie da nicht auf der Liste auftauchen, wird es wahrscheinlich danach schwer, wenn man jetzt nicht aufpasst. Klar, ich kann das als Rostocker leicht sagen, uns trifft das nicht, wir haben sie drinsitzen, also das bleibt auch so, aber wenn man so wie da hört, vier Gebietskörperschaften, müssen Sie selbst mit aufpassen, dass Sie an dieses Gremium herankommen, um da auch ein Stückchen mitzugestalten. Aber ein Punkt wäre natürlich die Kommunalverfassung.

Präsidentin Erika Drecoll: Vielen Dank. Ist Ihre Frage damit beantwortet, Herr Fröhling? Danke schön. Herr Kautz hat das Wort.

Herbert Kautz, Landessenorenbeirat M-V e. V.: Herbert Kautz, ich komme vom Kreissenorenbeirat Ostvorpommern und bin auch Vorstandsmitglied im Landessenorenbeirat. Eigentlich ging meine Frage auch dahin in Bezug auf die Kommunalverfassung. Herr Grabow, Sie hatten das angesprochen. Wie ich weiß, war es ja mal im Entwurf drin.

(Ralf Grabow, FDP: Jetzt ist es draußen.)

Die Frage geht an alle Fraktionen und auch die Bitte, sich die Paragraphen 42 und 122 besonders vorzunehmen und dort den in der Verbandsanhörung gemachten Vorschlag des Landesseniorenbeirates mit aufzunehmen, dass die Seniorenbeiräte mit hineinkommen. Es sind nur die Behindertenbeiräte drin und man hat den Eindruck, dass - und ich zitiere das einfach mal, weil das auch in den Gesamtkontext jetzt hier passt -: „Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit tragen die Gemeinden dafür Sorge, dass auf die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen Rücksicht genommen wird.“ Wir haben einfügen lassen wollen „und älteren Menschen“. Das ist nicht berücksichtigt worden und die Seniorenbeiräte auch nicht. Und Sie könnten etwas tun zur Glaubwürdigkeit oder, um das zu unterstreichen, dass Sie jetzt in der künftigen Diskussion zur Kommunalverfassung die Seniorenbeiräte - natürlich gleichrangig - mit hineinnehmen.

Die zweite Frage ist, ich frage einfach mal: Wann kommt die echte Funktionalreform? Wir haben ja einige Dinge hier angesprochen und es geht um die Ausstattung der Kommunen und der kommunalen Ebene, die dann entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten soll. Wir bitten einfach drum oder ich habe die Bitte an die Fraktionen, sich parteiübergreifend der Sorgen der Menschen in unserem Land anzunehmen. Und vielleicht auch als Beispiel, Frau Beate Schlupp hat das ja schon angesprochen, dass man zusammenarbeiten soll: Es funktioniert in Uecker-Randow, Ostvorpommern, Hansestadt Greifswald, die Kreisseniorenbeiräte oder Seniorenbeiräte haben zusammengesessen, haben sich darüber verständigt, wie es auch mit dem Weiterarbeiten, wenn die Großkreisbildung kommen soll, dann vorrangig gehen soll. Wir haben Beschlussvorlagen, gleichlautende Beschlussvorlagen.

Präsidentin Erika Dreccoll: Herr Kautz, ich hatte um kurze Fragen gebeten, wenn das bitte möglich ist.

Herbert Kautz, Landesseniorenbeirat M-V e. V.: Und als Letztes dazu, wir werden also am 30.05. im Kreistag in Ostvorpommern diese Beschlussvorlage auf dem Tisch haben. Also die Bitte, sich dafür einzusetzen, dass wir in die Kommunalverfassung kommen, und die Bitte, die Funktionalreform, die echte, bitte voranzutreiben, damit man die Finanzausstattung im Land, überhaupt das FAG, mal auf den Prüfstand stellt, damit wir miteinander arbeiten können. Herzlichen Dank.

Präsidentin Erika Dreccoll: Danke schön. Herr Abgeordneter Grabow hatte sich gemeldet.

(Ralf Grabow, FDP: Aber der
Abgeordnete Heydorn war vor mir,
der war wirklich vor mir.)

Also bitte, rechte Seite, linke Seite? Herr Heydorn dann bitte.

Jörg Heydorn, SPD: Dann fange ich an. Also wenn man sich jetzt den Diskussionsverlauf mal anguckt, dann gab es auf der einen Seite gerade gute Argumente dafür, bestimmte Aufgaben zu regionalisieren. Ja, es macht Sinn, bestimmte Aufgaben zu regionalisieren und den Kommunen die Verantwortung dafür zu geben. Wenn man sich die Diskussion jetzt um die Seniorenbeiräte ansieht, dann gab es gerade Beiträge, das nicht zu tun, sondern das also quasi von Landesseite aus festzulegen in der Kommunalverfassung und von oben quasi vorzugeben. Ich finde, darüber muss man diskutieren.

Aber es gibt noch einen anderen Aspekt. Wir haben bei uns im Land das sogenannte Konnexitätsprinzip. Und, Herr Kautz, Sie sind ja, wenn ich das richtig weiß, durchaus Verwaltungsprofi und kennen das wahrscheinlich viel besser als ich. Das Konnexitätsprinzip besagt nichts anderes, als dass derjenige, der die Musik bestellt, sie letztendlich auch zu bezahlen hat. Das heißt, das führt im Ergebnis dazu, wenn wir als Land die Kommunalverfassung dergestalt ändern würden und quasi den Kreisen und kreisfreien Städten vorgäben, Seniorenbeiräte zu bilden, dann würde man von der kommunalen Seite aus die Kosten von uns erstattet verlangen. Das finde ich nicht gerechtfertigt. Ich finde, dass das Thema „Seniorenvertretung vor Ort“ letztendlich eine ureigene kommunale Aufgabe ist, die auch von der kommunalen Ebene zu finanzieren ist.

Und das führt dazu, dass bei solchen Überlegungen, ob man das über die Landesverfassung regelt, natürlich aus der Politik auch immer Argumente kommen, also warum sollen wir das tun, das ist eine kommunale Aufgabe. Wenn wir die Kommunalverfassung an der Stelle anpacken, dann haben wir letztendlich das Thema der Finanzierung dieser Gremien auf dem Tisch. Das muss man, denke ich, umfassend diskutieren. Es ist ja nicht nur so, dass die finanzielle Situation auf der kommunalen Ebene jetzt nicht besonders komfortabel ist. Das gilt ja auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat jedes Jahr auch mit Einnahmeverlusten zu leben. Wir müssen sehen, dass wir unsere Prioritäten setzen, dass wir die Dinge, die uns wichtig sind, ausfinanzieren. Und insofern ist es natürlich für uns schwierig, jetzt Dinge aufzugreifen, die eigentlich auch gut vor Ort geregelt werden können. Danke.

Präsidentin Erika Drecolli: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Ich würde das jetzt als Schlusswort werten wollen, da die Zeit fortgeschritten ist. Und wir würden in der Tagesordnung weiter fortfahren. Ich würde verabredungsgemäß jetzt die Leitung des Altenparlamentes an Frau Katt übergeben. Einmal Positionswechsel.

(Vizepräsidentin Annelie Katt
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Annelie Katt: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem Tagesordnungspunkt 11, zu unseren Leitanträgen. Bevor ich den Tagesordnungspunkt 11 aufrufe, möchte ich mich einmal vom Präsidium aus ganz herzlich bei den Besuchern bedanken, dass Sie Anteil und Interesse an unserem Altenparlament nehmen. Vielen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten
des Altenparlamentes)

Vorstellung und Beratung der von den drei Arbeitskreisen vorgelegten Beschlussempfehlungen zu den Leitanträgen

Also ich rufe jetzt offiziell den Tagesordnungspunkt 11 auf: Vorstellung und Beratung der von den drei Arbeitskreisen vorgelegten Beschlussempfehlungen zu den Leitanträgen. Auf den Altenparlamentesdrucksachen 7/7, Sie haben sie vorliegen, 7/8 und 7/9 liegen Ihnen die Beschlussempfehlungen der Arbeitskreise vor.

Zur Vorstellung und zur Beschlussfassung des 1. Arbeitskreises, der Altenparlamentesdrucksache 7/7, erteile ich der Arbeitskreisleiterin Frau Ursula von Appen das Wort. Im Anschluss daran treten wir in die Aussprache der vorgelegten Beschlussempfehlung ein.

Jetzt kommen wir zu den Wortmeldungen. Wortmeldungen sind gemäß Paragraf 3 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung dem Präsidium mitzuteilen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, Namen und delegierende Organisation mit aufzuschreiben. Die Wortbeiträge zu Sachthemen sind gemäß Paragraf 3 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung auf fünf Minuten begrenzt. Wenn das natürlich jemand kürzer machen kann, ist uns das auch recht.

Leitantrag

Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern – notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung

(1. Arbeitskreis)

- AP-Drucksache 7/4 -

Beschlussempfehlung

Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern – notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung

(1. Arbeitskreis)

- AP-Drucksache 7/7 -

Das Wort hat jetzt Frau Dr. von Appen. Das ist der Arbeitskreis 1, Drucksache 7/7. Hat das jeder? Gut.



Dr. Ursula von Appen, Leiterin des 1. Arbeitskreises

Dr. Ursula von Appen, LIGA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Delegierte! Meine Damen und Herren! Nach der Diskussion, die wir eben gehört haben, über die Pflegegeschichte, muss ich sagen, bin ich ein bisschen eingeengt, weil ja unser Leitantrag sozusagen nur ein Gerippe ist. Er muss ja kurz formuliert sein, er muss präzise sein, er muss so formuliert sein, dass von der Landesregierung auch eine Bearbeitung möglich ist. Und infolgedessen kann ich mit meinem Leitantrag nicht diese große Weite darstellen, die jetzt hier von Herrn Heydorn und auch von Herr Holter zu diesem Thema dargelegt worden ist. Das bitte ich zu berücksichtigen, wenn ich nachher auf unseren Leitantrag eingehe.

Diese Folgen des Demografiewandels in Mecklenburg-Vorpommern, das ist ja ein Thema, das uns Ältere eben so ganz besonders betrifft. Und ich kann Herrn Lambrecht auch sehr gut verstehen, weil ich in ähnlichen Situationen gewesen bin. Und dann ist es schwer, wirklich in der aktuellen Situation jemanden zu finden, an den man sich wenden kann.

Wir sind in unserer Arbeitsgruppe aber, denke ich, zu einem guten Ergebnis gekommen, das übrigens auch einstimmig angenommen worden ist, das aussagekräftig ist - meiner Meinung nach jedenfalls - und das vor allen Dingen der Forderung nach Kürze der Formulierungen gerecht wird und auch der Umsetzbarkeit auf Landesebene. Ich möchte in Ergänzung zu dem sehr knapp formulierten Leitantrag dann auf unsere sehr umfangreiche Begründung verweisen. Sie ist sozusagen das Fleisch zu dem Skelett, das unser Leitantrag darstellt.

Dem Arbeitskreis ist vor Beginn die Vorgehensweise unserer Beratung dargelegt worden. Wir haben also zuerst die Änderungswünsche, die von den Delegierten im Vorlauf eingegangen sind, besprochen, und ich habe auch auf die Gründe des Organisationskomitees hingewiesen, die Aufnahme oder die Nichtaufnahme der vorher eingegangenen Änderungswünsche zu besprechen. Dieser Vorschlag des Vorgehens wurde auch von unserer Arbeitsgruppe angenommen.

Also zuerst einige Bemerkungen zu den von den Delegierten im Vorfeld zugesandten Änderungsvorschlägen: Zwei engagierte Anträge gab es zur Aufnahme des Punktes 1. Und zwar wurde da verlangt, unbedingt die Erstellung eines Geriatriekonzeptes aufzunehmen. Das hatten wir in der letzten Fassung nicht drin und das haben wir getan. Und ich denke jetzt, wenn ich an das denke, was unsere Ministerin dazu gesagt hat, wie sehr und wie gezielt jetzt an diesem Geriatriekonzept gearbeitet wurde, dann ist das wohl gerechtfertigt, dass wir das aufgenommen haben. Wir haben allerdings ein Wort weggestrichen. Die Forderung war ursprünglich „überfällige Erstellung eines Geriatriekonzeptes“, es heißt jetzt also nur noch „die Erstellung eines Geriatriekonzeptes“.

In der zweiten Zeile wurde auf Vorschlag eines Delegierten das Wort „Bundesratsebene“ an die Stelle des Wortes „Bundesebene“ eingefügt.

Was wir nicht aufnehmen konnten, was von den Delegierten im Vorfeld verlangt wurde, war, dass wir der Landesregierung einen Termin setzen für die Erledigung der Forderungen, die wir in unserem Leit Antrag aufgestellt hatten. Ich meine, das wäre zu weit gegangen. Und



wir konnten auch nicht den Vorschlag akzeptieren, dass alle bisherigen Forderungen und Beschlüsse der Altenparlamente jetzt noch einmal aufgeführt wurden, um dann feststellen zu können, was erledigt worden ist und was bisher nicht erledigt worden ist.

Wir haben auch einige Änderungswünsche nicht berücksichtigen können, weil sie inhaltlich in den Formulierungen des Leitantrags enthalten waren, aber nicht mehr explizit aufgeführt worden sind. Da geht es zum Beispiel um Untersetzungen zu der Formulierung „Erweiterung der Kompetenz ... der Pflegeberufe“. Das ist ein so weiter Begriff, „Erweiterung der Kompetenz“, dass man da nicht noch einzelne Unterpunkte bringen konnte.

Auch die Formulierung „Verbesserung der Attraktivität des Hausarztberufes“ ist eine übergreifende Formulierung. Wir hatten seinerzeit bei der Besprechung unseres Leitantrages mit unserer kleinen Arbeitsgruppe auch Herrn Professor Dr. Pratzel dabei, der uns gerade zu diesem Punkt sehr, sehr viele Unterpunkte genannt hatte, die aber zum Teil so ganz spezifisch medizinische Angelegenheiten waren, sodass wir auch hier nur zu der Formulierung „Verbesserung der Attraktivität des Hausarztberufes“ gekommen sind.

Auch war die Zuständigkeit der Landesregierung bei einigen Forderungen durchaus nicht immer gegeben, zum Beispiel bei der Forderung, für Qualitäts- und Kompetenzbesserung der Pflegekräfte die Verkammerung zu verlangen. Die Verkammerung der Pflegeberufe – ich habe gerade jetzt gelesen, dass die erste Pflegekammer in Bayern gegründet wird –, das ist ja eine sehr komplexe Angelegenheit. Und eine Kammer wäre eine Einrichtung bürgerlichen Rechts, die ja zwingend eine Mitgliedschaft verlangt. Und das, könnten Sie sich vorstellen, ist im Augenblick weder im Sinne der meisten Pflegekräfte noch im Sinne der Ärzte.

Die Art der Bearbeitung der Änderungswünsche der Delegierten durch das Organisationskomitee habe ich noch einmal extra dargestellt und auch die Art ihrer Einbindung in den Entwurf des Leitantrages. Ich betone das, weil nämlich im Nachlauf des 6. Altenparlamentes von jemandem persönlich mir gegenüber kritische Bemerkungen geäußert worden waren zu der Form der Bearbeitung der Anträge durch das Organisationskomitee. Ich habe das also jetzt in unserem Arbeitskreis erläutert, und deshalb auch, wegen dieser Kritik, diese Darstellung hier bei Ihnen.

Der Arbeitskreis hat in seiner Beratung auch einige Änderungen vorgeschlagen. Und da wollte ich Sie nun bitten, den Leitantrag aufzuschlagen, damit ich sie nennen kann. Ich will versuchen, das recht kurz zu machen.

Im Punkt 2, „die statistischen Daten des Pflegerahmenplanes“, haben wir „Mecklenburg-Vorpommern“ ergänzt. Weitere Änderungen sind hier nicht gekommen.

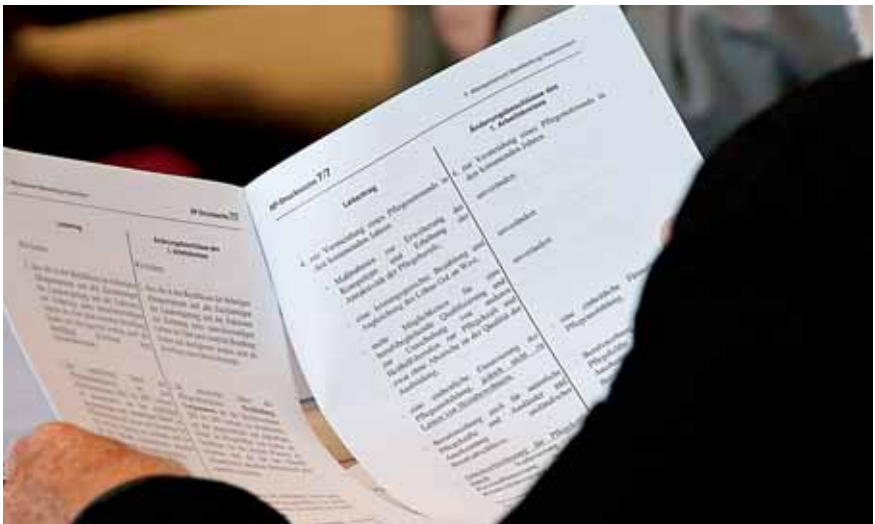
In Punkt 3: „zur Sicherung der ärztlichen Versorgung ist das Nachbesetzungsproblem, vor allem bei den Hausärzten im ländlichen Raum, zu lösen durch qualitativ und quantitativ erweiterte Ausbildung zum Facharzt“, also „qualitativ und quantitativ erweiterte Ausbildung zum Facharzt“. Wir haben aufgrund eines Hinweises dann das Wort „durch“ oben hinter „zu lösen“ gesetzt, also „zu lösen durch“, und haben die „durch“ dann weiter gestrichen, die an den Punkten vorhanden sind.

Der Punkt 4 behandelt nun die „Vermeidung eines Pflegenotstands in den kommenden Jahren“. Meine Damen und Herren, das ist ein so umfangreiches Kapitel, was da alles angeführt werden musste oder müsste, dass wir uns wirklich auf die wichtigsten Forderungen konzentriert haben. Und ich bitte Sie deshalb, zu dem, was hier steht, alles das hinzuzudenken, was hier gesagt worden ist zu dieser Problematik.

Änderungen sind folgende: der vierte Querstrich, „eine einheitliche Finanzierung der Pflegeausbildung“. Es wurde gestrichen „jedoch nicht zu Lasten von Heimbewohnern“.

In dem sechsten Querstrich ist „Arbeitserleichterung für Pflegekräfte“ gestrichen worden, jetzt heißt es nur „Verbesserung der Personalbemessung in Heimen, Krankenhäusern und mobiler Pflege“. Über diese Streichung haben wir ausführlich diskutiert.

Der achte Querstrich zu Punkt 4, „weitere familienunterstützende Maßnahmen für die meist weiblichen Pflegekräfte im familiären Bereich“, das haben wir zum Punkt 6 umgesetzt. Diesen Punkt finden Sie also jetzt in Punkt 6.



Auch der Punkt 5, „zur Verbesserung und Erweiterung pflegeunterstützender Maßnahmen“, da wurde auch auf Vorschlag das Wörtchen „die“, das jeweils bei jedem Querstrich vorkommt, zu streichen und das Wörtchen „die“ oben hinzusetzen „zur Verbesserung und Erweiterung pflegeunterstützender Maßnahmen die“. Und dann kommt das andere. Das sind also Schönheitsoperationen, würde ich sagen, oder Schönheitskorrekturen, die hier vorgekommen sind.

Nur unter dem letzten Querstrich haben wir dann nicht gesagt, die „Durchsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes“, sondern die „Durchsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes“.

Ich kann dann zu dem Punkt 6 kommen. Hier wurde unter dem ersten Querstrich „die Verlängerung des Anspruchs auf Freistellung zur Pflege“ diskutiert. Das ist also eine Forderung, die man durch viele, viele weitere Forderungen untersetzen könnte, aber wir müssen uns ja auf das Knappste konzentrieren. Ich bitte also wirklich, zusätzlich zu diesem Leitantrag, der so kurz formuliert ist, unsere Begründung zu lesen, in der wir dann alle diese Erweiterungen sehen, die wir vielleicht noch hätten dabei aufnehmen können.

Meine Damen und Herren, auf die Erarbeitung unseres Leitantrages habe ich sehr viel Zeit verwandt, möchte ich mal sagen, und sehr viel Fachliteratur gelesen und mich mit sehr vielen Menschen darüber unterhalten, mit Pflegekräften, mit Mitarbeitern des Ministeriums, auch mit den Mitgliedern des Ausschusses Soziale Dienste der LIGA. Und ich habe mit einem gewissen Erstaunen festgestellt, wie wenig über das Altenparlament und seine



Das Präsidium des 7. Altenparlamentes

Einbindung in das politische Geschehen überhaupt bekannt ist. Darüber war ich wirklich sehr erstaunt. Und deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen - auch der Arbeitskreis hat dem zugestimmt -, also ich möchte empfehlen, dass die Öffentlichkeitsarbeit erweitert wird auf diesem Gebiet und dass man dadurch ja auch einen Beitrag zur Verbesserung des Demokratieverständnisses unserer Bevölkerung erreichen könnte.

So viel also zu unserem Leitantrag 1. Und ich würde Sie dann auch um Zustimmung dazu bitten.

Vizepräsidentin Annelie Katt: Vielen Dank, Frau Dr. von Appen. Ich eröffne jetzt die Aussprache. Sie können das Saalmikrofon nehmen oder aber auch hier nach vorne gehen. Ich bitte um Wortmeldungen. Und die Wortmeldungen müssen natürlich schriftlich vorliegen, aber hier liegt bis jetzt nichts vor. Vielleicht möchte einer nun trotzdem noch etwas dazu sagen. - Nein. Also es liegen keine Wortmeldungen vor zur Beschlussfassung des 1. Arbeitskreises, dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Arbeitskreises 1, Altenparlamentesdrucksache 7/7. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Keine. Vielen Dank. Dann ist die Altenparlamentesdrucksache 7/7 einstimmig angenommen. Danke schön.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)





Vizepräsidentin Annelie Katt: Zur Vorstellung der Beschlussempfehlung des zweiten Arbeitskreises, der Altenparlamentesdrucksache 7/8 - hat jeder die 7/8? -

(Heinz Borchert: Ja.)

erteile ich der Arbeitskreisleiterin Frau Drecoll das Wort. Im Anschluss treten wir in die Aussprache ein. Wortmeldungen wie gehabt.

Leitantrag des Arbeitskreises

Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern

(2. Arbeitskreis)

- AP-Drucksache 7/5 -

Beschlussempfehlung des Arbeitskreises

Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern

- AP-Drucksache 7/8 -

Bitte schön, Frau Drecoll.

Erika Drecoll, SPD 60plus: Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin Katt! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Delegierte! Auch in unserem Arbeitskreis 2, „Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“, gab es, wie nicht anders zu erwarten war, eine rege, interessante, aber auch zum Teil kontroverse Diskussion zum Entwurf unseres Leitantrages.

Im Vorfeld der heutigen Beratung sind insgesamt fünf Änderungsanträge von den Seniorenvertretungen und Seniorenbeiräten aus Uecker-Randow, Neubrandenburg, Stralsund, Bad Doberan sowie von Herrn Bartels aus Greifswald eingegangen. Darüber hinaus lagen Vorschläge zur Änderung des Leitantes vom Deutschen Bundeswehrverband und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Beratung vor.

Sehr intensiv wurde der Antrag des Deutschen Bundeswehrverbandes diskutiert, der im Wesentlichen auf die Frage der Schaffung von Informationsdatenbanken zur Barrierefreiheit und zentralen Anlaufstellen für unsere älteren Mitmenschen abzielte. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass die Interessenvertretungen der Seniorinnen und Senioren hauptsächlich ehrenamtlich tätig sind.

Die Schaffung einer eigenen Datenbank wird auf kommunaler Ebene bereits in verschiedenen Regionen unseres Landes erfolgreich praktiziert. Verwiesen wurde auf die bereits existierenden und ständig aktualisierten Informationsbroschüren verschiedenster Institutionen, so zum Beispiel der Verbraucherzentrale, des zuständigen Fachressorts und eigene Publikationen. Darüber hinaus gibt es im Internet zahlreiche Informationsportale, wie zum Beispiel web.barrierefrei.de. Hierzu wurde der Vorschlag unterbreitet, die Internetadressen in geeigneter Form zusammenzufassen und allen Interessierten zugänglich zu machen. Alles andere würde das engagierte Wirken der ehrenamtlich Tätigen vor Ort bei Weitem überfordern.

Einen weiteren Schwerpunkt nahm die Problematik Einsamkeit und typische Erkrankungen



im Alter im Zusammenhang mit neuen oder weiterzuentwickelnden Wohnformen in der Diskussion ein. Unser Arbeitskreis ging davon aus, dass dieser Punkt schwerpunktmäßig im Arbeitskreis 1 zu behandeln sei. Trotzdem haben wir uns in der Diskussion diesem Aspekt insbesondere unter der Überschrift „Wohnformen“ angenommen. Zu finden sind unsere Positionen im zweiten Anstrich des Punktes 6: „Seniorenwohngemeinschaften nach dem Motto: ‚Gemeinsam statt einsam‘“. Die Mitglieder des Arbeitskreises waren sich darin einig, dass dieses Problemfeld von hoher Brisanz ist und noch an Bedeutung zunehmen wird. Der Arbeitskreis regt an, diese Frage eventuell in den Mittelpunkt der Beratungen des nächsten Altenparlamentes zu stellen. Sie sehen also, schon weit vorausgedacht.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Einzelnen schlägt Ihnen der Arbeitskreis 2 folgende Änderungen im Leitantrag vor. Diese wurden einstimmig durch ihn bestätigt.

Im Punkt 2 ist die Formulierung zu streichen „auch für breite Teile der Bevölkerung“. Der Satz ist wie folgt zu ändern: „Die Errichtung von Wohnraum muss nach geltenden Gesetzen zur Energieeinsparung erfolgen.“

Im Punkt 5 schlagen wir Ihnen vor, die Formulierung „wie auch barrierearmes“ ersatzlos zu streichen.

Im Punkt 6 ist ebenfalls das Wort „barrierearm“ aus dem Leitantrag herauszunehmen. Der Begriff „barrierearm“ ist nicht verbindlich definiert, hingegen jedoch die Begrifflichkeit „barrierefrei“ in der Landesbauordnung unseres Landes. Insofern schlagen wir vor, uns auf die gesetzliche Begrifflichkeit zu beziehen. Wir sind da auch noch beraten worden von Landtagsabgeordneten, möchte ich hier noch mal einfließen lassen.

Darüber hinaus schlägt Ihnen der Arbeitskreis eine Ergänzung als fünften Anstrich vor. Dieser soll lauten: „Möglichkeiten des gemeinsamen Wohnens von Ehepartnern auch bei stationärer pflegerischer Betreuung eines Partners“. Gerade Ehepartnern, die lange gemeinsame Jahre miteinander verbracht haben, muss die Möglichkeit gegeben werden, auch bei schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen eines Partners weiter gemeinsam zu wohnen und zu leben. Ich muss mal sagen, das war ein Antrag, der termingemäß eingebracht worden ist, aber aus irgendwelchen Gründen ist er bei der Übernahme untergegangen und wir haben ihn deshalb wieder aufgenommen in unseren Leitantrag.

Abschließend hat sich der Arbeitskreis kurz mit dem Schreiben an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel befasst. Die Notwendigkeit dieses Schreibens wird von allen Mitgliedern des Arbeitskreises gesehen. Der Arbeitskreis empfiehlt die Annahme dieses Schreibens durch das Altenparlament.



Ich möchte mich an dieser Stelle für die engagierte Mitarbeit der Mitglieder im Arbeitskreis 2 bedanken, aber auch für die uns gewährten guten Arbeitsbedingungen. Der Arbeitskreis bittet Sie, die unterbreiteten Änderungsvorschläge im Leitantrag zu bestätigen. Danke schön.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Vizepräsidentin Annelie Katt: Danke, Frau Drecoll.

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? - Schriftlich liegt mir nichts vor. Hat sich einer noch kurzfristig was überlegt? - Also es liegen keine Wortmeldungen vor, dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Arbeitskreises 2. Wer ist für die Änderungen und für die Annahme dieses Antrages, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Keine. Dann bedanke ich mich. Damit ist die Altenparlamentesdrucksache 7/8 aus dem Arbeitskreis 2 einstimmig angenommen.

Zur Vorstellung der Beschlussempfehlung des 3. Arbeitskreises brauchen wir die Altenparlamentesdrucksache 7/9. Liegt die jedem vor?

(Heinz Borchert: Ja.)

Leitantrag

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement

(3. Arbeitskreis)

- AP-Drucksache 7/6 -

Beschlussempfehlung

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement

(3. Arbeitskreis)

- AP-Drucksache 7/9 -

Hiermit erteile ich dem Arbeitskreisleiter Herrn Carl Wendt das Wort.



Helge-Carl Wendt, Leiter des 3. Arbeitskreises

Helge-Carl Wendt, CDU Senioren-Union: Wertes Präsidium! Werte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich habe die Freude und das Vergnügen, für den Arbeitskreis 3 Ihnen die Beschlussempfehlung vorzutragen. Wenn ich heute Morgen die Rede der Sozialministerin gehört habe und wenn ich mittlerweile während der Diskussion auch die Informationen von dem Abgeordneten Jörg Heydorn werte, frage ich mich eigentlich, warum wir noch eine Beschlussfassung brauchen, bedeutet das für mich doch, dass diese Dinge, die wir hier erarbeitet haben, vorsichtig schon eingegangen sind in die Gedankenwelt des Parlamentes und auch der Regierung. Das bedeutet aber auch, dass das nicht überall der Fall ist. Und unter diesem Gesichtspunkt, denke ich, sollten wir diese Beschlussvorlage hier noch mal vortragen. Und ich bitte, sie anschließend auch zu bestätigen.

Warum diese Beschlussvorlage zur - wie heißt es richtig? - „Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“? Lassen Sie mich eigentlich mit der Begründung anfangen: „Um das Engagement von Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen“ - und ich denke, das ist wichtig, dass wir die Betonung auf „alle Altersgruppen“ legen – „in unserem Bundesland zu fördern, gilt es, geeignete Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur ... zu schaffen ...“ „Alle Altersgruppen“ betrifft ja auch diejenigen, die sich im Ehrenamt nicht nur nach dem Altersberufsleben engagieren, sondern zwischendrin ja Gott sei Dank hoffentlich auch. Und wenn wir die Möglichkeit haben, generationenübergreifend etwas zu tun, wie diejenigen, die nicht nur wie wir hier als Hobby diese Dinge betreiben, sondern auch für die Gesellschaft während ihrer Arbeitszeit tätig sind, dann halte ich es für ganz wichtig, dass wir eine solche Empfehlung an das Parlament geben.

Auch wir haben in der Vorbereitung im Organisationskomitee einige Änderungswünsche vorgelegt bekommen und sie eingearbeitet beziehungsweise die Dinge, die auch heute noch während der Beratung eingearbeitet werden konnten, liegen Ihnen jetzt vor. Lassen Sie mich darauf eingehen.

Wir haben zunächst mal beim Leitantrag zum Ersten die Vorbedingungen unangetastet gelassen.

Zum Zweiten haben wir gesagt, es sind die Rahmenbedingungen für das freiwillige bürgerschaftliche Engagement auf Landesebene sicherzustellen. Da haben wir zunächst





Das Präsidium des 7. Altenparlamentes

gesagt: „Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich: ...“ Das haben wir ergänzt durch die Formulierung „insbesondere“, damit wir also nicht hier Ausschließlichkeit einbringen, sondern offenlassen für andere Dinge.

Auch im Bereich 2 „Fortführung und Weiterentwicklung der Qualifizierung Älterer zum bürgerschaftlichen Engagement“ sind wir von der Ausschließlichkeit weg durch die Formulierung „insbesondere“.

Im zweiten Anstrich haben wir dann gesagt: „systematische einsatzbezogene zertifizierte Qualifizierung“. Das bedeutet, dass wir also auch jedem die Möglichkeit geben, entsprechende Zertifikate zu ermöglichen und auch weiterzugeben, was insbesondere gerade vielleicht auch für junge Arbeitslose ein wichtiges Moment ist, um eventuell auf dem Arbeitsmarkt einen vernünftigen Zugang zu erhalten.

Des Weiteren haben wir einige Korrekturen durchgeführt, dass wir also einfach nur Buchstaben weggenommen haben, wie Sie es beispielsweise beim dritten Anstrich finden, dass die Formulierung dann nachher korrekter ist.

Punkt 3: Dort hatten wir vorgesehen „einheitliche verbindliche Förderrichtlinien auf Landesebene“. Da hat die Diskussion ergeben, dass es sinnvoller wäre, „praxistaugliche Förderrichtlinien“ zu erstellen, und das halte ich auch für sehr sinnvoll und richtig.

Des Weiteren haben wir beim Anstrich fünf, „jahresübergreifende Mittelbereitstellung durch Verlängerung des Jährlichkeitsprinzips“, da haben wir nicht aufgepasst. Man kann ein

Jährlichkeitsprinzips nicht verlängern, das heißt, wir sind da zu der Formulierung gekommen „jahresübergreifende Mittelbereitstellung“.

Und zum Schluss haben wir dann die beiden anderen Punkte unverändert gelassen.

Ich möchte auch diese Gelegenheit nutzen, mich ganz herzlich bei der Landtagsverwaltung für die gute Unterstützung zu bedanken, die wir während der Zeit des Organisationskomitees, aber ausdrücklich auch heute erfahren haben, und bitte um Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Vizepräsidentin Annelie Katt: Vielen Dank, Herr Wendt.

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Dem Präsidium liegen keine schriftlichen Äußerungen vor. Hat sich noch jemand überlegt, eine Wortmeldung zu machen? – Nein.

Also schließe ich die Aussprache und bitte um Ihre Zustimmung für die Altenparlamentesdrucksache 7/9. Wer ist für die Annahme, den bitte ich um das Handzeichen. – Da kommt noch ein Nachzügler, genau gesehen. Gegenprobe. – Enthaltungen? - Keine. Danke schön. Dann ist auch 7/9 aus dem Arbeitskreis 3 einstimmig angenommen. Vielen Dank.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)





Dr. Ursula von Appen

Bevor wir jetzt zu dem zweiten Teil unseres TOP 11 kommen, haben wir außer der Reihe mal einen kulturellen Beitrag. Ich denke, es findet Ihre Zustimmung. Ich möchte Frau Dr. von Appen bitten, ihren Vortrag zu halten. Hören Sie gut zu, es wird uns aus der Seele sprechen.

Dr. Ursula von Appen, LIGA: Wir enden immer, ohne uns irgendetwas Nettes zu sagen. Und da dachte ich, ich spreche mal einige Gedanken aus, die ich als ja nun schon sehr alter Mensch zum Altwerden habe.

Also zuerst muss ich mal sagen, dass wir jungen Alten, wir Alten und wir Hochbetagten, die wir hier sitzen, ja heute wieder gezeigt haben, dass wir nicht zum alten Eisen gehören. Also ich möchte Ihnen etwas vortragen, und zwar vergnüglich-nachdenkliche Überlegungen zu Erfahrungen mit dem Wörtchen „noch“ und zu den Mühen des Altwerdens. Und dazu muss ich Ihnen sagen, das müssen Sie wissen, ich habe keine Geschirrspülmaschine und ich wasche noch per Hand ab. Das ist jahrzehntelange Routine und man kann dabei, so finde ich, seine Gedanken so gut schweifen lassen und letzte Tageserlebnisse aufarbeiten. Und dabei fiel mir auf, wie oft ich in letzter Zeit das Wörtchen „noch“ gehört habe.

Meine Nachbarin ist da. „Ach“, sagt sie, „Ihre Dahlien sind ja noch so schön, aber den Frost werden sie nicht überstehen. Und es regnet ja auch noch, aber bald werden wir wieder in Trockenheit sitzen.“ Und ich denke: „Ich lebe noch, obgleich ich ja eigentlich schon das Verfallsdatum, nämlich die statistische Lebenserwartung überschritten habe.“

Und als ein solcher noch lebender Mensch gehe ich zu meinem Arzt. Er ist sehr nett, wir ver-

stehen uns gut und er sagt: „Ach, wissen Sie, eigentlich sind Sie doch noch ganz gut drauf. Rücken? Ja, das geht ja auch noch ganz gut. Und wie ist das mit der geistigen Tätigkeit? Ach, da geht es ja auch noch recht rege zu. Und sind Sie auch noch so ein bisschen gesellschaftlich tätig?“

Ich bin eingeladen, fünfzehnjähriges Bestehen einer Selbsthilfegruppe, wir haben uns sehr lange nicht gesehen. Freudige Umarmung: „Hallo, Sie leben ja noch! Ich habe lange nichts von Ihnen gehört! Ach, und Sie fahren noch Auto? Und wie kommen Sie denn mit Haus und Garten zurecht? Das machen Sie zum Teil auch noch selbst?“ Kopfschütteln, Anerkennung, auch ein bisschen Mitleid: Noch. Wie lange noch? Sie meinen es alle sehr gut und sie schauen ein wenig verwundert, wenn ich nicht strahlend auf ihre Nochs reagiere.

Ein neues Sommerkleid ist fällig. Das mit den roten Blüten? Zweifel. Die Verkäuferin: „Das können Sie doch noch gut tragen! Sie sind doch noch schlank und haben noch eine gute Figur!“ Das Noch-Kleid bleibt im Geschäft. Noch habe ich andere Kleider im Schrank, die noch immer passen und zu einer Zeit gekauft wurden, als Kleider noch ohne Nochs angeboten wurden.

Ich telefoniere mit einer mir nicht persönlich bekannten Dame. Im Verlaufe des Gesprächs wird es erforderlich, dass ich ihr mein Alter nenne. Lange Pause, dann: „Ihre Stimme klingt aber noch ganz jung!“

(Heiterkeit bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)



Kürzlich hatte ich Gäste. Ich kenne alle noch von früher, zum Teil noch aus der Schulzeit. Da waren wir alle natürlich noch viel jünger und hatten noch keine Wehwechen, interessante Gespräche und eine gute Kommunikation. Aber plötzlich überfallen mich Noch-Zweifel: Kann ich eigentlich noch mitreden? Kann ich noch schnell genug auf Aussagen reagieren, noch diskutieren, noch argumentieren? Bilde ich mir nur ein, dass die Gäste sich vorwiegend miteinander unterhalten und mich kaum noch einbeziehen? Ist das wirklich so? Funktionieren meine grauen Zellen noch wie früher oder ...?!

Die Nochs verkehren sich plötzlich in ihr Gegenteil, in die beiden kleinen Wörter „nicht mehr“. Ich kann dieses Kleid nicht mehr tragen, bin nicht mehr schlank genug dafür. Ich kann mich nicht mehr sicher und treffend ausdrücken und die erforderlichen Wörter nicht mehr rechtzeitig finden oder die Worte stellen sich ein, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Ich spreche deshalb leise, nicht mehr mit Selbstverständlichkeit und Unbefangenheit. Und wenn ich das erforderliche Wort nicht rechtzeitig finde, helfen die anderen aus Rücksicht aus.

Und mir wird klar: Ich bin nicht mehr „noch“, ich bin „nicht mehr“. Und ich bin genauso, wie ich mir als Kind alte Leute vorgestellt habe. Und ich entspreche voll dem defizitären Altersbild. Und meine Unsicherheit erzeugt immer wieder neue Unsicherheit.

„Noch“ - „nicht mehr“ - Wörter, die kategorisieren, die in Schubladen stecken: So hast du zu sein, mit 40 so, mit 50, 60 und 80 eben so. Und wenn du nicht mehr ganz zu der Schubladenüberschrift passt, dann bist du entweder „noch“ oder du bist „nicht mehr“. Du bist also eine statistische Größe.

Jetzt komme ich zu mir, ich mache mich gerade, ich schelte mit mir. Was sollen diese Überlegungen? Ich bin ich, seit ich mich als kleines Kind das erste Mal als Ich erkannt und von der übrigen Welt abgesetzt habe, ein Wunder übrigens. Ich: mit allen meinen guten und weniger guten Seiten, meinen Stärken und Schwächen, meinem Leid und meiner Freude, mit meinem Versagen und meiner Schuld - und mit meinem Alter. Und so werde ich mich verhalten, so möchte ich gesehen und behandelt werden. Und diesen Anspruch hat jeder Mensch, als einmaliges, unverwechselbares Ich auch im Alter behandelt und geachtet zu werden. Und ich denke, dass wir dafür alle einstehen. Das war es schon.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Vizepräsidentin Annelie Katt: Danke, Frau Dr. von Appen. Und ich sage auch, wir sind nicht „noch“, sondern wir sind da, wir haben ganz viel zu geben, wir haben unsere Erfahrungen zu geben, unsere Fürsorge und unsere Liebe. Und das dürfen wir niemals vergessen. Danke schön.

Beratung eines Schreibens an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel - Tischvorlage -

Vizepräsidentin Annelie Katt: Jetzt kommen wir zu dem zweiten Teil des Tagesordnungspunktes 11. In Ihren Beratungsunterlagen liegt Ihnen ein Schreiben an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel vor, das Frau Paetow Ihnen kurz erläutern möchte.

Frau Paetow, bitte.

Brigitte Paetow, Landesseniorenbeirat M-V e. V.: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte! Jetzt kommt noch ein Tagesordnungspunkt. Wir müssen noch einmal wieder in die Arbeit zurückkehren und ich hoffe, Sie haben noch die entsprechende Aufmerksamkeit, dass wir diesen Brief noch verabschieden. Sie finden das, so, wie Frau Katt gesagt hat, in Ihren Tagungsunterlagen. Das Organisationskomitee hat einen Brief vorbereitet, den können Sie gerne mitlesen. Also erläutern, denke ich, soll ich ihn nicht, ich soll ihn vorlesen und dann fragen, ob Sie damit einverstanden sind, dass er so abgeschickt wird.

Ein Brief an die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Angela Merkel, Willy-Brandt-Straße 1 in Berlin, Schwerin, den 26. Mai 2011, also von heute:

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

heute tagte in Schwerin zum 7. Mal ein Altenparlament, an welchem jeweils 71 Delegierte der unterschiedlichsten Seniorenorganisationen aus Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen. Nach intensiver Beratung wurden Leitanträge zu folgenden Themen verabschiedet:

1. ‚Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung‘
2. ‚Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern‘
3. ‚Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement‘

Bereits in den Altenparlamenten I bis VI wurden Beschlüsse bzw. Resolutionen zur Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West gefasst bzw. verabschiedet, die einen überschaubaren Zeitrahmen zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West zum Inhalt hatten. In diesem Jahr haben wir auf einen solchen Beschluss verzichtet, weil wir auf Ihr gegebenes Versprechen auf dem Seniorentag 2009 in Leipzig vertrauen.



Brigitte Paetow bei der Einbringung der Tischvorlage

Es wurde an Sie dort folgende Frage gestellt:

„Für die Rentnerinnen und Rentner insbesondere in den neuen Bundesländern ist es ein wichtiges Anliegen, dass ihre Lebensleistung in gleicher Weise anerkannt und bewertet wird wie in den alten Bundesländern. Im September hieß es, die große Koalition plane noch vor der Bundestagswahl den Zeitplan für die Angleichung der Rentenwerte Ost / West zu beschließen. Ist damit noch zu rechnen? In welchem Zeitraum würden Sie die Möglichkeit sehen?“

Sie antworteten darauf wie folgt:

„In dieser Legislaturperiode - wir haben nur noch zwei Sitzungswochen - ist nicht mehr damit zu rechnen. Alle Parteien sehen das aber als eine Dringlichkeitsaufgabe für die nächste Wahlperiode an. Wenn Sie tiefer in die ganze Frage einsteigen, dann bemerken Sie, dass das ein sehr kompliziertes Geflecht ist. Wir müssen hierbei sehr aufpassen, dass da nicht Pauschalisierungen in den Raum gestellt werden, die uns sehr schnell die Dinge hochheizen lassen. Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“

Ich füge jetzt ein das Wort 2009, die nächsten beiden Jahre 2011, das sage ich jetzt.

„Wir haben nun das Jahr 2011 erreicht. Deshalb rechnen wir entsprechend Ihrer obigen Aussage bis zum Ende des Jahres mit einer Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West.“



Bitte informieren Sie die Delegierten über den aktuellen Stand der diesbezüglichen Vorbereitungen an o. g. Adresse.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des VII. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern“

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes –
Zuruf aus dem Plenum: Klasse!)



Vizepräsidentin Annelie Katt: Vielen Dank, Frau Paetow. Gibt es Fragen dazu, Anregungen noch, dass irgendwas geändert wird? - Herr Döge.

Siegfried Döge, DGB: Siegfried Döge von der Gewerkschaft EVG, ehemals Transnet, der Eisenbahn. Und ich möchte nur zu diesem Anliegen sagen, ich unterstütze das voll. Unsere Kollegen in Berlin haben dieselbe Frage an Frau Merkel geschickt und haben auch eine Antwort erhalten. Und darin legt das Büro von Frau Merkel dar, dass wir Rentner im Osten ja eigentlich zufrieden sein könnten und diese Angleichung gar nicht bräuchten. Aber trotzdem ist es wertvoll und sicher, dass wir diesen Brief abschicken.

Vizepräsidentin Annelie Katt: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen? – Herr Rösel hat hier eine eingereicht. Herr Rösel, machen Sie es selber?

(Heinz Rösel: Ja, ich komme.)

Heinz Rösel, FDP - Liberale Senioren: Wir hatten ja dort schon in der Arbeitsgruppe darüber gesprochen, aber beim Mittagessen fiel uns noch auf, dass es besser wäre, nicht zu schreiben, heute tagte in Schwerin zum 7. Mal „ein“, sondern „das Altenparlament“, denn unten schreiben wir auch „in den Altenparlamenten I bis VI“ - das Altenparlament, nicht irgendeins, sondern das Altenparlament. Vielleicht könnte man dann besser sagen: „wieder 71 Delegierte“ und so weiter „teilnahmen“, dann bezieht sich das auf „tagte“ und mit „teilnahmen“ ist das dann grammatisch richtig. Das andere war ja nur, an dem 71 immer „teilnehmen“. Da stand dann „jeweils“. Das könnte man dann wegnehmen und dafür „wieder“ schreiben. Das wäre schon alles. Ja, das wäre schon alles.

(Heinz Borchert: Ja.)

Ja, noch mal? Heute tagte in Schwerin ...

(Reimar Brunner: Ja.)

Ja, ist erledigt, ja? „Das Altenparlament“, „wieder“ und dann „teilnahmen“.

Vizepräsidentin Annelie Katt: Vielen Dank. Ich denke mir, das werden wir übernehmen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Schreiben an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Schön, damit ist das Schreiben einstimmig angenommen. Danke schön.

Jetzt haben wir den Tagesordnungspunkt 11 abgearbeitet. Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 12, und zwar ist das das Schlusswort der Präsidentin des Altenparlamentes.



Siegfried Döge



Heinz Rösel

Schlusswort der Präsidentin des Altenparlamentes



Präsidentin des 7. Altenparlamentes, Erika Drecoll

Präsidentin Erika Drecoll: Sehr geehrte Delegierte! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, so weit Sie denn noch da sind! Frau Müller, Ihnen ein besonderes Lob, Sie sind immer bis zum Ende da. Das möchte ich mal lobend erwähnen. Diszipliniert!

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes –
Brigitte Seifert: Herr Koplin auch.)

Herr Koplin heute auch. Ihn möchte ich nicht übergehen.

(Brigitte Seifert: Und Herr Grabow noch.)

„Alles hat ein Ende ...“ - Sie kennen diesen Text sicher alle, wie er weitergeht. So haben also auch unsere heutigen Beratungen ein Ende. Wir haben den Tag effektiv genutzt und überreichen den demokratischen Fraktionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gute Beschlüsse, die aufzeigen, was aus Sicht der Seniorinnen und Senioren in unserem schönen Land noch verändert werden muss, um die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger noch zu verbessern. Und ich sage ausdrücklich: aller Bürgerinnen und Bürger, denn für uns ist es selbstverständlich, dass wir bei allem unserem Tun keinen Selbstzweck verfolgen, sondern immer auch das Wohl unserer Kinder und Enkelkinder im Blick haben. Sie sind die nachwachsende Generation, der wir uns verpflichtet fühlen. Und das wird meines Erachtens

auch in allen drei Anträgen deutlich. Was wir heute für die Älteren erreichen, das nützt auch den Jungen, das ist schon fast eine Binsenweisheit.

Nun ist es an den demokratischen Fraktionen des Landtages, sich unserer Beschlüsse, die zwar nur empfehlenden Charakter haben, deshalb aber nicht weniger gewichtig sind, anzunehmen und sie in ihre Arbeit einzubeziehen. Im Laufe der Altenparlamente seit 1999 haben wir die Erfahrung machen können, dass wir ernst genommen werden und die demokratischen Fraktionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern unsere ehrenamtliche Arbeit im vorparlamentarischen Raum zu schätzen wissen und das Einbringen unserer Lebenserfahrung als Unterstützung werten. Das macht Mut und ist wiederum für uns Verpflichtung, unser ehrenamtliches Engagement fortzusetzen, denn ehrenamtliches Engagement aller Altersstufen wird künftig noch notwendiger sein als je zuvor, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren.

Wir Älteren wollen unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten. Und mit dem im Juli des letzten Jahres durch den Landtag verabschiedeten Seniorenmitwirkungsgesetz ist uns eine weitere Möglichkeit des Mitwirkens eingeräumt, um uns für die Interessen der älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einzusetzen. Aus diesem Gesetz ergeben sich aber keineswegs nur Rechte, sondern auch Pflichten und die Verantwortung, diese Pflichten wahrzunehmen. Die Verabschiedung des Seniorenmitwirkungsgesetzes werten wir auch als Anerkennung unserer ehrenamtlichen Arbeit und als Ausdruck dessen, dass unser Engagement gefragt ist.

Ich hoffe, liebe Delegierte, jeder von Ihnen hat für sich Anregungen mitgenommen und setzt sie vor Ort um. Für Ihr heutiges Engagement, mit dem Sie das 7. Altenparlament fair und sachlich mitgestaltet haben, ein herzliches Dankeschön vom Präsidium. Ein herzliches Dankeschön gilt auch den anwesenden Fraktionen, die mit der Fragestunde wieder eine Bereicherung des Altenparlamentes waren und den Delegierten einen direkten Kontakt mit den Abgeordneten ermöglichten. Ebenso bedanke ich mich noch einmal bei allen, die organisatorisch zum Gelingen auch des heutigen Altenparlamentes beigetragen haben, wie schon in meiner Rede zu Beginn des Altenparlamentes gesagt.

Ihnen allen von mir einen schönen Nachhauseweg, bleiben Sie schön gesund und vielleicht auf Wiedersehen in zwei Jahren. Danke schön.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Vizepräsidentin Annelie Katt: Also ich muss ja sagen, Herr Grabow ist noch nicht dran, aber er ist gleich dran. Also, Herr Grabow, kleinen Moment noch.

In Ihren Unterlagen befinden sich Auswertungsbögen, wo Sie die Möglichkeit haben, Ihre Anregungen und Ihre Kritikpunkte mitzuteilen. In der Lobby befindet sich ein Behältnis, dort können Sie dann die Auswertungsbögen reinstecken.

Wir kommen jetzt zur Verabschiedung der Delegierten des 7. Altenparlamentes durch den Vorsitzenden des Sozialausschusses Herrn Ralf Grabow in Vertretung für die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Herr Grabow, Sie haben das Wort. Jetzt sind Sie dran.

Ralf Grabow, FDP: Danke schön, Frau Präsidentin!

Ich hätte beinahe gesagt, liebe Abgeordnete, so sagt man das meistens, wenn man hier vorne sitzt. Und wenn man Frau Präsidentin nicht Guten Tag sagt, dann kriegt man auch immer einen Rüffel. Manchmal vergesse ich das, gebe ich zu, aber ich habe das ja explizit eben getan.

Sehr geehrte Delegierte des 7. Altenparlamentes! Auch in diesem Jahr haben Sie bewiesen, dass Sie eine aktive Interessenvertretung sind. Sie haben erneut Fragen aufgegriffen, die unsere Gesellschaft beschäftigen und beschäftigen müssen.

Sehr geehrte Delegierte, Ihre Beschlüsse zu den Folgen des demografischen Wandels, den modernen Wohnformen im Alter und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement greifen einige der wichtigsten aktuellen politischen



Ralf Grabow, FDP, verabschiedet die Delegierten des 7. Altenparlamentes

Debatten auf. Sie haben damit gezeigt, dass Sie sich in die demokratischen Prozesse der Entscheidungsfindung weiter einmischen. Das müssen Sie auch, damit Ihre Interessen nicht verloren gehen. Mit Ihren Beschlüssen haben Sie wichtige Impulse für die Politik gegeben. Lassen Sie in Ihrem Engagement nicht nach! Jede politische Aktivität, jede Meinungsäußerung und vor allem jede offene Debatte stärken unsere Gesellschaft und vor allem unsere Demokratie.

Sehr geehrte Delegierte, unsere Demokratie lebt davon, dass sich ihre Bürgerinnen und Bürger immer wieder engagieren, sich immer einbringen und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Das muss in der Schülervvertretung anfangen und darf mit dem sogenannten Ruhestand nicht aufhören. Ohne diese Mitwirkung fehlt den politischen Entscheidungen von Parlament und Regierung leicht das Fundament einer klaren Problemwahrnehmung. Jeder Minister, jeder Abgeordnete braucht Informationen, braucht Meinungen, braucht Diskussionen, um die richtigen Beschlüsse vorbereiten, fassen und umsetzen zu können. Und deshalb sind alle in unserer Gesellschaft mitverantwortlich dafür, dass die demokratisch gefundenen Lösungen die richtigen Akzente setzen und von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgehen.

Sehr geehrte Delegierte, das 7. Altenparlament hat in diesem Sinne wieder einen guten Beitrag für unsere demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern geliefert. Es war somit so wie alle bisher durchgeführten Altenparlamente wieder eine gelungene Veranstaltung. Ich danke daher allen, die mitgewirkt, und allen, die diesen Tag organisiert haben.



Und jetzt weiche ich einfach mal von dem Manuskript ab. Ich bekomme garantiert Ärger mit dem Protokoll. Ich finde, wir dürfen an dieser Stelle mal einen kleinen Applaus den Mitarbeitern geben, die das alles organisiert haben.

Ich wünsche Ihnen jetzt im Namen des Parlamentes, im Namen der Präsidentin einen schönen Heimfahrtsweg. Kommen Sie gut nach Hause! Und vielleicht sehen wir uns ja beim nächsten Mal wieder. - Danke schön.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Vizepräsidentin Annelie Katt: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt die Sitzung schließe, möchte ich mich noch mal auch bei Ihnen bedanken für die Disziplin, für die Aufgeschlossenheit und für die Mitarbeit bei unseren Leitantträgen – das war ja eigentlich unsere Hauptarbeit –, und auch bei den Abgeordneten, wenn wir jetzt auch fast alleine unter uns sind, und wünsche Ihnen einen schönen Nachhauseweg. Und wie Frau Drecoll schon sagte, bleiben Sie gesund. Bis zum nächsten Mal! - Danke schön.

(Beifall bei den Abgeordneten des Altenparlamentes)

Die Sitzung ist geschlossen. Schluss: 16:40 Uhr



VII. Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern

c/o

Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Perleberger Str. 22

19063 Schwerin

An die
Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Schwerin, 26. Mai 2011

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

heute tagte in Schwerin zum 7. Mal das Altenparlament, an welchem wieder 71 Delegierte der unterschiedlichsten Seniorenorganisationen aus Mecklenburg-Vorpommern teilnahmen. Nach intensiver Beratung wurden Leitanträge zu folgenden Themen verabschiedet:

1. **„Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“**
2. **„Moderne Wohnformen im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“**
3. **„Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement“**

Bereits in den Altenparlamenten I bis VI wurden Beschlüsse bzw. Resolutionen zur Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West gefasst bzw. verabschiedet, die einen überschaubaren Zeitrahmen zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West zum Inhalt hatten. In diesem Jahr haben wir auf einen solchen Beschluss verzichtet, weil wir auf Ihr gegebenes Versprechen auf dem Seniorentag 2009 in Leipzig vertrauen.

Es wurde an Sie dort folgende Frage gestellt:

*„Für die Rentnerinnen und Rentner insbesondere in den neuen Bundesländern ist es ein wichtiges Anliegen, dass ihre Lebensleistung in gleicher Weise anerkannt und bewertet wird wie in den alten Bundesländern. Im September hieß es, die große Koalition plane noch vor der Bundestagswahl den Zeitplan für die Angleichung der Rentenwerte Ost / West zu beschließen. Ist damit noch zu rechnen?
In welchem Zeitraum würden Sie die Möglichkeit sehen?“*

Sie antworteten darauf wie folgt:

„In dieser Legislaturperiode - wir haben nur noch zwei Sitzungswochen - ist nicht mehr damit zu rechnen. Alle Parteien sehen das aber als eine Dringlichkeitsaufgabe für die nächste Wahlperiode an. Wenn Sie tiefer in die ganze Frage einsteigen, dann bemerken Sie, dass das ein sehr kompliziertes Geflecht ist. Wir müssen hierbei sehr aufpassen, dass da nicht Pauschalisierungen in den Raum gestellt werden, die uns sehr schnell die Dinge hochheizen lassen. Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“

Wir haben nun das Jahr 2011 erreicht. Deshalb rechnen wir entsprechend Ihrer obigen Aussage bis zum Ende des Jahres mit einer Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West.

Bitte informieren Sie die Delegierten über den aktuellen Stand der diesbezüglichen Vorbereitungen an o. g. Adresse.

Mit freundlichen Grüßen



Erika Drecolt

Die Präsidentin
des VII. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern



Bundeskanzleramt

EINGANG 06. JULI 2011
PE 179
207.

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Frau
Erika Drecoll
Präsidentin des VII. Altenparlaments
Mecklenburg-Vorpommern
c/o Landesseniorenrat
Perleberger Straße 22
19063 Schwerin

Dr. Achim Bertuleit
Ministerialrat
Soziale Sicherung, Rente

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400-2398
FAX +49 30 18 400-1840
E-MAIL achim.bertuleit@bk.bund.de

Berlin, 1. Juli 2011

Sehr geehrte Frau Drecoll,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. Mai 2011 an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Sie sich nach dem aktuellen Stand der Arbeiten zur Angleichung der Rentensysteme in Ost und West erkundigen.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen.

Die Vereinheitlichung der Rentensysteme in Ost und West ist eine sehr komplexe Aufgabe. Beispielsweise müssen die Auswirkungen auf die heute noch geltende rentenrechtliche Hochwertung der Löhne in den neuen Ländern und die unterschiedlichen Beitragsbemessungsgrenzen in Ost und West sowie die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung bedacht werden. Die derzeitige Regelung führt dazu, dass in der gesetzlichen Rentenversicherung jährlich ein erheblicher Finanztransfer von den alten in die neuen Länder fließt.

Ein konsensfähiger Vorschlag sollte vermeiden, dass durch eine Änderung des Rentenrechts neue Interessenkonflikte entstehen. Eine vorschnelle Angleichung birgt die Gefahr, dass die Erwartungen der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern nicht hinreichend erfüllt werden können. Sie beinhaltet auch das Risiko, dass künftige Rentnerinnen und Rentnern durch ein Entfallen der

SEITE 2 VON 2

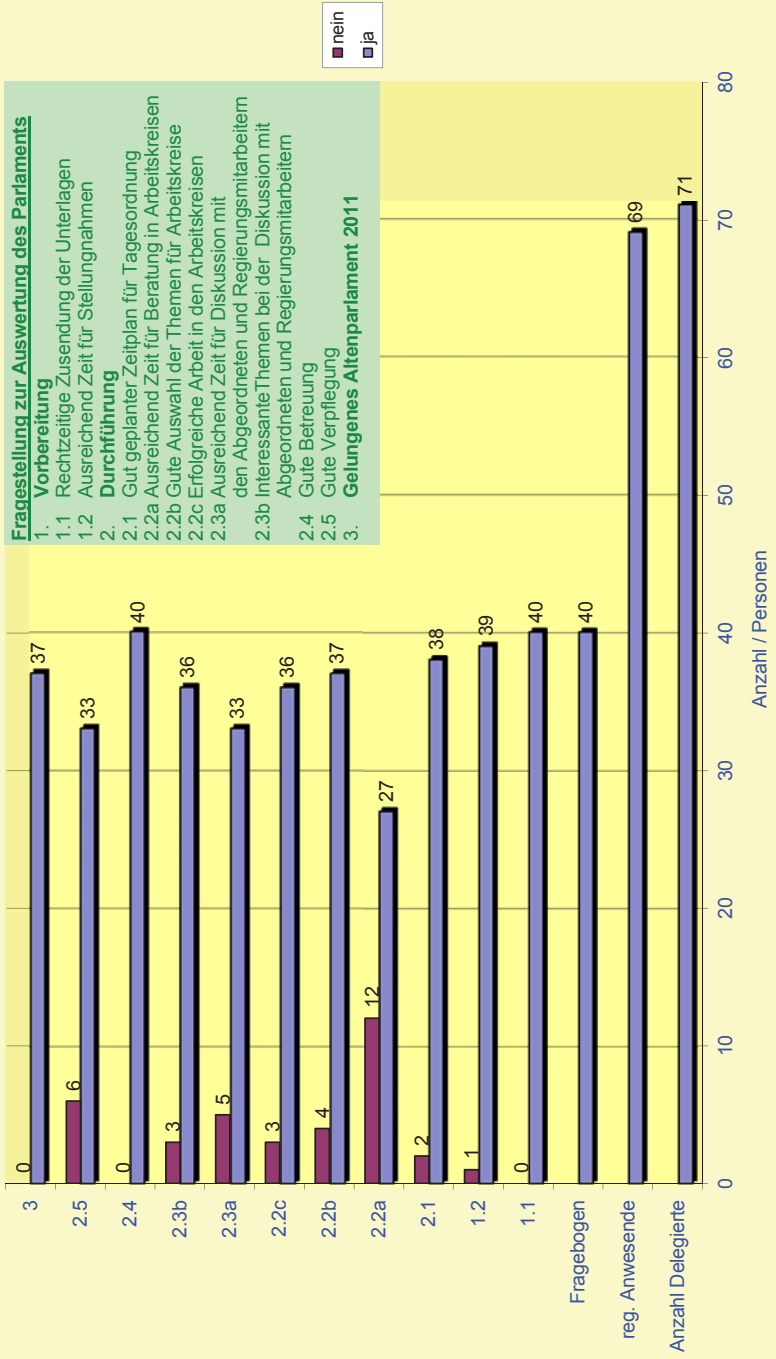
Hochwertung der Einkünfte in den neuen Ländern in Schwierigkeiten geraten könnten. Auch die Steuer- bzw. Beitragszahler dürfen nicht überfordert werden.

Eine gute Lösung sollte die unterschiedlichen Interessenlagen aller Beteiligten in Ost und West, d.h. nicht nur die der Rentnerinnen und Rentner sondern auch die der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sowie der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgewogen berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund muss ich Sie noch um Geduld bitten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. M.' with a stylized flourish at the end.

Auswertung 7. Altenparlament 2011



Publikation: Nordkurier 26.06.2009

Ältere Generation beteiligen

RENTEN Mecklenburg-Vorpommerns Senioren fordern die schrittweise Angleichung ihrer Bezüge ans Westniveau.

SCHWERIN (DPA). Ein moderner Staat muss nach den Worten von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) die Kompetenz der älteren Generation nutzen. Beim 6. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommerns gestern in Schwerin sagte sie, der Staat müsse die aktive Beteiligung aller Altersgruppen an der

Bewältigung der sozialen Herausforderungen fördern. „Es ist eine zentrale Frage unserer Kultur, ob unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im Alter ein erfülltes Leben führen können.“

Die 71 Delegierten forderten die Bundestagsabgeordneten aus MV und die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag auf, sich für eine schnellstmögliche, stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost/West einzusetzen. Dabei dürfe jedoch die Höherbewertung der Arbeitsentgelte im Osten nicht angetastet werden. Fast 20 Jahre nach der deutschen Einheit liege der aktuelle Rentenwert Ost bei nur rund 88 Prozent des West-

niveaus, hieß es. Die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern sehe darin eine Unterbewertung ihrer Lebensleistung.

Eine Lösung ist aus Sicht des Altenparlamentes auch deshalb notwendig, weil die gesetzliche Rente für 90 Prozent aller Rentner im Osten die einzige Einkommensquelle ist. Aufgrund der noch immer bestehenden Lohnunterschiede zwischen Ost und West, der höheren Arbeitslosigkeit und überproportional hohen Quote von Hartz-IV-Empfängern würden künftig immer mehr Menschen im Alter über sehr geringe Einkünfte verfügen.

BERICHT

Neue Ideen kommen aus alter Schule

SENIOREN In Törpin ist Leben in der Bude: Ein Multi-Funktionshaus sorgt nicht nur für soziale Kontakte.

VON MARLIS TAUTZ
www.toerpiner-forum.de

TÖRPIN. Die Pyramide steht auf der Spitze. In der Alten Schule von Törpin, einem Flecken zwischen Altnortrup und der Kreisstadt Demmin, spricht Helmut Pratzel über das Thema, dem er Kraft, Zeit und Geld in Masse widmet – den demografischen Wandel und seine Folgen für das Leben auf dem Lande. Als Professor Dr. Dr. Mediziner und Biochemiker, zitiert er ganz selbstverständlich wissenschaftliche Erkenntnisse. Für 1910 zeigt der Altersquerschnitt für Deutschland die klassische Pyramide – je älter, desto spitzer. 2040 „wird“ eine Urne, immer weniger Junge, immer mehr Alte“. Daraus lasse sich eine der wichtigsten gesellschaftlichen wie individuellen Aufgaben der Gegenwart ableiten, wie Helmut Pratzel schlussfolgert: „Die Alten müssen möglichst lange gesund und eigenständig bleiben.“

Die Alte Schule Törpin hilft dabei. Der Backsteinbau war von 1904 bis 1972 Dorfschule. Nach jahrelangem Leerstand wurde es von

Schwamm befreit und renoviert. Seit einem knappen Vierteljahr beherbergt es ein Vereinszentrum und eine Bibliothek mit Internet-Computerplätzen. Runde 50 000 Euro aus eigener Tasche hat Helmut Pratzel in das Vorhaben gesteckt, noch einmal knapp die Hälfte kam aus Förderprogrammen hinzu. Bei den 1. Landesseniorentagen wurde der Wissenschaftler für sein „beispielhaftes ehrenamtliches Engagement in der Altenarbeit“ geehrt. „Geben statt nehmen“ lautet sein Anliegen, resultierend aus christlicher Grundeinstellung. Nebenbei sei es auch von Vorteil, dass sich im Alter keine Langeweile breit machen könne.

Nach 40-jähriger Tätigkeit in München war Helmut Pratzel mit seiner Ehefrau zurückgekehrt nach Mecklenburg-Vorpommern. In Greifswald hatte er studiert und geheiratet, die Wahl für den Alterswohnsitz fiel auf Törpin. Dort brachte er 2007 den Seniorenbeirat auf den Weg, der auch den Kreistag berät. „Seniorenpolitik geht alle an“, argumentiert Helmut Pratzel, der 2010 den 75. Geburtstag begeht. Für die Alte Schule verwendet der Hausherr gern den Begriff vom Multi-Funktionshaus: Es schafft soziale Kontakte, regt zu Aktivität und Kreativität an und will klüger machen, kurzum, es dient der Lebensqualität auf dem Land. Montags trifft sich der Singekreis. Ihm ist ein Lieder-

buch zu verdanken, das mittlerweile in anderen Chören des Landes gefragt ist. Es enthält eine „Nationalhymne der Älteren“, wie die Autoren es nennen. In Anlehnung an das Volkslied „Wie schön ist die Jugend“ texteten die Törpiner: „...musst Du auch langsam gehen, manchmal beiseite stehen, schön ist das Alter, trotz alledem“.

In einer Schriftenreihe des Dorfvereins Törpiner Forums sind zudem Chroniken über Dorf und Schule erschienen. Um die Menschen auch körperlich in Bewegung zu bringen, steht ein Tanzkreis auf dem Programm. „Bei Gymnastik kommen sich Ältere kosmisch vor, aber Tanzen macht jedes Hüftleiden vergessen“, meint Helmut Pratzel. Auch Frühlings- und Erntefeste, Kaffeekränzchen bringen die Menschen zusammen. „Kommunikation steigert die Lebensfreude.“ Dem Verbraucherschutz und der Gesundheitsbildung hat er eine eigene Vortragsreihe gewidmet, damit „die Menschen nicht auf jeden Mist reinfallen“.

Seine Alte Schule bietet auch Dienstleistungen an, für die meist der Weg in die Kreisstadt nötig wäre: Es gibt Formulare, Briefmarken, Auskünfte für Touristen, Zimmervermittlung, Mitfahrzentrale, Kopierdienst. Die Tageszeitung liegt

Publikation: Nordkurier 26.06.2009

aus. Für eine Münze ins Sparschwein offeriert die Bibliothek die Wahl zwischen 5000 Buchtiteln. An vier Computern geht es von Törpin ins weltweite Netz. Über verschiedene Förderwege haben Frauen und Männer Beschäftigung gefunden. „Und es wächst“, sagt Helmut Pratzel. Er plant, einen mobilen Pflegestützpunkt,

der über Heimbetreuung aufklärt, bei der Platzsuche hilft und Heime bewertet, einzurichten. Demnächst soll ein Seniorenwegweiser für den Kreis Demmin fertig werden und auch ein Gartencafé entstehen. So erfolgreich ist Pratzels Arbeit, dass sie in anderen Gemeinden bereits Nachahmer gefunden hat.



Zahlen & Fakten

Zahlen zur Binsenweisheit, in Deutschland gebe es immer weniger Kinder und immer mehr Alte, hat Prof. Helmut Pratzel gesammelt. Zum Beispiel:

Von 2006 bis 2025 wird sich die Zahl der Menschen über 80 Jahre bundesweit mehr als verdoppeln. Hochrechnungen kündigen für Regionen in MV nach Berlin die größten Zuwachsraten an:

Bad Doberan + 162,7 %
Neubrandenburg + 143,8 %

Rügen + 142,6 %
Rostock + 136,1 %
Schwerin + 93,6 %
Menschen über 90 Jahre in Deutschland:

2000: 501 300
2020: 1 047 000
2050: 2 100 000

Im Jahr 2025 kommen in Deutschland auf einen 75-Jährigen nur zehn Jüngere. 2050 wird jeder dritte Bundesbürger älter als 60 Jahre sein.

Publikation: Ostsee Zeitung 26.06.2009

Präsidentin: Kompetenz der Älteren nutzen

Schwerin (dpa) Ein moderner Staat muss nach den Worten von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) die Kompetenz der älteren Generation nutzen. Beim 6. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommerns gestern im Schweriner

Schloss sagte sie, der Staat müsse die aktive Beteiligung aller Altersgruppen an der Bewältigung der sozialen Herausforderungen fördern. „Es ist eine zentrale Frage unserer Kultur, ob unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im Alter ein erfülltes Leben führen können.“

Die 71 Delegierten forderten den Bundestag auf, sich für eine schnellstmögliche, stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost/West einzusetzen. Dabei dürfe jedoch die Höherbewertung der Arbeitsentgelte im Osten nicht angetastet werden. Fast 20 Jahre nach der

deutschen Einheit liege der aktuelle Rentenwert Ost bei nur rund 88 Prozent des Westniveaus, hieß es. Die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern sehe darin eine Unterbewertung ihrer Lebensleistung.

Der Landtag lädt alle zwei Jahre Delegierte von Vereinen, Verbänden und Organisationen, Wirtschaft, Kirchen und Bundeswehr zum Altenparlament ein. Themen der Teilnehmer im Alter über 55 Jahre war neben der Rente die Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen Leben.

Am 26. Mai 2011 fand
das 7. Altenparlament
Mecklenburg-Vorpommern statt.

Mit der vorliegenden Publikation
werden die Sitzung und die
Beschlüsse des Altenparlamentes
Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert.

